



Warnung vor Immobilienkauf

(Seite 2)

Was wirklich „wichtig“ ist

(Seite 4)

Tribüne der Meinungen

(Seite 9)

Massenmörder Breivik lobte Vertreibung der Sudetendeutschen

Der mutmaßliche norwegische Massenmörder Anders Behring Breivik hat in seinem Manifest die Nachkriegsvertreibung der Sudetendeutschen aus der Tschechoslowakei gelobt. Diese könnte als Beispiel für die Lösung der Probleme mit den muslimischen Immigranten in den westlichen Ländern dienen. „Es ist möglich, daß die westlichen Länder mit vielen Immigranten die Beneš-Dekrete aus der Tschechoslowakei nachahmen werden. Dort gab es viele Sudetendeutsche als eine fünfte Kolonne ohne jegliche Loyalität zum Staat. Die tschechische Regierung hat sie deswegen aus dem Land vertrieben“, schrieb Breivik, der am 11. Juli mit einem Bombenanschlag auf das Regierungsviertel in Oslo und beim anschließenden Amoklauf auf der Ferieninsel Utøya insgesamt siebenundsiebzig Menschen getötet hatte.

Der Attentäter würdigte in seinem 1518 Seiten langen Pamphlet eine weitere Vertreibungsaktion: Er sei aktiv geworden, so Breivik, als sich die norwegische Regierung an den NATO-Luftangriffen (1999) gegen „unser serbischen Brüder, die den Islam vertreiben wollten, indem sie albanische Muslime zurück nach Albanien deportierten“, beteiligt habe.

Der Norweger steht auch den EU-kritischen Aussagen des tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus nahe. Breivik stellt die EU einem totalitären Staat gleich und kritisiert ihre „Offenheit“ gegenüber dem Islam. Dabei beruft er sich auf den tschechischen Präsidenten. Václav Klaus, konservativer Präsident der Tschechischen Republik, beschwerte sich einmal: „Jedes Mal, wenn ich eine Regulierung zu beseitigen versuche, die wie aus

der sowjetischen Ära aussieht, wird mir gesagt, daß es eine Forderung der EU-Kommission ist“, zitiert Breivik Klaus.

Klaus zeigte sich in seiner offiziellen Reaktion auf den Terror in Norwegen „tief erschüttert“ und verurteilte ihn scharf. Es handle sich um „barbarische Methoden und Taten, die man mit nichts rechtfertigen kann“, schrieb Klaus in einem Kondolenz-Telegramm an den norwegischen König Harald V.

Der Sprecher der Sudetendeutschen Volksgruppe und Europaabgeordnete Bernd Posselt rief in einer Reaktion auf das Breivik-Pamphlet Tschechen, Deutsche und alle Europäer auf, gemeinsam den nationalistischen Ungeist und die von Beneš verfochtene Idee des ethnisch homogenen Nationalstaates zu bekämpfen, damit es nie wieder zu Vertreibungen komme.

DER SCHOCK saß tief. Nicht nur in Norwegen. Auch anderswo herrschten Trauer und Entsetzen über die Wahnsinnstat des Anders Behring Breivik, der am 11. Juli in einem Blutausch 77 Menschenleben auslöschte. Obwohl es für eine solches Verbrechen keine rationale Erklärung, höchstens psychiatrische Erklärungsversuche geben kann, drängten sich in diesem Fall politische Interpretationen auf. Der Täter verkehrte in rechtsextremen Kreisen und war von Xenophobie getrieben, seine Anschlagziele waren der Amtssitz der sozialdemokratischen Regierung in Oslo und ein sozialdemokratisches Ferienlager. Für viele ist damit klar: Breivik ist ein ausgerasteter Rechtsextremist. Und schon beginnt das große Wechseln von politischem Kleingeld. Es wird gesucht nach geistigen Mitteln und Anstiftern, deren politischen Konzepte irgendwo in der Nähe der wirren Phantasien des blonden „Teufels von Oslo“ angesiedelt sind. Schnell werden Querverbindungen zwischen demokratischen Parteien und dem Verbrecher hergestellt. Unbestritten hat sich Breivik aus dem unermeßlichen geistigen Fundus, den das Internet bietet, ein krudes Weltbild zusammengemixt, in dem man auch Elemente aus Programmen rechter Parteien und Organisationen aus ganz Europa finden kann. Somit ist es ein Leichtes, politische Verwandtschaften zu konstruieren. Und das ist nach dem Blutbad auch intensiv geschehen.

AUSGIEBIG NÜTZTE die Linke die Gelegenheit, Rechtsparteien pauschal in die Nähe eines Massenmörders zu rücken, der wahrscheinlich viel unpolitischer und viel kränker ist, als es der oberflächliche Erstbefund vermuten läßt.

ABER SEI'S DRUM. Wenn wir Breivik und seine Wahnsinnstat schon politisch interpretieren sollen, um vielleicht Lehren daraus zu ziehen, warum geschieht das nur in einer sehr selektiven Weise dort, wo es den Leuten mit dem erhobenen Zeigefinger in den Kram paßt? Wenn es so sein soll, daß ausländerfeindliches Gedankengut und islamkritische Positionen das geistige Fundament für dieses schreckliche Verbrechen bildeten, dann muß auch ein anderer, aus unerfindlichen Gründen völlig unbeachtet gebliebener Aspekt in die Diskussion einbezogen werden: Breivik hat sich ja in seinem „Manifest“ ausdrücklich auf die Beneš-Dekrete bezogen und die Vertreibung der Deutschen als vorbildhaft hingestellt. Wen aber hat das interessiert? Wer hat mit der gleichen Verve, mit der Rechtsparteien für das norwegische Blutbad mitverantwortlich gemacht wurden, die tschechische Politik auf ihre Mitschuld hingewiesen? Liefert sie nicht durch das Festhalten und damit Gutheißen der Beneš-Dekrete den geistigen Nährboden für neue Vertreibungen und neue Wahnsinnstaten? Man müßte das konsequenterweise so interpretieren, wenn man denen Recht gibt, die meinen, Politiker, die eine strengere Ausländerpolitik und eine kritische Haltung gegenüber dem Islam propagieren, seien die geistigen Väter des norwegischen Schlächters. Doch daran besteht offenbar kein politisches Interesse. Denn ein Rechtsextremist, der die an Deutschen begangenen Nachkriegsverbrechen als vorbildhaft hinstellt, paßt nicht in das Bild, das man uns hierzulande von Rechtsextremisten zeichnet. Rechtsextremisten, das sind doch die, die die Beneš-Dekrete bekämpfen, oder?

VIELLEICHT IST es überhaupt nicht ratsam, in Breiviks Schreckenstat allzu viel Politisches hineinzuinterpretieren, weil die Erklärung, wie schon eingangs erwähnt, vor allem eine pathologische sein dürfte. Aber wenn schon krampfhaft nach politischen Ursachen und Verantwortlichkeiten gesucht wird, dann bitte redlich und konsequent. Dann muß auch Tschechien an den Pranger.

DAS BILD DER HEIMAT



Marktplatz von Komotau, Bezirksstadt unterhalb des Erzgebirges, deutsche Stadt, seitdem die alte Siedlung 1252 dem Deutschen Orden geschenkt worden war. 1335 Stadterhebung. 1421 zerstörten die Hussiten die Stadt und töteten ihre Bewohner. Unter den Herren von Lobkowitz wurden die Jesuiten berufen, die Kolleg und Schule errichteten. Bedeutende Männer nannten Komotau ihre Heimat, u. a. Franz Josef Ritter von Gerstner, der Begründer der ersten Technischen Hochschule in Prag und Planer der ersten Eisenbahn auf dem Kontinent.

Warnung vor Immobilienkauf in Tschechien und Polen

Eine eindringliche Warnung richtet die „Studiengruppe Erbland Sudetenland“ (STES) an Regierungen, Abgeordnete, Kammern- und Innungen sowie Industrie und Handelsverbände, Landwirtschaftsverbände, an Makler und Investoren, sowie Kommunen und Euroregionen. Grund ist die seit 1. Juni geltende Aufhebung der Beschränkungen beim Grunderwerb in den EU-Beitrittsländern Polen und der Tschechischen Republik. „Das wäre eine begrüßenswerte Entwicklung, wenn davon nicht die widerrechtlich konfiszierten Liegenschaften und Gebäude der vertriebenen Deutschen betroffen wären“, heißt es in der Warnung. Die Vertreibung sei ein „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ gewesen, das heute noch auf die Aufarbeitung warte. Damit sei auch die vermögensrechtliche Seite nicht geregelt, sondern nach geltendem Völkerrecht immer noch offen.

Wir wollen unser Erbe bewahren“

„Seit der Freigabe des Grunderwerbs stellen wir fest, daß teilweise gutgläubige Käufer, aber auch Spekulanten, die scheinbaren ‚Schnäppchen‘, meist ohne Kenntnis der Zusammenhän-

ge, erwerben“, so die STES. „Wir fühlen uns verpflichtet, mögliche Interessenten aufzuklären und ihnen die Sachzusammenhänge drastisch vor Augen zu führen. Wir wollen damit einerseits unser Erbe bewahren und andererseits die möglichen Käufer vor einem zweifelhaften, den Völkerrechtsnormen widersprechenden Eigentumserwerb warnen. Daß diese Warnung nicht unbegründet ist, zeigt die Reaktion des tschechischen Staatspräsidenten Václav Klaus, der sich weigerte, die EU-Grundrechtecharta zu unterschreiben, aus Angst vor Regreßforderungen der Vertriebenen. Diese können nicht so leicht abgetan werden, wie das heimliche, natürlich versehentliche Einstecken eines doch recht wertvollen Kugelschreibers. Es geht auch nicht nur um die Rückgabe oder Entschädigung des Eigentums der Vertriebenen, sondern auch um dessen Verzinsung für den Zeitraum des Entzugs.“

Es wird immer so getan, als hätten die Vertriebenen mehrheitlich auf eine Restitution des Eigentums verzichtet, das entspricht nicht den Tatsachen, wie die dokumentierten Vermögensvorbehalte beweisen. Natürlich haben

Landsleute aus edelsten Motiven oder aus christlicher Gesinnung auf ihr Eigentum verzichtet, und wir haben eine hohe Achtung vor diesen Landsleuten und ihren Motiven, betont die STES. Viele hatten auch keinen nennenswerten Besitz an Liegenschaften oder Gebäuden, denen fällt ein Verzicht nicht allzu schwer. Die Mehrheit der Vertriebenen oder deren Erben, die Besitz hatten, werden wohl nicht auf ihn verzichten, wenn er realisierbar wird, was mit Sicherheit einmal der Fall sein wird.

...damit niemand Nichtwissen vorgeben kann!

Weiter schreibt die STES in ihrer Warnung: „Wir teilen Ihnen diese Sachverhalte, die eigentlich die Regierungen verbreiten müßten, mit, damit niemand Nichtwissen vorgeben kann, wenn es zu einer Regelung der unhaltbaren, der europäischen Rechtsordnung widersprechenden Eigentumssituation kommt, deren Folgen auch gutmeinende, aber nichtwissende Käufer treffen könnte.“

Mögliche Käufer sollten auch wissen, daß die sogenannten „Beneš-Dekrete“, die diese „Verbrechen gegen die Menschlichkeit“ mit all ihren Verbrechen an Deutschen und Ungarn, aber auch die Enteignungen und Vertreibungen, immer noch geltendes Recht in der Tschechischen Republik sind. Im Jahr 2002 wurden sie vom Tschechischen Parlament einstimmig bestätigt.

Auch diesbezüglich stehen Grunderwerbe von Deutschen in der ČR immer noch unter dem Damoklesschwert der nicht aufgehobenen, also geltenden Beneš-Dekrete.“

Die STES fände es „zielführend, wenn Sie oder Ihre Organisation, gemeinsam mit uns, darauf dringen würden, daß endlich die Vertreibungsproblematik und damit auch die Eigentumsfrage zwischen den Beteiligten geregelt wird. Wir, die Vertriebenen, wollen weder eine neue Vertreibung, noch eine unzumutbare Wiedergutmachung, sondern die moralische Rehabilitation und einen gerechten Vermögensausgleich.“

Ihre Warnung schließt die STES mit einem Zitat von Abraham Lincoln: „Nur was gerecht geregelt ist, ist gut geregelt.“

Tschechien billiger

Die Tschechische Republik war im vergangenen Jahr billiger als manche anderen EU-Länder. Laut Angaben von Eurostat, die kürzlich veröffentlicht wurden, haben die Preise bei Verbrauchsgütern und Dienstleistungen in Tschechien 72 Prozent des EU-Durchschnitts erreicht. In der Statistik wird allerdings nicht die Höhe der Einkommen in den jeweiligen Ländern in Betracht gezogen. Die höchsten Preise wurden in Dänemark registriert, am tiefsten lagen die Preise in Bulgarien, und zwar bei 51 Prozent des EU-Durchschnitts. Tschechien ist neben Malta, Estland und der Slowakei in der Gruppe der Staaten, in denen das Preisniveau 20 bis 30 Prozent unter dem europäischen Durchschnitt liegt.

Fahrt zum Heimattag nach Klosterneuburg

Die **SL Oberösterreich** bietet eine günstige Fahrtmöglichkeit zum Heimattag nach Klosterneuburg am 18. September. Voraussetzung ist aber eine genügende Teilnehmerzahl.

Abfahrt: 8 Uhr Wels, Friedhofparkplatz, Zustiegswünsche über Linz – Enns (bei der Anmeldung angeben).

Fahrtpreis: Euro 15.– plus Euro 5.– für das Festabzeichen.

Anmeldung: Rainer Ruprecht, Wels Telefon 0 72 42 / 76 2 41, oder 0 699 / 12 77 20 50.

Das Programm der Veranstaltung finden Sie auf dieser Seite der „Sudetenpost“.

Rainer Ruprecht

Tschechen fordern EHEC-Entschädigung

Die tschechischen Gemüsebauern verlangen ungefähr 6,5 Millionen Kronen (260.000 Euro) Entschädigung für die Verluste, die ihnen aufgrund der Panik um die Verbreitung des EHEC-Bakteriums entstanden sind. Die Landwirte sollen diese Sonderunterstützung aus dem EU-Haushalt im Herbst erhalten. Die Gemüseproduzenten können für die Ware entschädigt werden, die sie nicht geerntet haben beziehungsweise vom Markt zurückrufen mußten. Die Entschädigung bezieht sich auf Gurken und auf Salat.

Dobrenz: Aufregung um ein „gefährliches Kreuz“

In Tschechien gibt es eine neuerliche Kontroverse um die Wiese Budlinka nahe dem süd-mährischen Ort Dobronín (Dobrenz), wo ein Massengrab von ermordeten Sudetendeutschen vermutet wird. Dabei geht es um das neue eiserne vier Meter hohe Kreuz, das dort kürzlich aufgestellt wurde, berichtet die Zeitung „Pravo“. Sowohl die Polizei als auch die örtliche Baubehörde haben Ermittlungen begonnen, weil das massive Kreuz als Bauwerk betrachtet werden müsse. Dafür seien jedoch nicht die erforderlichen Genehmigungen erteilt worden.

„Der Initiator des Baus sollte entsprechende Dokumente vorlegen. Vor allem will ich eine Statiker-Bestätigung sehen, weil das vier Meter hohe Monstrum ein Sicherheitsproblem darstellen könnte“, sagte Pavel Koudela von der örtlichen Baubehörde. Außerdem sei das Grundstück unter dem Kreuz kein Bauland.

Die Polizei ermittelt wegen eines „Verstoßes“. „Wir haben eine Anzeige aufgenommen, wonach der Bau höchstwahrscheinlich nicht die erforderlichen Genehmigungen hat und gefährlich sein könnte.“ Die Anzeige kam vom Dobrenzer Bürgermeister Jiří Vlach von der kommunistischen Partei KSCM. Hinter der Errichtung des Kreuzes steht laut „Pravo“ ein Einwohner des Ortes, Milan Litavský. Dieser hatte auch die Installierung des ursprünglichen Holzkreuzes im

August 2010 veranlaßt, das im März diesen Jahres von Unbekannten abgesägt wurde.

Das Kreuz steht unweit von der Stelle, wo tschechische Polizisten im August 2010 die sterblichen Überreste von neun bis dreizehn Menschen gefunden hatten. Es wird vermutet, daß es sich um sudetendeutsche Zivilisten handeln könnte, die Mitte Mai 1945 von einer Gruppe von Tschechen massakriert wurden.

Trotz DNA-Analysen steht bis heute immer nicht fest, ob die Knochen den Sudetendeutschen gehörten. Die ersten zwei von Verwandten in Deutschland abgenommenen Proben entsprechen nicht dem DNA-Profil der Toten aus dem Massengrab, verlautete im April aus dem Prager Institut für Kriminalistik.

Seit Jahren setzt sich der tschechische Journalist Miroslav Mares aus Jihlava (Iglau) für die Aufklärung des Falles ein und sammelt dazu Archivmaterial. Eine der Unterlagen war das Buch „Bergersdorf“ der deutschen Schriftstellerin Herma Kennel. Die Autorin schreibt darin, daß zwischen dem 12. und 19. Mai 1945 einige betrunkenen Personen 15 Deutsche massakriert hätten. Die Gruppe habe die Opfer vom Zeughaus abgeholt und auf ein Feld am Waldrand geführt. Dort hätten die Opfer ihre eigenen Gräber graben müssen. Danach seien sie erschlagen und erschossen worden.

des nach dem Zweiten Weltkrieg verstaatlichten Eigentums hat die Regierungskommission eine Entschädigung von umgerechnet ca. 2,45 Milliarden Euro vorgeschlagen. Nach Aussage von Duka wird dieser Betrag innerhalb von dreißig Jahren oder früher ausgezahlt. Das entsprechende Gesetz soll ab dem Jahr 2013 in Kraft treten.

Bayern bietet 10 Millionen Euro für den Egerer Stadtwald

Die bayerische Landesregierung bietet der Stadt Eger (Cheb) insgesamt 10 Millionen Euro für das auf deutschem Boden liegende und von Eger beanspruchte Waldstück in der Nähe von Tirschenreuth. Dies berichtete kürzlich die Tageszeitung „Mladá fronta Dnes“.

Eger werde das Angebot aber wahrscheinlich nicht annehmen, heißt es weiter in diesem Beitrag. Die westböhmisches Stadt bemüht sich seit

der politischen Wende des Jahres 1989, wieder Zugriff auf seine auf deutschem Boden liegenden Besitzungen zu bekommen. Der deutsche Staat hatte in den Zeiten des Kalten Krieges den Egerer Stadtwald unter Zwangsverwaltung gestellt. Das Verwaltungsgericht Regensburg entschied, daß die Zwangsverwaltung unrechtmäßig sei. Die bayerische Landesregierung ist gegen das Urteil in Berufung gegangen.

SUDETENDEUTSCHER HEIMATTAG 2011

Wien und Klosterneuburg – 17. und 18. September 2011

DIE WAHRHEIT SIEGT – PRAVDA VÍTĚZÍ

Samstag, 17. September, Wien „Haus der Heimat“, Steingasse 25, SLÖ-Saal:
14.30 bis 16.30 Uhr: Tag der offenen Tür – Lesung von Erika Örtel aus Gablonz und Film.

Sonntag, 18. September, Klosterneuburg:
12 bis 12.45 Uhr: Platzkonzert der Stadtkapelle Klosterneuburg am Rathausplatz.
13 Uhr: Feierliches Hochamt in der Stiftskirche. Hauptzelebrant ist Msgr. Karl Wuchterl, Visitator für die Sudetendeutschen.
14 Uhr: Fest- und Trachtenzug vom Rathausplatz zum Sudetendeutschen Platz.
14.30 Uhr: Totengedenkfeier mit Dkfm. Hans- Günter Grech.
15 bis 18 Uhr: Kundgebung in der Babenbergerhalle. Die Festrede hält Mag. Dr. Martin Graf, 3. Nationalratspräsident – Grußworte von Bürgermeister Mag. Stefan Schmuckenschlager, den Vertriebenensprechern und Gästen.

Sonderausstellungen

„Zauberhafte Sagenwelt der Sudeten“, im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum, Schießstattgasse 2 (Rostockvilla), 3400 Klosterneuburg. Ausstellung bis 29. Mai 2012, Sonn- und Feiertag 10 bis 13 Uhr, Tel. T: +43 (0) 22 43 90 970 und +43 (0) 22 43 444 287
E-mail: information@mshm.at Internet: www.mshm.at

Klöppelausstellung des Frauenarbeitskreises im Foyer der Babenbergerhalle am 18. 9. von 12 bis 18 Uhr.

Büchermarkt der Buchhandlung Hasbach im Foyer der Babenbergerhalle.

Gratis-Pendelverkehr von 11 bis 12.30 Uhr vom Bahnhof Klosterneuburg-Kierling zur Babenbergerhalle.

Tschechische Kirche akzeptiert Entschädigungsangebot

Die tschechische Kirche hat ein Angebot der Regierungskommission über die Rückgabe oder die Entschädigung von enteignetem Kirchengut akzeptiert. Es müsse jetzt lediglich noch über die Länge der Übergangsfristen verhandelt werden, sagte der Prager Erzbischof Dominik Duka nach den Verhandlungen Mitte August. Neben der Rückgabe von 56 Prozent

Ein Paradies für Autodiebe

Tschechien ist für den organisierten Autodiebstahl ein geradezu paradiesisches Land. Denn aufgrund der Gesetzeslage ist es kein Problem, ein gestohlenen Fahrzeug anzumelden und weiterzuverkaufen. In den ersten fünf Monaten dieses Jahres wurden in dem Land nicht weniger als 4979 Autos im Wert von umgerechnet fast 27 Millionen Euro gestohlen und nur 702 wieder gefunden. Zum Vergleich: In Österreich wurden im ersten Quartal 1135 Kfz-Diebstähle registriert. Der riskanteste Teil ist der Grenzübergang mit dem gestohlenen Auto. Sobald sich das Fahrzeug in Tschechien befindet, seien die Täter praktisch in Sicherheit, schreibt die Tageszeitung „Lidové noviny“. Die Fahrzeuge würden in illegale Werkstätten gebracht und dort mit einer neuen Identität ausgestattet. Nur vier Stunden seien notwendig, um die Elektronik umzuprogrammieren, wurde ein Detektiv zitiert. Für die Anmeldung eines Fahrzeugs reichten gefälschte Importbestätigungen und eine schriftliche Vollmacht aus, zur gesetzlich vorgeschriebenen Sicherheitsüberprüfung müsse das Auto nicht einmal hergezeigt werden. Dann werden die Autos weiterverkauft – und zwar zu einem Drittel des tatsächlichen Werts.

Wer kann Auskunft geben?

über den Verbleib nachfolgender Bezieher:

MARIA JANDA,

Frankstraße 7 B, 4020 Linz

JOHANN HARTL

Martinstraße 85 / 14, 1180 Wien

HERTA LIBISCH

Erdbergerlande 10 / 8, 1030 Wien

FRANZ ROSNER,

Danziger Straße 10, D-63739 Aschaffenburg

THERESE KAUFMANN,

Kolpingstraße 13, D-63579 Freigericht

MARIA WALBURGA GERUT,

Salbauerstraße 5, D-81241 München

Infos bitte an „Sudetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Tel. u. Fax: 0 732 / 70 05 92.

Tschechische Mafia größte Bedrohung

Die organisierte Kriminalität ist in Tschechien zur „größten nichtmilitärischen Bedrohung der Gesellschaft“ angewachsen. Das erklärte das tschechische Innenministerium in einem aktuellen Bericht. Verwaltung, Polizei und Gerichte seien bereits dermaßen von kriminellen Strukturen durchsetzt, daß die Stabilität der Wirtschaft gestört werde. Die demokratischen Strukturen seien unterwandert und der Rechtsstaat bedroht, heißt es in dem Bericht. Das Ministerium beobachtet demnach einen Trend „zu weniger gewaltsamen und risikoreichen, dafür aber finanziell einträglicheren Straftaten“ krimineller Gruppen. Dafür würden unter anderem mit „massiver Korruption“ eigene Leute in führende Positionen gebracht – „auch in gewählte politische und wirtschaftliche Funktionen“.

VORANKÜNDIGUNG

Am Freitag, dem 14. Oktober, gibt es im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG., eine Lesung mit

UTA-CHRISTINE VAN DEUN

Deutscher Minister: Kein Geld für deutsche Zwangsarbeiter

Der deutsche Innenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) lehnt nach einem Zeitungsbericht die Forderung von Vertriebenen-Präsidentin Erika Steinbach nach Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter ab. Wie die „Bild am Sonntag“ schreibt, teilte der Minister dies in einem Schreiben an Steinbach mit. Deutsche Zwangsarbeit im Ausland nach dem Zweiten Weltkrieg gelte als Massenschicksal, das nicht entschädigt werden könne. Außerdem habe das Innenministerium keine Mittel für eine Zahlung in Höhe von 5000 Euro einmalig an jeden Betroffenen, schrieb der Innenminister dem Bericht zufolge. Er rechnet mit bis zu 100.000 Berechtigten.

Steinbach hatte an die schwarz-gelbe Bundesregierung appelliert, die seit Jahren diskutierte Entschädigung deutscher Zwangsarbeiter rasch zu verwirklichen. „Laßt uns endlich bitte

Die Präsidentin des Bundes deutscher Vertriebener (BdV), Erika Steinbach, hielt beim Tag der Heimat in Berlin am 27. August die nachfolgende, auszugsweise wiedergegebene Rede:

„Wahrheit und Dialog – Schlüssel zur Verständigung“. Eine schlichte, aber nur scheinbar selbstverständliche Botschaft für diesen Tag der Heimat.

Denn: Oft genug ist die reine Wahrheit eine nicht leicht zu bewältigende Last, der man sich als Zumutung versperrt, verweigert.

Das gilt von Mensch zu Mensch, aber deutlich erkennbar genauso zwischen Staaten und Völkern.

Die wunderbare sudetendeutsche Dichterin Marie von Ebner-Eschenbach hat sehr treffend festgestellt: „Wir alle suchen die Wahrheit, finden wollen wir sie aber dort, wo sie uns beliebt.“ Wenn es um die deutsche und europäische Geschichte und die Verwerfungen im 20. Jahrhundert geht, ist die Wahrheit eine kaum zu tragende, ja kaum zu ertragende Bürde. Und sie ist vielschichtiger, tiefergreifend, als die meisten wahrhaben wollen. Um ihr auszuweichen, werden zu häufig Wahrheitsfragmente benutzt.

Das Gedenken an den 50. Jahrestag des Mauerbaus war wieder ein plastisches Beispiel dafür. Für die Linksparteichefin Gesine Lötsch war offenkundig die innerdeutsche Gefängnisgrenze das Ergebnis des Zweiten Weltkrieges und Folge des Krieges mit der Sowjetunion 1941. Das Grauen der nationalsozialistischen Gewalt- und Rassenpolitik muß nach wie vor, insbesondere bei innerdeutschen Debatten, für nahezu Jedes und Alles herhalten, wenn eine scharfe Waffe gebraucht wird. Selbst für heutige Integrationsdebatten.

Hitler und Stalin waren Spießgesellen

Natürlich hätte es ohne den Nationalsozialismus und den durch Hitler begonnenen Krieg weder die Vertreibung der Deutschen geben können, noch die Teilung Deutschlands oder die Berliner Mauer. Aber die Verantwortlichkeiten für millionenfache Menschenrechtsverletzungen, für Unterdrückung, Terror und Vertreibung nach 1945 liegen bei denen, die die Herrschaft hatten. Mit dem Ende der nationalsozialistischen Schreckensherrschaft kehrten in Ost-, Mitteleuropa über viele Jahrzehnte beileibe keine Menschenrechte ein.

Und so kann ich keinerlei Verständnis dafür aufbringen, wenn demokratische Politiker an den jährlichen Siegesparaden in Moskau teilnehmen. Hitler und Stalin waren Spießgesellen, Brüder im menschenverachtenden Geiste, die sich zunächst ihre Beute genüßlich teilten, bis der eine über den anderen herfiel. Es ist für mich atemberaubend und erschreckend, mit welcher Milde bis zum heutigen Tage das stalinistische Regime und seine Nachfolger von ethischen Mitgliedern des Deutschen Bundestages betrachtet werden.

Es ist nunmehr erforderlich, daß der historische Kontext zum Vertreibungsgeschehen nicht kurzzeitig und ahistorisch an den Beginn des Zweiten Weltkrieges geknüpft wird. Peter Glotz, bis zu seinem frühen Tode, langjähriger Mitvorsitzender unserer eigenen Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“, sah die Wurzeln der Vertreibung genauso wie der amerikanische Historiker Norman Naimark in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Peter Glotz begründete: „Man darf die

frühnationalen Erwecker, die nationalistischen Oberlehrer und Journalisten nicht aus der Verantwortung lassen ... Wer wirklich gegen Vertreibungen ... kämpfen will, der muß die ganze Kette der Ursachen beleuchten.“

Jeder seriöse Historiker wird die Glotzschen Argumente unterstreichen. Es gibt also triftige Argumente den historischen Kontext für die Dauerausstellung im Deutschlandhaus im 19. Jahrhundert anzusetzen.

Sichtbares Zeichen für Erlebnissgeneration

Wichtig ist jetzt, daß die Arbeit endlich zügig vorangeht. Das Ausbauprogramm, insbesondere für die Stiftungskonzeption, ist durchaus beschleunigungsfähig. Die Letzten der Erlebnissgeneration sollen noch sehen können, daß ihr Schicksal nicht vergessen ist und einen festen Platz in der deutschen Hauptstadt hat.

Unabhängig davon setzt unsere eigene Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ sehr engagiert ihre Arbeit fort. Zur Zeit laufen die Vorbereitungen für unser dritte Ausstellung auf Hochtouren. Am 25. Oktober diesen Jahres wird sie im Paul-Löbe-Haus des Deutschen Bundestages Premiere haben. Unter dem Titel „Angekommen“ ist ihr Thema die schwierige Integration der Vertriebenen.

Ab März nächsten Jahres werden wir dann alle drei Einzelausstellungen, die das „Zentrum gegen Vertreibungen“ bislang gestaltet hat, als eine große Trilogie für drei Monate im Berliner Kronprinzenpalais vorstellen. Darüber hinaus steht im nächsten Jahr auch wieder die Verleihung unseres „Franz-Werfel-Menschenrechtspreises“ in der Frankfurter Paulskirche an.

Unsere Stiftung „Zentrum gegen Vertreibungen“ wird sich also nicht auf ihren Erfolgen ausruhen, sondern intensiv weiterarbeiten und treibende Kraft bleiben. Wir wollen das Schicksal der Heimatvertriebenen als Teil gesamtdeutscher Identität fest im Bewußtsein unserer Nation verankern. Gleichzeitig ist es unser nachdrückliches Anliegen, Vertreibungen grundsätzlich zu ächten.

2011 ist ein Jahr mit gewichtigen Erinnerungstagen. Dazu zählt auch der 20. Jahrestag der Erklärung des Slowakischen Parlaments zur Vertreibung der Karpatendeutschen. Eine erfreuliche Erinnerung. Am 12. Februar 1991 hat das slowakische Parlament sein Bedauern über die Vertreibung der Karpatendeutschen eindrucksvoll zum Ausdruck gebracht. In der Parlamentserklärung heißt es: „Wir verurteilen das Prinzip kollektiver Schuld, mit welchen Argumenten auch immer sie begründet sei. Wir sind uns bewußt, daß die Slowakei mit der Evakuierung und nachfolgenden Vertreibung deutscher Mitbürger eine ethnische Gruppe verlor, die über Jahrhunderte hinweg Teil der gemeinsamen Zivilisation war und in bedeutendem Maße für die kulturelle Mannigfaltigkeit unseres Landes sorgte. Heute reichen wir Euch allen, Zeugen früherer Zwietracht, den Vertriebenen und ihren Nachkommen, von der Slowakei aus freundschaftlich die Hand. Versuchen wir, Streit und Unrecht zu vergessen. Laßt uns gemeinsam an der Gestaltung der vergangenen Heimat arbeiten.“ Von hier aus danke ich dem slowakischen Parlament und allen, die zu dieser Botschaft der Einsicht und der Zuwendung beigetragen haben.

Staatsbesuche mit Vertriebenenvertretern

Nur einige wenige Staaten in Europa versperren sich nach wie vor dem Miteinander. Umso wichtiger ist es, daß die deutsche Politik auf diesem Weg dahin nachdrückliche Kraft wird.

Polizei-Mafia in Südmähren

Eine Gruppe von Polizisten, die in Südmähren Geschäftsleute erpreßt hat, hat mit ihren Verbrechen umgerechnet insgesamt knapp eine halbe Million Euro eingenommen. Sechs Verdächtige, darunter drei ehemalige und ein aktiver Kriminalpolizist aus der Abteilung für Wirtschaftskriminalität, hatten von Geschäftsleuten Geld verlangt, um sie nicht wegen Wirtschaftsvergehen anzuzeigen. Polizei und Staatsanwaltschaft haben insgesamt 17 Fälle aus den Jahren 1998 bis 2010 dokumentiert. Die mutmaßlichen Täter waren Anfang August festgenommen worden.

Dem bayerischen Ministerpräsidenten ist sehr zu danken, daß er seinen ersten Besuch in Prag daran knüpfte, daß ein Repräsentant der Sudetendeutschen seiner Delegation angehört. So konnte unser Freund Bernd Posselt Horst Seehofer bei dieser ersten Reise eines bayerischen Ministerpräsidenten in die Tschechische Republik begleiten. Das ist beispielhaft. Ich appelliere an die Bundesregierung, bei Staatsbesuchen auch Vertreter der Vertriebenen und nicht nur Wirtschaftsdelegationen mitzunehmen. Das ist gerade dann vonnöten, wenn es sich um historisch vermintes Gebiet handelt. Es dient der Dialogförderung.

In den Ländern, die sich auf oberster politischer Ebene bis heute dem Dialog mit den Vertriebenen versperren, lebt die Verständigung seit Jahren vom Engagement und der Dialogfreude der Vertriebenen, ihrer Kinder und Enkel und von der Offenheit der heutigen Neubürger.

Das jüngste mutige Dokument der Anteilnahme an deutschen Schicksalen war der Film „Töten auf Tschechisch“ des Regisseurs David Vondráček und seine Filmarbeiten über Masengräber Deutscher. In der Tschechischen Republik gab und gibt es beständig zunehmend intellektuelle und junge Menschen, die eine Aufarbeitung der Nachkriegsvorgänge einfordern. So kommt es nicht von ungefähr, daß mich als deutsche konservative Politikerin in diesen Fragen mehr mit dem linksintellektuellen Tschechen Petr Uhl verbindet, als mit Teilen der deutschen Politikerriege, die in Fragen der Vertreibung eines Sinnes ist mit extremen Nationalisten unserer beiden Nachbarländer.

Versprechen hat es genug gegeben...

Es ist im übrigen, daran will ich erinnern, dankenswert, daß CDU und CSU, unterstützt seitens der FDP, im Jahre 2003 damals aus der Opposition heraus eine Entschädigung für die deutschen Zwangsarbeiter forderten. Sie schieterten damit an der rot / grünen Bundesregierung. Eine solche Entschädigung ist längst überfällig. In Abwandlung des Goethe-Zitates rufe ich der Bundesregierung zu: „Der Versprechen sind genug gegeben, laßt uns auch endlich Taten sehen.“ Die jetzige Regierungskoalition hat nunmehr die wunderbare Möglichkeit, all das umzusetzen, was ihnen andere politische Kräfte zuvor verweigert haben. Damit kann der Glaubwürdigkeit von Politik ein großartiger Dienst erwiesen werden.

Die jüngsten innerdeutschen, teilweise aggressiven Vertriebenendebatten sind Teil eines Klärungsprozesses, der auch in Deutschland immer noch nicht abgeschlossen ist. Auch im eigenen Lande brauchen wir den beständigen Dialog.

Damit schließt sich der Kreis zu unserem Leitsatz des heutigen Tages. Wahrheit und Dialog. Ja, im Dialog finden wir zur Verständigung. Selbst über die schrecklichsten Erinnerungen hinweg. „Das Grundmodell aller Verständigung ist der Dialog“, stellte der große Philosoph Hans-Georg Gadamer fest. Diese Dialogbereitschaft gibt es vielfältig.

Bundeskanzlerin Angela Merkel hat mit Recht 2009 hier in diesem Saale darauf hingewiesen, daß „die Geschichte von Flucht und Vertreibung“ uns alle angeht und „Teil unserer nationalen Identität und unserer gemeinsamen Erinnerungskultur“ ist. Solange das selbst in Deutschland immer noch nicht allen klar ist, brauchen wir nicht nur den europäischen Dialog.

Wahrheit und Dialog. Beides ist auch hier im eigenen Lande nötig und unverzichtbar. Dieser Tag der Heimat fordert alle dazu auf.

Heutiger Umfang deutscher Volksgruppen

Rußland	600.000
Polen	300.000
Kasachstan	230.000
Ungarn	220.000
Rumänien	60.000
Tschechien	50.000
Ukraine	50.000
Kroatien	8.000
Slowakei	5.000
Slowenien	3.000
Serbien	3.000

Quelle: „Wochenblatt“ Nr. 28 / 2011 (Zeitung der Deutschen in Polen)

13 Botschafter in Prag zeigten, was politische Priorität ist

Dreitausend Homosexuelle zogen an einem Samstag im August durchs Prager Stadtzentrum. Der Aufmarsch bildete den Höhepunkt des fünftägigen Homosexuellen-Festivals „Prague Pride“. Es soll an dieser Stelle nicht über Sinn oder Unsinn solcher Veranstaltungen gewertet werden, die diesem Ereignis vorangegangen Kontroversen sind jedoch auch aus sudetendeutscher Perspektive nicht ganz uninteressant, wurde dabei doch deutlich, was in den zwischenstaatlichen Beziehungen von Bedeutung ist und was nicht.

Den größten Stein des Anstoßes hatte wieder einmal der Mann geliefert, der in Tschechien nicht nur an der Spitze des Staates steht, sondern auch beim Verbreiten kontroverser Botschaften immer ganz vorn dabei ist: Staatspräsident Václav Klaus distanzierte sich offen von der „Prague Pride“ und stellte sich ausdrücklich hinter seinen Vizekabinettschef Petr Hajek, der die Schwulenparade ebenfalls scharf verurteilt hatte. Diese sei, so Klaus, „nicht Ausdruck der Homosexualität, sondern des Homosexuismus, den ich – wie eine ganze Reihe von modischen -ismen – sehr fürchte“.

Obwohl es sich um eine interne tschechische Auseinandersetzung handelte, traten plötzlich mehrere europäische Diplomaten auf den Plan.

Die Botschaften von 13 Ländern in Prag, einschließlich Österreichs und Deutschlands, unterstützten in einer gemeinsamen Erklärung die homosexuelle Veranstaltung. „Wir bringen unsere Solidarität mit den Gemeinden der Lesben, Gays, Bisexuellen und Transsexuellen in der Tschechischen Republik zum Ausdruck. Wir unterstützen ihr Recht, eine friedliche und gesetzeskonforme Parade zu veranstalten, damit sie das Bewußtsein für die spezifischen Themen schärfen, die sie angehen“, schrieben die Diplomaten in dem Text. Die Botschaft der USA gab dann noch eine eigene Erklärung ab, in der sie schrieb, sie sei froh, daß die tschechischen Bürger ungeachtet ihrer sexuellen Orientierung alle Menschenrechte hätten. „Es ist aber bedauerlich, daß es hier Leute gibt, auch in offiziellen Stellen, die sich mit einer intoleranten Haltung identifizieren“, heißt es in dem Text.

Es ist davon auszugehen, daß die Außenministerien der jeweiligen Botschafter über das Vorgehen informiert waren. Eine derart konzentrierte Aktion ist als Privatinitiative schwer vorstellbar. Daß es dazu kam, ist umso überraschender, als ein Verbot der Veranstaltung und damit eine die EU angehende Verletzung von Grundrechten zu keinem Zeitpunkt zur Debatte stand. Offensichtlich setzen einige Staaten in Prag eigenartige

Prioritäten. Und damit wären wir bei den Sudetendeutschen: Die waren ja nicht nur des öfteren schon Objekt tschechischer Schimpftritten, sondern sind im Vergleich mit Homosexuellen rechtlich tatsächlich schlechtergestellt. Es hat sich jedoch bisher keine Botschafterinitiative gefunden, die in einer gemeinsamen Erklärung ihre „Solidarität mit der Gemeinde der vertriebenen und heimatvertriebenen Sudetendeutschen“ zum Ausdruck gebracht und ihre Rechte unterstützt hätte. Die Botschafter Österreichs und Deutschlands wären berufen, eine solche Initiative zu starten. Dazu wird es natürlich nicht kommen. Denn die Sudetendeutschen und ihre Anliegen entsprechen nicht ganz dem Zeitgeist.

Wahrscheinlich fänden die Sudetendeutschen mehr Beachtung und mehr Verständnis, würden sie sich endlich dem Zeitgeist beugen, eine schwul-lesbische Landsmannschaft gründen und auf der nächsten „Prague Pride“ in Lack und Leder mitmarschieren... mm

VÖLKERMORD verjährt nicht!

Ja, es gibt sie noch, die Tabus. Trotz aller Bekenntnisse zu einem offenen politischen Diskurs. Über Gewalt gegen Deutsche spricht man nicht. Wer es wagt, das Leiden der deutschen Zwangsarbeiter nach dem Zweiten Weltkrieg zu thematisieren, stößt bestenfalls auf Desinteresse, meist trifft ihn aber ein Hieb mit der Revanchismus-Keule. Und selbst an eine, eher symbolische finanzielle Entschädigung ist unter diesen Umständen nicht zu denken. Obwohl, ja obwohl es schon einmal einen ernsthaften Vorstoß in diese Richtung gegeben hat: im Jahr 2003. Im Deutschen Bundestag forderten CDU / CSU und Freie Demokraten eine Entschädigungs-Regelung. Befürwortet wurde eine Einmalzahlung, vergleichbar der Vereinbarung über Leistungen an Zwangsarbeiter des NS-Regimes. Nur: Damals, vor acht Jahren, drückten beide Lager die harten Oppositionsbänke. Ihre verdienstvolle Initiative scheiterte an Rot-Grün von Gerhard Schröder (SPD) und Joseph „Joschka“ Fischer. Heute stellen Union und FDP die Bundesregierung, und wieder ist Entschädigung ein Thema. Erika Steinbach, Präsidentin des Bundes der Vertriebenen (BdV), hat zum diesjährigen Tag der Heimat in Berlin an die „längst überfällige“ Entscheidung erinnert. In Abwandlung eines berühmten Goethe-Zitats rief sie der Bundesregierung zu: „Der Versprechen sind genug gegeben, laßt uns auch endlich Taten sehen!“ Wie wahr!

Die CDU-Politikerin Steinbach hat recht: Die jetzige, wenn auch fragile, Regierungskoalition hätte nunmehr die wunderbare Möglichkeit, all das umzusetzen, was andere politischen Kräfte bislang CDU / CSU und FDP verweigert haben. Damit könnte der Glaubwürdigkeit von Politik ein großartiger Dienst erwiesen werden. Der Konjunktiv ist wichtig. Denn auch diesmal geht es um Glaubwürdigkeit. Immerhin hat selbst der stets vorsichtig agierende Vorsitzende des Bundestags-Innenausschusses, der rheinische CDU-Abgeordnete Wolfgang Bosbach, eingestanden, daß die deutschen Zwangsarbeiter aufgrund des erlebten Leids „zumindest moralisch“ das Recht haben, in ähnlicher Weise wie die NS-Opfer entschädigt zu werden. So weit, aber nicht so gut. Bundesinnenminister Hans-Peter Friedrich (CSU) hat schon wissen lassen, was er von der neuerlichen Initiative seiner Unionsfreundin Steinbach hält: Eher nichts. Zwangsarbeit von Deutschen nach Kriegsende im Ausland, teilte Friedrich bürokratisch ungerührt mit, gelte als „allgemeines Kriegsfolgeschicksal“. Außerdem habe man nicht die Mittel, um jeden Betroffenen – der Minister rechnet mit bis zu 100.000 Personen – einmal 5000 Euro zu bezahlen.

Da stockt einem doch der Atem. Eine Regierung, die einen Milliarden-Rettungsschirm für die europäische Gemeinschaftswährung spannt, verschanzte sich bei den deutschen Zwangsarbeit-Überlebenden hinter dem „all-

gemeinen Kriegsfolgeschicksal“. Wie will man das glaubhaft kommunizieren? War der Vorstoß aus dem Jahr 2003 nur das übliche Oppositions-Gelabere? Hier wird wieder nach dem bekannten Muster gearbeitet: Große Sprüche, wenn man nicht in der Verantwortung steht. Aber Ausweichen und nach Schlupflöchern suchen, wenn es konkret wird. Sagen wir es so: Wie in der gesamten Vertriebenenpolitik, wird auch in dieser Frage bewußt auf Zeit gespielt. Man setzt auf die biologische Lösung des Problems, weiß sich darin einig mit dem Mainstream der veröffentlichten Meinung. Für den größten Teil der deutschen Publizistik gilt ohnehin die wohlfeile Ursache-Wirkung-Theorie als geschichtspolitisches Dogma.

Der wahre Skandal

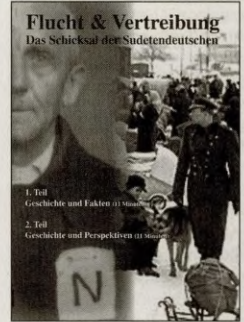
— Von Gernot Facius —

Pünktlich zum Tag der Heimat meldeten sich zudem die Stimmen, die in den Vertriebenenorganisationen lästige Mahner sehen. Die WELT bot dem Publizisten Ralph Giordano ein Forum für seine Dauerattacken gegen die Charta der Vertriebenen. „Ein klassisches Zeugnis deutscher Verdrängungskunst“, schimpfte Giordano, sie kappe „jede Kausalität zwischen Ursache und Wirkung“. Das ist die alte Taktik: Der historische Kontext zum Vertreibungsgeschehen wird, wovon Erika Steinbach mit Recht warnt, kurzschichtig und ahistorisch an den Beginn des Zweiten Weltkriegs geknüpft. Dabei lagen die Wurzeln der Deutschenvertreibung tiefer, in der Mitte des 19. Jahrhunderts. Der Sozialdemokrat Peter Glotz sah das genau so wie der amerikanische Historiker Norman Naimark. Für Glotz, Sohn einer tschechischen Mutter und eines deutschen Vaters, gab es keine Zweifel: „Wer wirklich gegen Vertreibungen kämpfen will, der muß die ganze Kette der Ursachen beleuchten.“ Und in diese Kette gehörten „frühnationalen Erwecker, die nationalistischen Oberlehrer und Journalisten“, die nicht aus der Verantwortung entlassen werden dürften. Geschichts-Klippschüler hören darüber hinweg. Sie beeinflussen aber das Gedenken an die Opfer von Vertreibung und Gewaltexzessen an Deutschen. Und sie halten populäre Legenden am Leben. So die Mär von der „zwingenden Notwendigkeit“ der Übernahme der deutschen Oder-Neiße-Gebiete, um den ostpolnischen Vertriebenen eine neue Heimat zu geben. Unter Berufung auf den Historiker Czesław Osekowski von der Universität im schlesischen Grünberg (Zielona Góra) zerfetzt Gerhard Doliesen in seinem von der Bundesstiftung zur Aufarbei-

tung der SED-Diktatur geförderten Buch „Polen unter kommunistischer Diktatur“ diese These.

Bis Ende 1945 hätten sich in den Oder-Neiße-Gebieten etwas mehr als 1,630.000 Personen niedergelassen, davon die meisten aus der Wojewodschaft Warschau, der Wojewodschaft Krakau und der Wojewodschaft Lodz. Die ostpolnischen Vertriebenen hingegen, die aus den an die Sowjetunion gefallenen Gebieten kamen, machten mit 26,6 Prozent im Jahr 1948 nur etwa ein Viertel aus, also eine deutliche Minderheit. Selbst in Breslau, das in Polen heute gern als Stadt der vertriebenen Lemberger gesehen wird, war das offenbar nicht anders. Ende 1948 stammte die Bevölkerung zu 73,5 Prozent aus Zentralpolen. Der Autor sieht in der extrem hohen Zuwachsrate der polnischen Bevölkerung ein wesentliches Motiv für diesen „Landhunger“. „Die Bauern der dichtbesiedelten Landschaften Mittel- und Südpolens ergriffen 1945, von Politik und Kirche hierzu intensiv aufgefordert, manchmal geradezu angestachelt, die einmalige Gelegenheit beim Schopf. Gerade die Haltung der katholischen Kirche, daß die Übernahme des fremden Landes rechtens sei, dürfte bei vielen Jüngeren die moralischen Bedenken gegen eine Besetzung von Hof und Land anderer Bauern erheblich mindert haben.“ Die dort seit Jahrhunderten wohnende deutsche Bevölkerung war dagegen machtlos, sie erhielt von niemandem Hilfe und mußte ihre Vertreibung hinnehmen. Doliesen vergißt nicht den Hinweis, daß im Exil und im polnischen Untergrund schon während des Krieges Gedankenspiele und Planungen für die Annexion deutscher Gebiete begonnen hatten. Ganz ähnlich verhielt sich das tschechische Exil um Edvard Beneš. Und nicht nur um ihn, den „Liquidator“. Ob die Bundesstiftung „Flucht, Vertreibung, Versöhnung“ den Mut aufbringt, auch solchen Motiven der Vertreibung nachzuspüren? Es wäre intellektuell unredlich, sich wieder auf die bequeme Ursache-Wirkung-Theorie zu berufen. Die Vertreibung hat wie der Krieg viele Väter. Natürlich, so sagt Erika Steinbach, hätte es ohne den Nationalsozialismus und den durch Hitler begonnenen Weltenbrand weder die Vertreibung der Deutschen geben können, noch die Teilung Deutschlands oder die Berliner Mauer. „Aber die Verantwortlichkeiten für millionenfache Menschenrechtsverletzungen, für Unterdrückung, Terror und Vertreibung nach 1945 liegen bei denen, die die Herrschaft hatten.“ In Polen und Tschechien fällt es selbst demokratischen Spitzenpolitikern noch immer schwer, sich zu dieser Einsicht durchzuringen. Fast könnte man dafür Entschuldigungsgründe finden. Vielleicht wäre die politische Klasse in beiden Ländern schon weiter, wäre sie nicht von deutschen Politikern, Intellektuellen und Journalisten in ihrer abwegigen Deutung der Geschichte bestätigt worden. Das ist der wahre Skandal.

NEUE DVD ÜBER DAS SCHICKSAL DER SUDETENDEUTSCHEN



Die Produktionsfirma alpha TV unter Leitung von Chefredakt. i. R. Walter Raming gestaltete im Auftrag des NÖ Medienzentrums und des Bildungsmedienzentrums des Landes OÖ den Film „Flucht und Vertreibung. Das Schicksal der

Sudetendeutschen“. Zielgruppen sind Schüler und interessierte Erwachsene, die diese DVD erwerben können. Leider sind Flucht und Vertreibung kein historisches Thema, sondern noch immer traurige Realität. Nach dem Zweiten Weltkrieg wurden zirka vierzehn Millionen Deutsche aus ihren angestammten Heimatgebieten vertrieben, etwa drei Millionen – vor allem alte Menschen, Frauen und Kinder – überlebten diese Katastrophe nicht. Eine Volksgruppe, 3,2 Millionen Sudetendeutsche, sowie die Karpatendeutschen und Ungarn mußten 1945 / 46 ihre seit 700 Jahren bewohnten Gebiete in der Tschechoslowakei verlassen: sie wurden enteignet, vertrieben, in Viehwaggons gepefcht und nach Deutschland und Österreich ausgesiedelt. Dabei fanden geschätzte 241.000 den Tod. Die rechtliche Grundlage für die Vertreibung bildeten die bis heute in der Tschechischen Republik gültigen „Beneš-Dekrete“.

Die DVD zeigt in zwei Teilen (ein Teil dauert elf Minuten) kurz und übersichtlich im Besonderen die Geschichte der Sudetendeutschen bis zu ihrer Enteignung und Vertreibung 1945 und 1946. Der erste Teil umfaßt den Zeitraum vom Mittelalter bis zum Ende des Ersten Weltkrieges 1918. Von 1926 bis 1918 regierten die Habsburger das Land. Die Österreichisch-ungarische Monarchie zerfällt nach Kriegsende in Nationalstaaten. Durch den Vertrag von Saint Germain vom September 1919 verbleiben 3,2 Millionen Österreicher – die Sudetendeutschen – im neugegründeten tschechoslowakischen Staat.

Der zweite Teil der Dokumentation umfaßt die Zeit von 1919 bis zur Vertreibung und behandelt die einschneidenden Ereignisse für die sudetendeutsche Bevölkerung in der Tschechoslowakei. Zuletzt wird illustriert, wo die Vertriebenen gestrandet sind: Die meisten gelangten nach West- und Mitteleuropa, 180.000 fanden in Österreich neue Heimat.

Die DVD „Flucht und Vertreibung. Das Schicksal der Sudetendeutschen“ soll nicht nur dazu beitragen, das Geschichtsbewußtsein der heranwachsenden Jugend zu schärfen, sondern ein dunkles Kapitel der europäischen Geschichte behandeln. Der Inhalt der DVD ist als Erinnerung und als Würdigung der betroffenen Sudetendeutschen, Karpatendeutschen und Ungarn gedacht, die Opfer von Verbrechen ideologisch und politisch fanatisierter Menschen geworden sind, indem sie enteignet, enteignet und aus ihrer angestammten Heimat in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien und der Slowakei vertrieben wurden oder sogar mit ihrem Leben bezahlen mußten.

Diese DVD kann um Euro 15,- (inkl. MwSt., exkl. Verpackung und Versand) über folgende Adresse bestellt werden: Sudetendeutsche Landsmannschaft in Österreich (SLÖ), Steingasse 25, A-1030 Wien, Telefon 00 43 (0) 1 / 718 59 19; Fax: 00 43 (0) 1 / 718 59 23; E-mail: office@sudeten.at

Konzert der Harmonia Classica

Motto: „Das Schicksal der Heimat“

Donnerstag, 29. September, 19.30 Uhr, im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25.

Programm: Werke von Franz Liszt, Franz Krieger, Walter Scharf und Alexander Blechinger – nach Texten von Agnes Miegel, Wilhelm Busch, Paula von Preradovic, Susanne Svoboda und einer alten Prophezeiung, dem „Lied von der Linde“.

Es musizieren Thomas Hlawatsch, Elisabeth Pratscher, Eitelka Polgar und Alexander Blechinger.

Karten zu Euro 20,- können unter Telefon 01 / 718 59 05 bestellt werden.

Heimattag: Film „Das Manuskript“

Anläßlich des Sudetendeutschen Heimattages 2011 wird am 17. September im „Haus der Heimat“, 1030 Wien, Steing. 25, Festsaal, von 14.30 bis 16 Uhr unter anderem der Film „Das Manuskript“ von Julie Böhm vorgestellt. Der Kurzfilm „Das Manuskript“ entstand als Diplomarbeit Böhms in Multimedia sowie Kevin Eder und Bianca Schenkel in Graphik Design an der „Graphischen“ in Wien. Die szenische Textgrundlage dazu hat Julius Vater, Wilhelm Böhm, im dritten Band seiner Vertreibungs-Trilogie aufgeschrieben. Stellvertretend für viele Sudetendeutsche jener Vertreibungsjahre nach dem Zweiten Weltkrieg will Julie Böhm mit der Darstellung der Dramatik des Rückkehrversuches ihres Vaters mit seiner Mutter an der deutsch-tschechischen Grenze in das Bewußtsein des Betrachters rücken. In einer Rahmenhandlung vermittelt Julie Böhm das unmittelbare Geschehen „Zwischen Bangen und Hoffen“, so wie es dem Titel des dritten Bandes entspricht.

Im Anschluß an diese Vorführung liest Erika Örtel aus ihrem Buch „Ausweisung – 53 Jahre danach“, welches auch in der „Kronen Zeitung“ teilweise abgedruckt wurde. Die aus der Schmuckstadt Gablonz stammende Erika Örtel (geb. Schindler) mußte als Zwölfjährige ihre Heimat verlassen. Erika Örtel bringt auch Gedichte über Dinge, die sie betrachtet und die ihr aufgefallen sind.

Mit heimatischem Backwerk (Kleckselkuchen etc.) und Kaffee soll es ein schöner Nachmittag im Rahmen des Heimattages werden.

Umstrittener Antikommunist Masin in den USA gestorben

Tschechien wurde von einem Thema eingeholt, das das Land tief spaltet. Im US-Staat Ohio ist am 14. August ein umstrittener Kämpfer gegen den Kommunismus, Citrad Masin, im Alter von 81 Jahren gestorben. Citrad und sein noch lebender Bruder Josef waren 1953 über die DDR nach Westberlin geflohen, hatten aber zuvor und dabei eine ganze Reihe von Überfällen verübt, bei denen Polizisten und Soldaten, aber auch Zivilisten ums Leben kamen.

Der konservative (ODS) Premier Petr Nečas würdigte Citrad Masin als einen „tapferen Menschen“, der seinen Mut durch seinen Widerstand gegen eine totalitäre Diktatur bewiesen habe. „Sein Schicksal gehört zu jenen, an die wir erinnern sollten, um uns mit unserer Vergangenheit auseinanderzusetzen“, so Nečas. Auch nach Auffassung des Verteidigungsministers Alexandr Vondra (ODS) verdient Masin „Ehre als ein Held, der den Mut hatte, sich der kommunistischen Diktatur mit der Waffe in der Hand zu stellen“.

Der Tod von Zivilisten oder die Art, wie die Gebrüder Masin beziehungsweise ihre militante Gruppe von Antikommunisten einen Polizisten umbrachten, ist der Grund dafür, warum ihre Taten im heutigen Tschechien sowohl Bewunderer, als auch viele Kritiker haben. Anfang der

Die Borkenkäfer-Plage im Nationalpark Böhmerwald sorgt für heftige Differenzen im Umgang mit dem Problem. Mehr als 100 Umweltaktivisten protestierten kürzlich vor Ort gegen das Fällen der vom Borkenkäfer befallenen Bäume. Gegen die Protestierenden stellten sich mehrere Duzend Böhmerwald-Einwohner, die die Schritte des Nationalparks bei der Bekämpfung des Borkenkäfers unterstützen. Des weiteren waren an die 100 Polizisten im Einsatz. Vor Ort erschien auch der Parteivorsitzende der Sozialdemokraten, Bohuslav Sobotka. Er sei gekommen, nicht um die eine oder andere Seite, sondern um die unentbehrliche Debatte und Dialog zu unterstützen, sagte Sobotka.

Laut Umweltminister Tomáš Chalupa soll die Naturzone bis zu 25 Prozent der Fläche des Nationalparks Böhmerwald ausmachen. Das sagte der Minister kürzlich im Rahmen einer Debatte über die Zukunft des Nationalparks im Senat in Prag, als er über die Arbeit an einem neuen Nationalparkgesetz sprach. Wissenschaftler, die gegen das jetzige Fällen von vom Borkenkäfer befallenen Bäumen im Nationalpark protestieren, wollen, daß bis zu 30 Prozent der Nationalparks als Naturzone gelten. Der vom Pilsener Landkreis ausgearbeitete Gesetzentwurf, der dem Abgeordnetenhaus vorgelegt wurde, sieht vor, daß sich die Naturzone auf nur 18 Prozent der Parkfläche erstrecken soll.

Rund 30 Wissenschaftler und Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens haben kürzlich zur Einstellung des ihrer Meinung nach illegalen Holzschlags im Nationalpark Böhmerwald aufgefordert. Den „Böhmerwalder Aufruf“ adressierten die Unterzeichner an den Nationalpark-Leiter Stráský und Umweltminister Chalupa. Den Aufruf unterzeichneten unter anderem Ex-

Borkenkäfer provoziert Streit im Nationalpark Böhmerwald

Umweltminister Martin Bursík, der Leiter des Geologischen Instituts, Václav Cílek, Filmregisseurin Olga Sommerová und der Leiter der Umweltbewegung Hnutí Duha (Regenbogen), Petr Machálek.

Gegen ein flächendeckendes Fällen der Bergfichten im Böhmerwald hat inzwischen die europäische Föderation der Nationalparks, Biosphärenreservate und Naturparks Europark protestiert. Die Föderation machte aufmerksam, daß der jetzige Holzschlag dem Ethos und den Prinzipien eines Nationalparks widerspricht und dem Ruf und der Integrität des Nationalparks Böhmerwald schadet. Die Böhmerwald-Gemeinden, die den Holzschlag wiederum befürworten, wurden vom Städte- und Gemeindenverband Tschechiens (SMO) unterstützt.

Die Entscheidungen des Böhmerwald-Nationalparkdirektors Ján Stráský sind nach Meinung von TOP-09-Parteichef Karel Schwarzenberg durch die Interessen regionaler Geschäftsleute beeinflusst. In einem Gespräch für die Tageszeitung „Lidové noviny“, kritisiert der Außenminister den Nationalparkdirektor scharf und wirft ihm Inkompetenz vor. Stráský sei früher als Funktionär in der Tourismusbranche tätig gewesen und unterstütze deshalb jetzt auch die Interessen von Unternehmern, die den

Böhmerwald zu einem Skisportgebiet und Freizeitpark umfunktionieren wollen. Von Försterei oder gar Naturschutz aber habe Stráský keine Ahnung, moniert Schwarzenberg. Laut Aussage des Außenministers dürfte hinter den Entscheidungen von Stráský, der Bäume in einer Naturzone abholzen läßt, der Unternehmer Pavel Dlouhý stehen, der als einflussreicher Unterhändler der Bürgerdemokraten (ODS) gilt. Einen großen Fehler aber hätten auch die Naturschutzexperten um den früheren Umweltminister Bursík gemacht. Nach dem Orkan Kyrill, der 2007 tausende Bäume knickte, habe man diese einfach verfaulen lassen. Dadurch habe man das reihenweise Schlüpfen des Borkenkäfers erst ermöglicht, kritisierte Schwarzenberg.

Pürglitzer Wald wird Nationalpark

Im nächsten Jahr wird ein fünfter Nationalpark in Tschechien entstehen. Dabei handelt es sich um das Gebiet „Křivoklátsko“, auf Deutsch „Pürglitzer Wald“. Bereits seit 1978 handelt es sich dabei um ein Landschaftsschutzgebiet. Nun soll es zum Nationalpark aufgewertet werden. Die Region wird damit zu einer streng geschützten Landschaft im tschechischen Inland. Der neue Park wird ein Gebiet von zehntausend Hektar umfassen.

Höhere Pkw- und Lkw-Maut ab 2012

Das Fahren auf den Autobahnen und Schnellstraßen in Tschechien soll nach Wunsch des Verkehrsministeriums 2012 teurer werden. Damit sollen zusätzlich etwa 2,5 Mrd. Kronen (102,1 Mio. Euro) in die Staatskasse fließen. So soll die Pkw-Jahresvignette (1200 Kronen) um ein Viertel teurer werden und künftig 1500 Kronen kosten. Auch die Lkw-Maut soll ab 2012 um 25 Prozent steigen, nachdem sie bereits heuer um 25 Prozent auf fünf Kronen pro Kilometer angehoben wurde. Die geplanten Preise für die Monats- (350 Kronen) und 10-Tage-Vignette (250 Kronen) wurden bisher noch nicht bekanntgegeben.

BUDWEISER HEIMATTREFFEN

Das Jahrestreffen findet Samstag / Sonntag, dem 10. / 11. September, im Hotel / Gasthof Soller, D-85737 Ismaning, Bahnhofstraße 1, Telefon 089 / 96 28 3-0, E-mail: info@hotel-soller.de statt. Das Tagungslokal liegt gegenüber dem S-Bahnhof Linie 8 und bietet Übernachtung mit F / HP / VP sowie PKW-Parkplätze.

Wir beginnen am Samstag um 15 Uhr. Unser Treffen endet am Sonntag nach dem Mittagessen. Im Ratskeller München fällt der September-Stammtisch aus.

Josef Sailer, Tel. 0 82 91 / 688

140. Geburtstag der Siebenbürger Sachsen

Als einer der ersten Vereine in Österreich wurde der Verein der Siebenbürger Sachsen in Wien nach dem damals neuen Vereinsgesetz 1871 registriert. Wir freuen uns über dieses Jubiläum und wollen es entsprechend feiern. Eine Feier lebt aber auch von den Gästen, daher möchten die Obfrau des Vereines und die gesamte Vereinsleitung die sudetendeutschen Landsleute zum Mitfeiern und Näherkennnenlernen einladen.

Samstag, 15. Oktober, 16 Uhr: Festvortrag und Volkstanzdarbietungen, Ausstellung und Siebenbürgische Leckereien.

Sonntag 16. Oktober, ab 10 Uhr: Evangelischer Gottesdienst mit anschließendem gemütlichem Beisammensein.

Beide Veranstaltungen finden im „Haus der Heimat“ in 1030 Wien, Steingasse 25, im großen Festsaal im Untergeschoß, statt.

Sonderausstellung Prof. F. Neugebauer

Im Gedenken an den 100. Geburtstag zeigt das oö. Schrift- und Heimatmuseum „Barthaus“ in Pettenbach (Museumstraße 16) als Sonderausstellung bis Ende April 2012 eine umfangreiche Werkschau des Schriftkünstlers, Graphik-Designers und Buchgestalters Prof. Friedrich Neugebauer. Der Künstler wurde am 11. November 1911 im mährischen Kojetein geboren, war Schüler des bekannten österreichischen Schriftreformers Rudolf v. Larisch und bis zu seiner Emeritierung als Leiter der Meisterklasse für Schrift und angewandte Graphik an der Hochschule für künstlerische und industrielle Gestaltung in Linz, sowie als Verleger in Bad Gösern tätig. Das von ihm mitbegründete Barthaus zeigt aus dem Bestand stammende Dauerleihgaben und aus gegebenem Anlaß zur Verfügung gestellte Arbeiten aus dem Familienbesitz.

Replik auf Ralph Giordanos Kritik an der Vertrieben-Charta:

Die Vorgeschichte beginnt viel früher

VERTREIBUNG UND DAVOR? – Unter dieser Überschrift ist in der Tageszeitung „Die Welt“ vom am 4. August ein Beitrag von Ralph Giordano veröffentlicht worden, der sich in negativem Sinn über die „Charta der deutschen

Von Frans du Buy

Heimatvertriebenen“ äußert. Der Beitrag des besagten Autors schließt mit der verklausuliert geäußerten Forderung, daß der BdV sich von dieser Charta distanzieren, weil sie nach Meinung Giordanos „ein Hemmnis auf dem Weg zur Versöhnung ist“. Dieser Beitrag von Herrn Giordano kann nicht unwidersprochen hingenommen werden, denn er enthält mehrere Behauptungen, die keineswegs den geschichtlichen Tatsachen entsprechen.

Giordano bezeichnet die „Charta“ als „klassisches Zeugnis deutscher Verdrängungskünste, ein Paradebeispiel geschichtlicher Selbstentwertung“ und begründet diese seine Ansicht mit den Worten, daß „sich in dem Text der Charta kein Wort findet von dem, was der Vertreibung (der Deutschen seit 1945) vorangegangen war, als habe sie in einem historischen Vakuum stattgefunden“. Bequemlichkeitshalber übergeht Giordano seinerseits die Tatsache, daß es vor der Vertreibung der Deutschen aus ihrer Heimat, nachdem das Deutsche Reich im Jahre 1945 besiegt worden war, von den unmittelbaren Vertreiberstaaten Sowjetunion, Polen, Tschechoslowakei, Jugoslawien – um nur die wichtigsten von ihnen zu nennen – bereits in den Jahren zwischen den beiden Weltkriegen des 20. Jahrhunderts eine Vertreibung von Deutschen aus ihrer angestammten Heimat gegeben hat. Giordano erwähnt nur, daß vor dem Zweiten Weltkrieg in der Zeit, in der das NS-Regime im Deutschen Reich die Macht innehatte, deutsche Juden, Sinti und Roma vertrieben worden sind. Über das Vorgehen der Regierungen in Warschau und Prag gegen die Minderheiten, die damals in den Grenzen Polens und der Tschechoslowakei lebten, über die Grausamkeiten, denen diese Minderheiten zu der Zeit ausgesetzt waren, verliert Giordano kein Wort. Die Regierungen in Warschau und in Prag wüteten gegen die Minderheiten innerhalb

der damaligen Staatsgrenzen lange bevor es im Deutschen Reich ein nationalsozialistisches Regime gab. Es gibt viel polnisches und tschechisches Schrifttum aus den Jahren 1918 / 19 bis 1939, das von Haß auf alles Deutsche triefte und dem auch die Kriegslüsterheit, besonders des damaligen polnischen Regimes und Militärs, zu entnehmen ist. Daß in der Charta der deutschen Heimatvertriebenen nicht auch auf das politische Vorgehen der polnischen und tschechischen Regierung den Minderheiten in ihren damaligen Machtbereichen hingewiesen worden war, beanstandet Giordano nicht. Diese unwiderlegbaren und daher für Giordano unbequemen geschichtlichen Tatsachen passen wohl nicht in das einseitige Geschichtsbild, das Giordano c. s. uns ständig zu vermitteln beabsichtigt. Daß in der „Charta“ die verfehlte Politik der damaligen polnischen und tschechischen Regierungen nicht erwähnt worden ist, braucht nicht unbedingt als „klassisches Zeugnis deutscher Verdrängungskünste und Paradebeispiel geschichtlicher Selbstentwertung“ interpretiert zu werden. Es könnte doch auch sein, daß die Verfasser der „Charta“ die Verbrechen der Gegenseite absichtlich nicht erwähnt haben, um jeden Ansatz von einer Aufrechnung der von beiden Seiten begangenen Untaten von vornherein zu vermeiden. Dies wäre doch auch eine mögliche Interpretation – oder etwa nicht?

Von jemandem, der sich seriös mit geschichtlichen Tatsachen auseinandergesetzt hat und sich zu diesen Tatsachen äußert, sollte man doch eigentlich erwarten dürfen, daß er bei einer Stellungnahme sämtliche Tatsachen in seiner Beurteilung berücksichtigt. Ist es wirklich nur eine typisch deutsche Eigenschaft, unbequeme geschichtliche Fakten zu verdrängen oder sie einfach selbst zu entsorgen? Wie verhält es zum Beispiel mit der Beurteilung des Waffenstillstandsvertrages zwischen den Alliierten und Assoziierten und dem Deutschen Reich vom 11. November 1918 und mit den Friedensschlüssen, die den Ersten Weltkrieg offiziell beenden sollten? Handelte es sich bei ihnen wirklich um Verträge oder waren es nur in perfider Weise ausgeheckte Diktate der damaligen Siegermächte? Eine Antwort auf diese Frage zu geben, bleibt einem jeden unbenommen, er hat

– nach eingehender Kenntnisnahme vieler Tatsachen – dabei die Wahl zwischen einer „politisch korrekten“ oder einer „juristisch korrekten“ Meinungsäußerung.

Kein urteilsfähiger und kein vorurteilsfreier Mensch wird bestreiten, daß es in der Zeit des NS-Regimes im Deutschen Reich in den Jahren 1933 bis 1945 und auch in den damals vom Deutschen Reich besetzten Staaten Schreckliches ergeben hat, das ohne weiteres als Verbrechen bezeichnet werden muß. Es läßt sich nicht leugnen, daß viel Schreckliches, das damals „im deutschen Namen“ verübt worden ist, auf blindwütigen Haß zurückzuführen war. Ist Haß aber eine typisch deutsche Eigenschaft? Man lese einmal den Text des gemeinsamen Gebets einer Gruppe von US-Amerikanern im US-amerikanischen Kongreß am 10. Jänner 1918 oder den Text des Gebetes, das der polnisch-katholische Priester Mieszkis-Uzarski in den dreißiger Jahren seinen polnischen Schäfchen mit auf den Weg gegeben hat. Hatten auch Theodor Roosevelt und die Männer um ihn, Winston Churchill und die Seinigen sowie Stalin mit seiner Clique, um nur diese wenigen zu nennen, nicht ebenfalls Kriegsverbrechen begangen? Und werden nicht von Machtpotenzialen – demokratisch legitimiert oder mit Gewalt an der Macht klebend – auch in unserer Zeit Kriegsverbrechen begangen und Verletzung von Menschenrechten praktiziert?

Die Verbrechen am deutschen Volke im zwanzigsten Jahrhundert sind nicht geahndet worden, nach politisch-korrektur Auffassung der heutigen Zeit entsprechend, nicht einmal erwähnenswert. Die Untaten, die in der NS-Zeit sowohl im Deutschen Reich als auch in dem sich während des Zweiten Weltkrieges in deutscher Hand befindenden Ausland, von deutscher Seite begangen worden sind, sind nicht vom deutschen Volk, das ja kaum oder gar nichts von diesen Verbrechen wußte, begangen worden. Auf der gegnerischen Seite war das etwas anders. Die sowjetische Soldateska, Polen, Tschechen, die Völker im damaligen Jugoslawien wurden von beherrschender Seite zum kriminellen Verhalten allem Deutschen gegenüber regelrecht angestachelt. Die „Bierut- und Beneš-Dekrete“ haben – trotz aller Menschen-

rechtsbestimmungen der Europäischen Gemeinschaft (!) bis zum heutigen Tage ihre Geltung behalten. Auch in anderen Staaten gab es vor und während des Zweiten Weltkrieges, darüber hinaus auch nach 1945 Politiker in führender Position bis hin zum Staats- bzw. Ministerpräsidenten, die mittelbar oder gar unmittelbar verantwortlich waren für Verletzung von Grund- und Menschenrechten oder verübten Kriegsverbrechen, ohne daß dies ein Hindernis war für die Ausübung politischer Tätigkeit. Darüber wurde und wird von Giordano mit Stillschweigen hinweggegangen. Liefern nur „die Deutschen“ „klassische Beispiele“ für das Verdrängen von politischen Tatsachen und gibt es nur in diesem Volk Paradebeispiele „geschichtlicher Selbstentwertung“? Gibt es keine Vorgeschichte, die schließlich dazu geführt hat, daß infolge der wirren Verhältnisse innerhalb der Weimarer Republik und der deutschfeindlichen Politik des Auslandes dieser Republik gegenüber die Nationalsozialisten im Jahre 1933 im Deutschen Reich an die Macht gelangt sind? Hat der „deutsche Angriff auf Europa“ nicht ebenfalls eine Vorgeschichte oder ist dieser deutsche Angriff aus einem „historischen Vakuum“ hervorgegangen? Wer sich eingehend der „Bewältigung“ der Kriegsschuldfrage mit allem Drum und Dran befleißigt hat, kann nur zu der Schlußfolgerung gelangen, daß die Beurteilung der Schuld im Falle einer Verletzung von Menschenrechten und eines Begehens von Kriegsverbrechen nahezu immer davon abhängig gemacht wird, wer die Tat begangen hat und wer das Opfer des Verbrechens ist.

Giordano hat recht, wo er behauptet: „Keine Geschichte der Vertreibung ohne ihre Vorgeschichte und keine Vorgeschichte der Vertreibung ohne ihre Geschichte“. Giordano ist aber der Vorwurf zu machen, daß er seine Auffassung von der Vorgeschichte in diesem Falle beschränkt auf die Zeit 1933 bis 1945. Die Vorgeschichte der Vertreibung der Deutschen beginnt viel früher. Vertreibungsabsichten führten der Männer der „slawischen Völker“ lassen sich bereits um die Mitte des 19. Jahrhunderts nachweisen. Giordano übergeht auch das Unrecht, das der deutschen Nation in ihrer Gesamtheit in den Jahren 1918 / 19 bis 1939 von seiten der Siegermächte und den von diesen Mächten abhängigen Nutznießerstaaten zugefügt worden war. Das alles hätte Giordano wissen können und wissen müssen.

Giordano scheint über ein ausgezeichnetes selektives Urteilsvermögen zu verfügen, denn wie könnte er sich sonst so abschätzig über die „Charta der deutschen Heimatvertriebenen“ äußern? Diese „Charta“ ist wirklich als ein „document humain“ zu betrachten, für das den damaligen Verfassern auch heute noch zu danken ist. Es ist schon etwas Besonderes, daß die deutschen Heimatvertriebenen im Jahre 1950, bereits fünf Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges, in einer Welt voller Haß auf alles Deutsche, um Vergebung für die im deutschen Namen begangenen Verbrechen, an denen die deutschen Vertriebenen nicht beteiligt und somit unschuldig waren, baten, erklärten, auf Haß und Rache für das ihnen zugefügte Unrecht zu verzichten und zugleich ihre Hand ausstreckten zum gemeinsamen Wiederaufbau Europas.

Der Text der „Charta“ braucht auch mehr als 60 Jahre nach dem Ende des Zweiten Weltkrieges nicht, wie Giordano meint, neu überdacht und aus der Ecke blinder Verdrängung in eine aufgewecktere Gegenwart transportiert zu werden. Die Charta ist nach wie vor als ein hervorzuhebendes Dokument zu betrachten, das damals dazu berechtigte, die Hoffnung zu hegen, daß die Völker in Europa ihre Lehre aus der Tragik der großen Kriege in der ersten Hälfte des 20. Jahrhunderts gelernt haben und dementsprechend aufeinander zugehen würden. Daß diese Hoffnung sich als eine Illusion erwies, beweist u. a. die Tatsache, daß sich sowohl die polnische als auch die tschechische Regierung bis zum heutigen Tage weigern, den deutschen Heimatvertriebenen Wiedergutmachung zu gewähren. Die Anliegen und Forderungen der deutschen Heimatvertriebenen sind berechtigt und legitim!

Frans du Buy, der Autor dieses Beitrages, ist ein niederländischer Völkerrechtler. Er promovierte 1957 zum Dr. jur. und arbeitete bis zum Oktober 1988 als Dozent an der juristischen Fakultät der Reichsuniversität Utrecht.

Neues Restitutionsgesetz kommt: Kroatien entschädigt Vertriebene

Nach jahrelangem Tauziehen soll es nun in Kroatien ernst werden mit der Entschädigung der Donauschwaben. Dem kroatischen Parlament liegt bereits die Novelle des sogenannten Denationalisierungsgesetzes vor, die eine Entschädigung der nach dem Zweiten Weltkrieg enteigneten und ins Ausland geflüchteten Donauschwaben ermöglichen wird. „Das politische Klima ist jetzt gut und das Gesetz wird im Herbst verabschiedet“, freut sich die Vorsitzende der Landsmannschaft der Donauschwaben in Kroatien, Renata Trischler. „Wir sind sehr froh, daß die Sache endlich in Gang gekommen ist und daß wir ein erfolgreiches Ende in Sicht haben.“

Immer wieder hatte es so ausgesehen, als wäre es schon so weit. Schon vor sechs Jahren lag ein bilateralen Vertrag über die Entschädigung der Donauschwaben in Österreich fertig ausverhandelt auf dem Tisch, wurde aber im kroatischen Parlament schubladisiert. Es gab politische Querschüsse, nicht nur in Kroatien, sondern auch aus dem Ausland. Tschechien intervenierte massiv in Zagreb: „Eine Ratifizierung dieses Vertrages würde nicht im Interesse Tschechiens liegen“, warnte der damalige tschechische Premier Jiri Paroubek.

Prag befürchtete einen „Präzedenzfall“ für die Auseinandersetzung mit den Sudetendeutschen, die ebenfalls Entschädigungen fordern.

Tatsächlich drohte die Geschichte einzuschlafen, hätte nicht ein Donauschwabe vor dem kroatischen Höchstgericht Recht bekommen. Der Oberste Gerichtshof entschied, daß es gar keines bilateralen Vertrages bedarf, sondern Ausländer mit kroatischen Staatsbürgern in Sachen Restitution bzw. Entschädigung grundsätzlich gleichzustellen seien. Dem trägt die Novelle des Denationalisierungsgesetzes nun Rechnung.

Auch der kroatische Anwalt Eugen Zadavec, der mehrere Donauschwaben in Restitutionsverfahren vertritt, verweist gegenüber der oberösterreichischen Tageszeitung NEUES VOLKSBLATT darauf, daß „bisher alle Bemühungen des Staates in die Richtung gegangen, daß keine Entschädigung gezahlt wird“.

Er vertrete Anspruchsberechtigte eigentlich „nur ungern, weil ich mir bewußt bin, daß meine Heimat ständig versucht, nicht zu zahlen.“ Angesichts der bereits vorliegenden Gesetzesnovelle ist der Advokat allerdings zuversichtlich geworden: „Jetzt habe ich die Hoffnung, daß doch etwas geschehen wird.“

Wenn das Gesetz beschlossen wird, werden vertriebene Donauschwaben, aber auch deren Nachkommen bis Ende 2012 Entschädigung für den durch die Enteignung erlittenen Vermögensverlust beantragen können.

Bei den Donauschwaben handelt es sich um die Nachfahren jener Altösterreicher, welche die Habsburger nach der Befreiung Ungarns von den Türken im pannonischen Becken angesiedelt hatten. Nach dem Ersten Weltkrieg wurde die 1,5 Millionen Seelen zählende Volksgruppe auf die Nachfolgestaaten Ungarn, Rumänien und Jugoslawien aufgeteilt. Gegen Ende des Zweiten Weltkrieges wurden hunderttausende Donauschwaben enteignet und vertrieben. Viele von ihnen haben in Deutschland eine neue Heimat gefunden.



Bald Freudentänze? Die Donauschwaben dürfen in Kroatien nun auf Entschädigung hoffen.
Foto: Land OÖ / Kraml

ÜBERAUS STARKER SÜDMÄHRER-KIRTAG

Bei herrlichem Sommerwetter strömten am 14. August Landsleute und Freunde aus nah und fern herbei, so daß bereits vor 10 Uhr im Zelt und bei der heiligen Messe am idyllischen neuen Dorfplatz des Museumsdorfes mehr als 650 Personen waren. Die Messe zelebrierte Lm. Prälät Dr. Karl Rühringer in zu Herzen gehender Weise. Von der reichen Kollekte konnten wir wieder einen Teil für ein Afrika-Projekt spenden. Im Anschluß erfolgte bei der Gedenkstätte am Südmährerhof die Totenehrung, die Obmann Dkfm. Günter Grech vornahm und in der er auch speziell auf den Erbauer des Hofes, Josef Czerny und den Anreger des Museumsdorf-Projekts, Prof. Dr. Josef Koch aus Saitz, einging, welcher vor fünfundzwanzig Jahren als Dachverbands-, SLO- und VLO-Obmann verstarb. Zum „Guten Kameraden“ wurden die beiden Kränze niedergelegt, die nach dem Kirtag auf die Gräber der beiden erwähnten Landsleute zum jährlich erneuerten Andenken gebracht werden.

Der Besucher-Zustrom ging auch während des Vormittag-Frühschoppens weiter, so daß um die Mittagszeit bei den für 1200 Personen aufgestellten Tisch- und Bankgarituren nicht mehr viel freie Plätze waren. Somit hat der Süd-

mährer-Kirtag wieder seine überregionale Bedeutung unter Beweis gestellt, da alle anderen Veranstaltungen, wie Kreuzberg, Unter Retzbach oder kirchliche Treffen mit durchschnittlich 200 bis 250 Teilnehmern bereits unter der öffentlichen Wahrnehmungsgrenze liegen.

Dementsprechend sind auch unsere Zusammenkünfte nicht als wehmütige Nostalgie einer auslaufenden Tradition zu betrachten. Wer das Gefühl spüren kann, welche Stärke und Energie von so einem Gemeinschaftserlebnis ausgehen kann, was meist bei kleinen Ortstreffen nicht empfunden werden kann, dem wird auch klar, daß die Südmährer in der Vergangenheit schon immer aus diesem Gemeinschaftserlebnis ihre volkstümliche Kraft geschöpft haben und wie wichtig es ist, die Nachkommen daran teilhaben zu lassen.

Das wird auch in Gesprächen mit jungen Landsleuten immer wieder bestätigt, die durch das Erlebnis von Kirtag und Museum plötzlich merken, was hier dahintersteht.

Auch wenn die Medien in der schwindelhaften „EU-Phorie“ des „kriminellen Schengensraums“ mit vermehrten Buntmetall-Diebstählen, die nicht vor unseren Friedhöfen und Denkmälern haltmachen, die „Heimat-Tümelei“ gerne

als rechtskonservativ verunglimpfen und daher als nicht berichtenswert erachten, so wird unser Brauchtum dennoch als Grundlage des Heimatbegriffes erhalten bleiben und vom Volk geschätzt.

In der Begrüßung der Landsleute, Ortsvertrauensmänner, Obleute der Südmährer Vereine, des SLO-Bundesobmanns Gerhard Zeihel und anderer sudetendeutscher Vertreter, sowie der Patenschafts- und Stadträtin Dr. Karin Eckert aus Geislingen vor dem Kirtagsaufzug, konnte ich auf diese Tatsachen nur kurz hinweisen und beklagte auch die „Entsolidarisierung der Politik“ mit unseren offenen Anliegen, in dem ich auf die Resolution der SLO vom 9. April 2011 hinwies, die Ausnahmeklausel von den Menschenrechten für die Tschechische Republik anlässlich der Ratifizierung des Lissabon-Vertrages nicht zu unterschreiben. Die Politik hat es trotz Nachfrage im Außenamt nicht für nötig erachtet, darauf zu antworten.

Auch die Liste der Entschuldigung von Landes- und Lokalpolitikern bei unserer überregionalen Veranstaltung ist länger als die Unterstützung. Der neue ÖVP-Landtagsabgeordnete aus Gänserndorf besuchte uns am Vormittag, weil er um 14 Uhr bereits beim Ritterfest in Jedspeigen sein mußte (!). Landesrätin Barbara Rosenkranz, Ehrenmitglied des Dachverbandes der Südmährer, entsandte Landtagsabgeordneten Königsberger, der in seinem Grußwort die immer noch bestehenden Beneš-Dekrete und die Ausnahmeklausel für die Tschechische Republik vom Standpunkt der FPÖ mißbilligte, da man ursprünglich den Heimatvertriebenen in Aussicht gestellt hatte, daß diese „Unrechtsbestimmungen“ beim Beitritt 2004 durch den Grundrechtekatalog abgeschafft werden sollten. Man werde sich seitens der Freiheitlichen erneut um die Beseitigung dieses Unrechts bemühen, da die Rechtmäßigkeit der Kapitalverbrechen durch das Strafrechtsetzungsgesetz vom 8. 5. 1946 im Rechtsbestand der EU nichts verloren hat, was ihm spontan Applaus einbrachte.

Im Anschluß an die Begrüßung war der glanzvolle Aufzug mit unseren Trachtenträgern, verstärkt durch die Volkstanzgruppe „Stodltaunza“ in ihren Blaudruckdirndl, die Männer mit blauem Schurz und Stiefeln, ganz heimatlich. Nach einigen Ehrentänzen war es offensichtlich noch zu heiß für manche Tänzer, weshalb die lehrreiche Trachtenmodenschau von Frau Schwarz

mit der fachlich interessant kommentierten Vorführung von mehr als einem Dutzend Regionaldirndl aus der bewährten Heimatwerkmappe großen Beifall fand.

Schwungvoll spielten unsere „Weinviertler Buam“, und das allgemeine Tanzvergnügen setzte ein. Aber auch die echten Volkstänze, von den „Stodltaunzan“ mitreißend einstudiert und daher im zweiten Block auch mit Publikumsbeteiligung durchgeführt, steigerten die Stimmung. Dazwischen hatten wir unseren Lm. Konrad Prisl mit seiner unvergleichlichen Vortragskunst von pointenreichen Mundartgedichten aufgeboden, der großen Beifall fand. Die letzten zwei Stunden des Tages, mit zahlreichen Zugaben bis weit nach 18 Uhr, gehörten aber wieder dem ungehemmten Tanzvergnügen. Der Südmährer Kirtag leistet einen wertvollen Beitrag zur Volkskultur Niederösterreichs im durch Geschichte und Kultur verwandten Weinviertel. Schade, daß von offizieller Seite nur der Geschäftsführer des Museumsdorfes, unser Freund Mag. Günter Fuhrmann, anwesend war.

Auch unsere Frauen und ihre Nachkommen leisteten wieder beim Mehlspeisen- und Kaffeeverkauf einen wertvollen Beitrag, denn allein die traditionellen „Striezerln“ (oder Topfenkolatschen) waren mit 2000 Stück schon um 16 Uhr ausverkauft.

Der ORF Niederösterreich filmte den Aufzug und am 15. rief mich die Gestalterin der Sendung an, um die Hauptpunkte von mir zu erfahren, die sie auch textlich verwertete, doch stellte sich heraus, daß sie keine Bilder dazu hatte, wodurch der Beitrag nur etwas mehr als eine Minute umfaßte und am 15. 8. im „Österreichbild“ gesendet wurde, und dies nur, weil sich der Kameramann als „beratungsresistent“ erwies.

Einige meiner Vereinsmitglieder, die in den vergangenen zwanzig Jahren Hunderte kostenlose Arbeitsstunden beim Ausbau des Südmährerhofes geleistet hatten, erblickten in der Oberflächlichkeit eine Diskriminierung und konnten nur mit Mühe von erbosten Leserbriefen abgehalten werden.

Nächstes Jahr werden wir den insgesamt 60. Südmährer Kirtag, den 30. am Südmährerhof, begehen. Es bleibt zu hoffen, daß wir wieder einen Erfolg für unser Heimatgedenken erzielen. Reiner Elsinger



Auch heuer gab es wieder den traditionellen Aufzug zum Südmährer-Kirtag.

KLASSISCHES KONZERT

mit vielen Künstlern und sudetendeutscher Beteiligung

Am Samstag, 10. September, lädt der Club der Jungen Donauschwaben gemeinsam mit Siebenbürgern und Sudetendeutschen zu einem „Klassischen Konzert“ im Großen Festsaal des „Hauses der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, ein – Beginn ist um 18 Uhr.

Sehr gute Künstler erwarten Sie dort: Sänger, Instrumentalisten aus Siebenbürgen, Weißrussland, Schlesien, Chie, der Sohn von Günther Schneider-Siemssen und die erst siebenjährige Clara Paulus, väterlicherseits sudetendeutscher, mütterlicherseits siebenbürgischer Herkunft, wird sie am Klavier verbauen.

Ein schöner musischer Abend steht allen Besuchern bevor. Es gibt auch Imbisse und gut gekühlte Getränke zu geringen Preisen. Dies sollte man nicht versäumen – alle Interessierten jedweden Alters sind herzlich eingeladen, Freunde können selbstverständlich mitgenommen werden.

Koalitionskrise zunächst gebannt

Die Krise in der tschechischen Regierungskoalition ist zunächst gebannt. Die Partei „Öffentliche Angelegenheiten“, die mit ihrem Austritt aus dem Kabinett gedroht hatte, falls nicht bis zum 30. Juni ein Anhang zum Koalitionsvertrag unterzeichnet werden sollte, erklärte, sie werde in der Regierung bleiben. Die VV wird künftig in der Regierung statt der bisherigen zwei wieder vier Mitglieder haben. Die VV hatte bereits mehrmals mit dem Austritt aus der Regierung gedroht, vor allem wegen Spannungen mit der Demokratischen Bürgerpartei (ODS) von Ministerpräsident Petr Nečas.

Deutsche Sprache im Hultschiner Ländchen: WAS BRINGT DIE ZUKUNFT?

Obwohl seit der politischen Wende bereits mehr als zwanzig Jahre vergangen sind, ist die deutsche Sprache im Hultschiner Ländchen noch immer im Aufwärts begriffen, und das, obwohl das moderne Englisch unsere deutsche Muttersprache in eine Abseitsstellung drängt.

Schwer fiel es den Einwohnern, die Sprache ihrer Vorfahren, die diese jahrhundertlang im Leben begleitete, wieder in die Öffentlichkeit zu bringen. Fünf deutsche Verbände im Hultschiner Ländchen bemühen sich seit Jahren, mit Deutschunterricht und Sprachkursen Deutsch wiederzubeleben. Mit gemischten Gefühlen betrachten Vertreter der Deutschen Freundeschaftskreise eine außergewöhnliche Aufbruchstimmung unter den Deutschen nach der Wende 1989. Diejenigen, die trotz des kommunistischen Regimes ihre Muttersprache bewahrt hatten, oftmals aber nur teilweise, benutzen sie jetzt ungehindert auf den Straßen und bei verschiedenen Treffen. Das bewußte Bekenntnis zum Deutschum und zur deutschen Sprache im öffentlichen Leben war damals und ist auch jetzt spürbar. Preußen waren wieder Preußen geworden.

Deutsche, die ihre Muttersprache nicht kennen

Nun, nach mehr als zwanzig Jahren, sollte demzufolge die deutsche Sprache ihre frühere Verbreitung wieder erreicht haben. Aber die Bequemlichkeit bei der jungen Generation bestimmt eine andere Sprachweise. Erst wenn sie von der Wirklichkeit konfrontiert werden und ihre hiesigen Arbeitsverhältnisse zu scheitern drohen, besinnen sich viele ihrer Groß- und Urgroßväter, und vor allem der deutschen Staatsangehörigkeit, die man von seinen Vorfahren erwerben kann. Der im Antragsformular angeführte Vermerk „Muttersprache“ wird selbstverständlich mit „Deutsch“ beantwortet, obwohl bei der Aushändigung und Übernahme der deut-

schen Pässe, diese „Deutschen“ nur sehr wenige Kenntnisse der Sprache ihrer Vorfahren besitzen. Es stellt sich doch von alleine die Frage, warum ist man heute immer noch nicht in der Lage, die deutsche Sprache, die von vielen als Muttersprache angegeben wird, zu beherrschen? Warum fahren hunderte junge Männer aus dem Hultschiner Ländchen zur Arbeit nach Deutschland, sind aber als Bürger der Bundesrepublik Deutschland nicht fähig, sich mit dem deutschen Arbeitgeber Deutsch zu verständigen? Diese jungen Menschen gehen zwar auch heute in den Fußstapfen ihrer Vorfahren, die vor achtzig und mehr Jahren in Deutschland ihre Arbeit fanden, nur mit einem entscheidenden Unterschied, diese beherrschten damals ihre deutsche Muttersprache vollständig, die für sie das wichtigste in ihrem Leben gewesen war und gleichzeitig den sicheren Lebensunterhalt bedeutete. Denn gerade durch die deutschen Sprachkenntnisse gelang es ihnen, der damals herrschenden Arbeitslosigkeit zu entkommen und das Hultschiner Ländchen in einen gewissen angemessenen Wohlstand zu versetzen. Werden es die heutigen „Deutschhultschiner“ mit ihrer angeführten deutschen Muttersprache wieder soweit schaffen? Es bleibt abzuwarten.

Medien und die Pflege der Identität

In den nächsten vier bis fünf Jahren könnte entschieden werden, ob eine Identität der hier lebenden Deutschen in ihrem angestammten lokalen Umfeld überdauern wird oder nicht. Dann nämlich wird die Generation ausgestorben sein, die noch bewußt als Deutsche aufwuchs. Die Identität der Groß- und Urgroßeltern war anders als die der Eltern und die heutigen Jugend. Das davon das ganze Schicksal der zukünftigen deutschen Minderheit abhängt, ist eindeutig. Die Minderheitenidentität könnte durch die regionale Identität gestärkt werden.

Nur das Selbstbewußtsein der jungen Menschen in den deutschen Familien wird dafür ausschlaggebend sein. Hier könnte der Grundstein für die weitere Erhaltung der deutschen Sprache im Hultschiner Ländchen gelegt worden sein.

Eine große Rolle in der Gesellschaft wird den Medien zukommen. Für die in zerstreuten Siedlungen lebende deutsche Minderheit sind gerade die Medien als Sprachrohre ein Bindeglied der deutschen Zusammengehörigkeit, und durch welche die geschichtlichen Traditionen so intensiv wie möglich vermittelt werden können.

Auch durch großes Entgegenkommen und die Zuverlässigkeit aller hier lebenden Hultschiner ist irgendeine Angst vor fremden Menschen zu fühlen. Oftmals in der Geschichte berührte sie uns. Für Deutsche waren viele von uns nicht genug Deutsch, für Tschechen waren viele von uns wiederum nicht genug Tschechisch. Alle wollten uns immer vereinnahmen, aber nicht alle hatten uns gern. Und das hat seine ständige Gültigkeit.

Horst Kostritz in: „Oberschlesische Stimme“



Höhere selbstverwaltende Gebietseinheiten in Tschechien mit historischer Einteilung (Böhmen, Mähren und Tschechisch-Schlesien).

Tragödie der Rußlanddeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg

Es gibt immer noch viele Bürger in Deutschland, die die Rußlanddeutschen oder gar „Russen“ nur wahrnehmen, wenn in irgendeiner der Negativschlagzeilen in der Presse vom Fehlverhalten eines solchen Rußlanddeutschen oder gar mafiaähnlichen Zuständen in Zusammenhang mit ihnen berichtet wird. Immer noch viel zu wenige sind sich bewußt, daß nach dem Umbruch Hunderttausende aus den Nachfolgestaaten der Sowjetunion voller Erwartung in ein Deutschland kamen, das zur Integration so vieler gänzlich unvorbereitet war. An den Versäumnissen tragen die Betroffenen und die mit der Integration Befassten immer noch schwer.

Damit diese gelingt, sind aber nicht nur staatliche Stellen gefordert. Erforderlich ist die Information der Bevölkerung über die, die da zu uns gekommen sind. Dazu diente ein Seminar am Heiligenhof in Bad Kissingen. Es wurde vom Pädagogischen Arbeitskreis Mittel- und Osteuropa (PAMO Hessen) für Multiplikatoren und Lehrer zum Thema „Verschleppungen in die und innerhalb der Sowjetunion – Integration in Deutschland“ veranstaltet.

Einen Schwerpunkt bildete die Zeitgeschichte der Rußlanddeutschen. Studiendirektor Eckhard Scheld stellte die Schriftstellerin Nelly Däs vor. Ihr schriftstellerisches Werk – sie hat dreizehn Bücher zum Thema veröffentlicht – ist ein stetes und fortwährendes Künden vom schweren Schicksal der Rußlanddeutschen, das sie in schlimmsten Formen schon in ihrer Jugend erfahren mußte. 1930 wurde Nelly Schmidt als Schwarzmeerdeutsche in der Ukraine geboren, erlebte als Kind, wie ihr Vater, obwohl nur einfacher Bauer, von den Bolschewisten als „Kulak“ markiert, in der Verschleppung umkam und sie mit ihrer Mutter und zwei Brüdern in „sowjetischer Friedenszeit“ stets auf der Flucht vor dem bolschewistischen Zugriff war. Bei Kriegsbeginn 1941 entging sie der Deportation hinter den Ural nur, weil die deutsche Front den Deportationstransport der Sowjets überrollte. Vorher hatten diese den Zug mit den in Verschleppung begriffenen Rußlanddeutschen noch in die Luft gesprengt, um deren Befreiung durch die Wehrmacht zu verhindern. Nur eine beherzte Fluchtaktion ihrer Mutter rettete ihr und dem Rest ihrer Familie das Leben.

Bei Kriegsende 1945 gelang es Nelly Däs, nach Schwäbisch Gmünd in Baden-Württemberg zu gelangen. Sie gehörte damit zu den hundertachtzigtausend Rußlanddeutschen, die damals die drei alliierten Westzonen Deutschlands erreichten. Heute weiß kaum jemand, daß die westlichen Militärbehörden damals den Sowjets erlaubten, die Flüchtlingslager und bekannte Privatquartiere in den Westzonen zu durchkämmen, um in der Sowjetunion Geborene ins „Vaterland“ zurückzuführen.

Heute wissen wir, daß Nelly Däs damals vor der Verschleppung hinter den Ural bewahrt wurde. Anders als etwa 80.000 weitere Schicksalsgenossen aus den Westzonen, die sich die-

ser „Repatriierung“ nicht entziehen konnten. Sie teilten dieses Schicksal mit mehr als 100.000 anderen Rußlanddeutschen, die 1945 nur bis in die Sowjetzone oder in die Ostgebiete Rußlands gelangt waren. Unter den im Westen Verbliebenen war Nelly Däs eine der ganz wenigen, die in den 70er Jahren begann, in ihrem Werk vom Schicksal der Rußlanddeutschen zu künden. Dieses Bemühen zieht sich wie ein roter Faden durch ihre dreizehn Bücher. Eckhard Scheld führte vor, wie wertvoll die Arbeit in der Schule sein kann, besonders, wenn Kinder Rußlanddeutscher in der Klasse sind.

Eine glückliche Programmgestaltung fügte es, daß am nächsten Morgen Lilly Becking vor den Tagungsteilnehmern berichten konnte. Sie war noch nicht geboren, als Nelly Däs ihre prägenden Erlebnisse im Sowjetstaat hatte, hat dort aber alle die Erfahrungen gemacht, die Nelly Däs hätte machen müssen, wäre es ihr 1945 nicht gelungen, der Repatriierung zu entgehen. Lilly Beckings Mutter und Großmutter gerieten – auch schon auf deutschem Boden, aber in der Sowjetzone – in die Hände der sowjetischen Rückführungskommission, die sie in die Verbannungsgebiete jenseits des Urals verschleppte.

Wir haben gelesen

Alfred Zips, Obstl. i. R. (Bw.) Jahrg. 1938, geb. im Sudetenland. Eine Zitatensammlung Kriegsursachen – Kriegsschuld – Kriegsverbrechen – Kriegsfolgen. Erschienen in der Klosterhaus-Verlagsbuchhandlung, Klosterhof 4, D-37194, Tel: 00 49 / 55 72 / 73 10, oder Fax: 00 49 / 55 72 / 99 98 23; Euro 6,80.

Innerhalb weniger Wochen war die erste Auflage dieser Zitatensammlung vergriffen. Dies wird verwundern, hat der Herausgeber zum einem vornehmlich auf nichtdeutsche Autoren zurückgegriffen, zum anderen aber hat er – und das ist sehr verdienstvoll – versucht, alle von ihm verwendeten Quellen durch genaue Zitierweise, also Urheber und Fundstelle, exakt zu dokumentieren. Diese spannenden, teils erregenden und gelegentlich für so manche Historiker auch ärgerlichen Zitate setzen mit der Gründung des Deutschen Reiches 1870 / 71 ein und enden mit der deutschen Katastrophe und ihren bis heute fühlbaren Folgen. Ein historisch bewegender Bogen über die entscheidenden Jahrzehnte, vor allem im letzten Jahrhundert, wird vor dem Leser gespannt. Dabei werden viele selten ausgesprochene Wahrheiten vermittelt und Hintergründe aufgezeigt. Der knappe Umfang und der ebenso knapp kalkulierte Preis haben bereits Erfolge gebracht. Eine Arbeit des Autors, die jeden nach Wahrheit Suchenden, nicht nur anspricht sondern vielfach zur Suche nach weiteren Erkenntnissen anregt. A.O.

Keines der Versprechen, daß die Rußlanddeutschen in ihre sowjetischen Heimatgebiete zurückgeführt würden, wurde eingehalten. Lilly Becking hat von ihrer Mutter sogar erfahren, wie akribisch sie als Verschleppte in die Siedlungen Sibiriens verteilt wurden. Zu wenigen, meistens zwei Familien bzw. Teilfamilien, wurden sie auf die Dörfer verteilt. Sie sollten als Deutsche verschwinden und in der nächsten Generation in der Bevölkerung aufgehen. Dazu war ihnen der Gebrauch der deutschen Sprache bzw. ihrer Mundart verboten. Verbunden mit der Verschleppung war die Auflage für die Rußlanddeutschen, in den Verbannungsorten zu bleiben. Das war hart, weil Sibirien natürlich ein kaltes Land mit kurzer Vegetationszeit ist, das insbesondere bei den Landwirten von Anfang den Wunsch erzeugte, wenigstens in südliche Republiken auszuweichen.

Erst im Jahre 1956 eine Lockerung

Erst 1956 wurde das Dekret über den Verbleib in den sibirischen Verbannungsorten aufgehoben, leider aber nicht veröffentlicht, so daß die Betroffenen erst im Laufe der nächsten Jahre von dieser Erweiterung ihrer Freiheit erfuhren. In dieser Zeit wurde Lilly Becking in Orsk am südöstlichen Fuße des Urals an der Grenze zu Kasachstan geboren. Sie wuchs in einer russischsprachigen Umwelt auf, in der jeder Eindruck, daß man Deutscher war, vermieden werden mußte, um nicht die Beschimpfung „Fritz“ oder „Nazi“ und damit verbundene Zurücksetzungen zu provozieren. Deutsch war vor allem auf die Familie beschränkt. So kam vielen Rußlanddeutschen ihre Muttersprache abhanden. Die nächste Generation hatte es noch schwerer. Als es dann vor der Wende

etwas besser wurde, war die deutschsprechende Großelterngeneration vielfach bereits gestorben, und die Enkelgeneration konnte kaum noch Deutsch. Es ist deshalb kein Wunder, daß viele Rußlanddeutsche sich mit ihrer Muttersprache schwertun!

Mit der Verschleppung war die Übernahme von Sitten und Verhaltensweisen verbunden, die auch in den deutschen Siedlungen Rußlands vor dem Ersten Weltkrieg nicht üblich gewesen waren. Deshalb werden Rußlanddeutsche, wo sie in Deutschland auftreten, in vielen Fällen als anders empfunden und als „Russen“ ausgegrenzt. Lilly Becking appellierte an die Zuhörer, sich einmal vorzustellen, was das bedeutet. Im heutigen Rußland wurden sie noch als „Nazis“ beschimpft, und jetzt bezeichnen sie ausgerechnet die Menschen, von denen ihnen gesagt wurde, es seien ihre Landsleute, als „Russen“.

Lilly Becking konnte allerdings auch von hoffnungsvollen Zeichen berichten. Die Rußlanddeutschen gehörten zu den Zuwanderern, deren Eingliederungswille am ausgeprägtesten sei. Dieser Wille sei für den Erfolg der Integration entscheidend. An zahlreichen Bildern und am Beispiel der eigenen Person führte sie das vor. Sie habe ihre Sprache weitgehend zurückgewonnen und so verbessert, daß sie als Lehrerin arbeiten kann. Darüber hinaus hilft sie ihren Landsleuten bei der Eingliederung, leitet musische Jugendgruppen und ist sogar in die Stadtverordnetenversammlung Eschborn gewählt worden, um nur einige Aktivitäten neben ihrer Aufgabe als Mutter in der Familie zu nennen. Sie kann auch gut über die Situation der Rußlanddeutschen in unserer Gesellschaft aufklären. Diese Erkenntnis dürften die Teilnehmer vom Heiligenhof mitnehmen. Gerolf Fritsche

Peterbaude Opfer von Brandstiftern

Ein Feuer hat die Peterbaude (Petrova Bouda), eine der ältesten Berghütten im tschechischen Teil des Riesengebirges, zerstört. Die Flammen hatten am 1. August den gesamten Gebäudekomplex erfaßt, teilte die örtliche Feuerwehr mit. Die Ursache des Feuers sei offensichtlich Brandstiftung gewesen, hieß es. Es wurden drei Brandsätze gefunden. Das denkmalgeschützte Gebäude in 1288 Meter Höhe galt unter Experten als Kleinod der typischen Bergarchitektur der Region. Die im Jahr 1811 von Johann Pittermann auf einer Sommeralm erbaute Hütte war im Inneren reich mit Holzschnitzarbeiten geschmückt. Nach einem Eigentümerwechsel vor drei Jahren wurde die Berghütte in der Nähe von Špindlerův Mlýn (Spindlermühle) für Touristen geschlossen und verfiel nach Medienberichten zusehends. Die Ruinen der Peterbaude sollen nach Aussage von Denkmalschützern als Kulturgut erhalten bleiben. Es bestehe die reale Chance, daß sie als Denkmal weiter geschützt sind, informierte Vladimíra Paterová von der Nationalen Denkmalschutz-Behörde kürzlich.

„Landeshistoriker“ Harry Slapnicka †



Sein Name war und ist weit über die Grenzen des Landes hinaus ein Synonym für die akribische Erforschung der jüngeren Geschichte des Landes: Prof. Dr. Harry Slapnicka. Der Begründer und Doyen der Oberösterreichischen

schon Zeitgeschichte verstarb am 13. August im 93. Lebensjahr in Linz.

Harry Slapnicka, am 29. Oktober in Kladno in Böhmen geboren, kam nach Absolvierung seiner juristischen und politischen Studien an der deutschen Karlsuniversität in Prag sowie nach Kriegsdiensten im Zweiten Weltkrieg im Herbst 1946 nach Oberösterreich. Zwischen 1955 und 1971 war er Redakteur und zuletzt Chefredakteur des „Linzer Volksblatt“.

Ab 1971 baute er eine Abteilung für Zeitgeschichte am Oberösterreichischen Landesarchiv in Linz auf. Hier entwickelte er eine reiche publizistische Tätigkeit, die sich auf die jüngere Geschichte des Landes und vor allem seine Zeitgeschichte konzentrierte.

Wichtigste Titel seines mehr als zehn Bände umfassenden Werkes sind „Oberösterreich unter Kaiser Franz Joseph (1861 bis 1918)“ und das Standardwerk zur Oberösterreichischen Zeitgeschichte, „Oberösterreich, als es „Oberdonau“ hieß“. Daneben veröffentlichte Harry Slapnicka mehr als dreihundert Beiträge in verschiedenen Sammelwerken und wissenschaftlichen Zeitschriften. Schwerpunkt dieser Arbeiten sind die zweifache Besetzung des Mühlviertels, die Zugehörigkeit des Ausseerlandes zu Oberösterreich und die bildende Kunst zur Zeit des Nationalsozialismus.

Prof. Dr. jur. Harry Slapnicka wurde für seine Arbeit vielfach ausgezeichnet. So erhielt er u. a. das Österreichische Ehrenkreuz für Wissenschaft und Kunst I. Klasse, den Wissenschaftspreis der Kunschak-Stiftung, den Professorentitel, den großen Kulturpreis des Landes Oberösterreich, das Silberne Ehrenzeichen des Landes Oberösterreich und den Dr.-Erwin-Wenzl-Preis.

4. Golfturnier Gottscheer – SL



Am 6. August fand das 4. gemeinsame Golfturnier der Gottscheer und der SL Kärnten in Golfclub Moosburg statt. Insgesamt nahmen über achtundzwanzig Spieler teil, Gottscheer und vier Sudetendeutsche.

Es war ein sehr nettes, harmonisches und freundschaftliches Spiel, das mit der Siegerehrung und einem gemeinsamen Essen im Schloß Krastowitz bei Klagenfurt ausklang.

Besonders schön war der beträchtliche Anteil an jüngeren Teilnehmern. Man sieht daran, daß solche Veranstaltungen auch für die Jugend attraktiv sind.

Nächstes Jahr wird das 10. Gottscheer Golfturnier stattfinden. Wir freuen uns schon sehr darüber, wieder als Sudetendeutsche Landsmannschaft daran teilnehmen zu können. Bernhard Gübitz

Liebäugeln mit „National-Sozialisten“

Der ehemalige tschechische Premier und frühere Chef der Sozialdemokraten (ČSSD), Jiří Paroubek, erwägt einen Übertritt zur „Tschechischen National-Sozialistischen Partei“ (ČSNS), die nicht im Parlament vertreten ist. Laut „Hospodarské noviny“ gab Paroubek bereits Umfragen darüber in Auftrag, wie dieser Schritt bei den Wählern ankomme. Der Chef der ČSNS, Karel Janko, bestätigte Gespräche mit Paroubek und sagte, der Ex-Premier könnte 2012 bei den Regionalwahlen für das Amt des nordböhmischen Kreishauptmannes kandidieren. Paroubek sitzt zur Zeit für die ČSSD im Parlament. Er war in den Jahren 2005 und 2006 tschechischer Ministerpräsident, von 2005 bis 2010 führte er seine Partei. Er trat von der Spitze zurück, nachdem die Partei unter seiner Führung bei den Parlamentswahlen 2010 keine eigene Mehrheit im Parlament erreichte. Seitdem liegt er im Streit mit der neuen Parteiführung. Das Attribut „National-sozialistisch“ im Parteinamen ist nicht als Bezug zur NSDAP gemeint, wäre aber in Österreich oder Deutschland als Parteiname völlig undenkbar.

Dreißigjähriger Krieg

Der nachfolgende Leserbrief bezieht sich auf den Artikel „Unzulässige Geschichtsverfälschung“ in der Folge 7 der „Sudetenpost“ vom 7. Juli 2011.

Der Verfasser befürchtet – sicher durchaus wohlmeinend –, daß Bernd Posselt (ohne mich auf dessen Seite stellen zu wollen) in seiner Festrede, das Münchener Abkommen betreffend, sich ungewollt der Argumentation Tschechiens bezüglich der Vertreibung der Sudetendeutschen bedient.

Es ist dringend davon abzuraten, sich in den argumentativen Irrgarten der Tschechen zu begeben und auch noch – sicher in bester Absicht – zu versuchen, diesen mit hervorragenden fundierten Kenntnissen zu widerlegen, und es ist weiterhin offenbar wieder einmal bitter notwendig, den Sachverhalt vom Kopf auf die Füße zu stellen:

Wenn hier jemand Hochverrat begangen hat, dann waren dies allenfalls die Tschechen gegenüber der k.u.k. Monarchie. Es ist nicht ersichtlich, warum wir Sudetendeutschen uns mit der ebenso hirnrissigen wie menschenverachtenden Argumentation der Täter beschäftigen sollten und auch noch gruselig versuchen, diese zu entkräften.

Wenn man der Argumentation der Tschechen folgen wollte, müßten ja diese, aufgrund ihres Hochverrates an Österreich-Ungarn, das Land verlassen. Der tschechoslowakische Staat besaß als einzige Legitimation die Legitimation der Gewalttäter von Versailles, Saint Germain und Trianon.

Die Tschechen besetzten nach dem Ersten Weltkrieg in ihrem Nationalismuswahn nicht nur die tschechischen Gebiete, sondern die deutschen Gebiete wider alles Völkerrecht gleich mit, um dann deren Bewohner systematisch zu terrorisieren. Die Deutschen hatten nicht nur das Recht, sondern die Pflicht, gegen dieses durch nichts gerechtfertigte Besatzungsregime aufzustehen. Der Hinweis verschiedener Kreise, daß sich die Mehrheit der Sudetendeutschen dem tschechoslowakischen Staat gegenüber loyal verhalten hätte, ist eine Beleidigung und nicht zuletzt eine Verhöhnung derer, die – wie mein Vater – im Sudetendeutschen Freikorps gegen diesen Unrechtsstaat gekämpft haben.

Auf welche zu respektierende Autorität wollte sich die Tschechoslowakei, das Phantasiegebilde der Siegermächte, berufen? Die Deutschen stellten mit zwölf Millionen in der Donaumonarchie die größte Bevölkerungsgruppe, gefolgt von den Ungarn mit zehn Mil-

lionen, die Tschechen und Slowaken umfaßten zusammen sieben Millionen. (Quelle: Bevölkerungsstatistik Österreich-Ungarn, Stand 1910.) Erst durch den Amoklauf der Siegermächte des Ersten Weltkrieges gegen Mitteleuropa gerieten die Deutschen in Böhmen, Mähren und Österreichisch-Schlesien infolge ihrer Abtrennung vom Hinterland in die Minderheitenposition.

Wenn man die Verursacher an der Entstehung des Nationalsozialismus und am Ausbruch des Zweiten Weltkrieges finden will, wird man in Versailles und Saint Germain fündig. Die Siegermächte des Ersten Weltkrieges tragen hierfür die volle Verantwortung. Es ist sicher überflüssig, darauf hinzuweisen, daß es sich beim NS-Staat um ein entmensches Verbrechenregime handelte, das schließlich der eigenen rational nicht mehr zu steuernden Aggression zum Opfer fiel.

Verschiedene Seiten bezeichnen die Zeit vom August 1914 bis Mai 1945 als den Dreißigjährigen Krieg gegen Mitteleuropa.

Aufgrund der aktuellen Ereignisse möchte ich zum „Idioten von Oslo“ folgendes bemerken: Dieser offenbar stark angelsächsisch beeinflusste, von religiösem Wahn befallene Psychopath, welcher wohl die Spitze des Eisbergs einer nicht zuletzt durch Computerspiele verblödeten Gruppe darstellt, dieser Attentäter, der die Vertreibung der Sudetendeutschen befürwortet, überrascht nicht mit seinen fehlenden Geschichtskenntnissen. Zu seinem Gefasel von den Sudetendeutschen (die er als Immigranten bezeichnet) als der fünften Kolonne, welche illoyal (?) gewesen wäre usw., muß entgegnet werden: Eine fünfte Kolonne bildeten allenfalls die Tschechen in der Donaumonarchie, welche an deren Untergang arbeiteten.

Zum Thema Einwanderer: Die Slawen siedelten ursprünglich nördlich der Karpaten zwischen Weichsel und Dnjepr, erst um das Jahr 500 erfolgte durch Wanderung die Aufgliederung in Ostslawen (Russen, Ukrainer, Weißrussen), Südslawen (Slowenen, Kroaten, Serben, Bulgaren, Makedonen) und Westslawen (Polen, Tschechen, Slowaken, Kaschuben, Sorben und einige ausgestorbene Stämme). (Quelle: Duden-Lexikon 1989).

Im böhmischen Raum siedelten bereits vor der Völkerwanderung deutsche Stämme. Wenn in diesem Zusammenhang von Einwan-

derern gesprochen wird, dann handelt es sich bei diesen Einwanderern (die allerdings tatsächlich von keiner Seite gerufen worden waren) allenfalls um Tschechen.

Ich füge hier folgenden Hinweis zur Bezeichnung Deutsch an: Deutsch bezeichnete ursprünglich das Fränkische, später die festlandgermanische Spracheinheit. (Quelle: Duden-Lexikon 1989). Der Begriff Deutsch wurde im Laufe der Geschichte von einem unerklärlichen Spaltplatz befallen, der offensichtlich heute durch Siegerpropaganda wesentlich verstärkt, weiterwirkt.

Helmut Randa, D-Waiblingen

Deutsche aus Böhmen

Auf Seite 2 der letzten Ausgabe finde ich zweimal den Begriff „tschechische Deutsche“. Was für ein Unfug! Und das in der „Sudetenpost“! Der Artikel ist wohl aus dem Tschechischen übersetzt und auf Tschechisch heißt es eben česky, aber wozu gibt es im Deutschen das schöne Wort Böhmisch, zum Unterschied von Tschechisch. Das Wort Tschechisch kann noch nicht sehr alt sein und bezieht sich auf die Sprache und die Nation, denn ich besitze ein Grammatik der „böhmischen Sprache“ aus der Monarchie. Schon seit langem beobachte ich mit Betrübnis, wie die Begriffe „Böhmen“ und „Böhmisch“ immer mehr in Vergessenheit geraten. Ich selbst betrachte mich als böhmische Deutsche – oder noch besser als Deutsche aus Böhmen.

Elisabeth Ruckenbauer, Wien

Rechters

Betrifft: Leitartikel aus der Folge 8: „Die Feigen und die Frechen“:

Lieber Herr Maurer, Sie haben sehr recht, daß das tschechische Außenministerium eine sehr heuchlerische Erklärung abgegeben hat und weder zuständig wird und noch dazu auch nicht sachkundig ist. Sie ist aber auf die juristische Seite auch nicht eingegangen. Zu moralischen Pflichten aufzurufen an die Allgemeinheit kann ja jedermann. Auch der Papst tut dies in Neujahransprachen!

Die juristische Seite aber verkennen Sie, werter Herr Maurer. Ein Haftbefehl muß nach

rechtsstaatlichen Grundsätzen Haftgründe enthalten, Tatorte, Tatzeit, konkrete Beschädigte, Tathergang, Beweise für die Schuld von bestimmten Personen usw. All das ist nicht vorgelegen bzw. konnte auch nicht geliefert werden. Laut offiziellem Einsatzbefehl, veröffentlicht im „Standard“ vom Wochenende, wurde bei dem Einsatz der KGB-Sondereinheit Alpha keine scharfe Munition verwendet und ist bei dem Einsatz kein einziger Bürger dabei getötet worden. Diese Angaben sind bisher nicht widerrufen worden.

Auch dürfte die Wahrscheinlichkeit eines rechtsstaatlichen Prozesses in Litauen nicht gegeben gewesen sein. Dazu dürfte das dort aufgeheizte Klima schon gar nicht die Möglichkeit dazu bieten. Auch braucht unser Staat keine eigenen oder fremden Bürger an internationale Gerichte abzuliefern, um der EU beitreten zu können. Denn wir sind schon beigetreten.

Rudolf Kofler, Graz

Verstand geraubt

Ich bin als nachgeborener Sudetendeutscher äußerst empört über die Tatsache, daß dreizehn EU-Botschafter über so eine vergleichsweise Lappalie bei der tschechischen Regierung protestieren, aber nicht, als vor ein paar Jahren das demokratisch gewählte tschechische nachträglich nach über sechzig Jahren die rassistischen und faschistischen Beneš-Dekrete sowie das in der modernen Geschichte einmalige Straffreiheitsgesetz gutgeheißen haben. Also tausendfacher Mord und gnadenlose kollektive Vertreibung und Beraubung ohne jegliche Entschädigung ist richtig und wegen eines gewissen Fehlverhalten gegenüber einer Randgruppe tun sich dreizehn Botschafter mit einer gemeinsamen Erklärung zusammen. Man fragt sich manchmal, ob der Zeitgeist wirklich beinahe allen den Verstand geraubt hat?

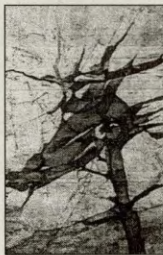
Fred Hoffmann, Barcelona, Spanien

Liebe Leserinnen und Leser!

Wir freuen uns über jede Zuschrift und möchten Sie hiermit freundlich ermuntern, uns auch Ihre Meinung zu den Themen, die uns gemeinsam berühren, zu senden.

Leserbriefe stellen grundsätzlich persönliche Meinungen dar und müssen nicht der Meinung der Redaktion und des Herausgebers oder der SLÖ entsprechen. – Wir bitten um Verständnis, daß wir anonyme Leserbriefe nicht abdrucken können.

AUSSTELLUNG „QUER.DURCH“



Kunstwerke unter dem Motto „Quer.Durch“ der Künstlerin Edeltraud Nohel sind vom 8. September bis zum 2. Oktober in der Galerie Raum der Kunst im Schloß Traun bei Linz ausgestellt.

Besucher können täglich von 11 bis 17 Uhr die Collagen mit „englischer Tinte, auf Japanpapier“ besichtigen.

Edeltraud Nohel (geborene Reiter) ist eine Kaplitzlerin und die Gattin des langjährigen Obmannes der Südmährer in Oberösterreich.

Zu ihrem bevorstehenden 80. Geburtstag wünschen wir ihr alles Gute und noch viel Schaffensfreude. P.L.

ODS verliert massiv an Zustimmung

Laut einer geheimen Umfrage zur anstehenden Kreiswahl im Jahr 2012 ist die Zustimmung für die stärkste Regierungspartei ODS massiv gefallen. Die Prognosen rechnen in einigen Kreisen nur noch mit acht Prozent Unterstützung. Lediglich im Mittböhmischen Kreis könne laut dem internen Papier der Bürgerdemokraten bei den Wahlen im nächsten Jahr mit einem Sieg gerechnet werden. Die Zahlen wurden der Tageszeitung „Hospodářské Noviny“ aus Kreisen der Bürgerdemokraten zugespielt.

Tschechische Regierung plant Verbot der Kommunisten-Partei

Die tschechische Regierung hat Innenminister Jan Kubice beauftragt, einen Vorschlag auszuarbeiten, aufgrund dessen die Tätigkeit der Kommunistischen Partei (KSCM), die im Parlament vertreten ist, eingestellt werden soll. Kubice soll das Material bis November vorlegen. Anschließend wird das Kabinett entscheiden, ob es sich an den Obersten Verwaltungsgericht wendet.

Die Regierung beauftragte Kubice, obwohl sie eine Analyse des Innenministeriums zur Kenntnis genommen hatte, die dem Kabinett nicht empfahl, ein Verbot der KSCM vor Gericht zu fordern. In der Analyse heißt es, daß es „keine Gründe“ dafür gebe, einen derartigen Antrag zu stellen. „Sollte man einen derartigen Antrag

stellen, wären seine Aussichten gering“, steht in dem Dokument, das die Rechtsexperten des Innenministeriums ausarbeiteten.

Für das Verbot der KSCM, der Nachfolgerpartei der tschechoslowakischen KP vor 1989, setzen sich seit Monaten einige Parlamentarier der Regierungsparteien ein, die in dem Programm der Partei und ihrer Tätigkeit eine Gefahr für die Demokratie in Tschechien sehen.

Der Hauptinitiator des KSCM-Verbots, Senator Jaromír Štětina (parteilos), im Klub der liberal-konservativen Partei TOP 09, begrüßte den Beschluß der Regierung und zeigte sich bereit, mit dem Innenministerium zusammenzuarbeiten.

Die KSCM kritisierte die Absicht der Regie-

rung. „Sollte sie den Antrag wirklich stellen, wird sie eine internationale Schande vor dem Europäischen Menschenrechtsgericht erleiden. Die Regierung sollte sich um die Bedürfnisse der Menschen und nicht um die Liquidierung der Opposition kümmern“, meinte KSCM-Chef Vojtěch Filip, ein studierter Jurist.

Die KSCM ist sowohl im Abgeordnetenhaus als auch im Senat vertreten. In den Wählerumfragen ist sie die viertstärkste Partei, die zwischen zehn und 14 Prozent liegt. Keine Partei will mit der KSCM eine Regierungskoalition bilden. Die oppositionellen Sozialdemokraten (ČSSD) schlossen aber mehrmals nicht aus, ein ČSSD-Minderheitskabinett zu bilden, das von der KSCM geduldet wäre.

„Böhmerwaldbund Oberösterreich Fahrt nach Krummau (Kultur-Tages-Busfahrt) am 1. Oktober

Programm: Besichtigung Landesmuseum – Mittagessen im Hotel Engel – Weiterfahrt nach Gajau (Messe).

Achtung! Geänderte Zustellstelle

7 Uhr Pucking – 7.15 Uhr Trauner Kreuzung (Shell Tankstelle) – 7.20 Uhr St. Martin (ehemalige Post) – 7.30 Uhr Böhmerwaldblock Neue Heimat – 8 Uhr Linz Hauptbahnhof (ehemalige Busstation Nähe Hauptpost).

Anmeldung jeden Montag (9 bis 11.30 Uhr) im Büro, Tel. 0 732 / 70 05 91, oder bei Frau Inge Bayer, Tel. 0 72 29 / 89 147, oder unter: kontakt@bwb-ooe.at

EU-Verfahren gegen Stromversorger CEZ

Die EU-Kommission hat ein förmliches Kartellverfahren gegen den tschechischen Stromversorger CEZ eröffnet. Die Brüsseler Behörde will prüfen, ob der Konzern seine marktbeherrschende Stellung auf dem tschechischen Strommarkt insbesondere dadurch mißbraucht haben könnte, daß er den Markt unter Verletzung des EU-Kartellrechts gegen Wettbewerber abgeschottet hat. 2009 führte die EU-Kommission Razzien bei CEZ und anderen Unternehmen durch. Die EU-Wettbewerbsbehörden fürchten, „daß das Verhalten von CEZ, insbesondere die Kapazitätsanhäufung im Verteilernetz, den Eintritt von Wettbewerbern in den tschechischen Stromgroßhandelsmarkt verhindert habe.“

Keine Beschränkung im Grundverkehr

Das tschechische Abgeordnetenhaus hat kürzlich eine Novelle zum Devisengesetz gebilligt, nach der die Beschränkungen für Ausländer aufgehoben werden, die in Tschechien Ackerböden, Waldflächen oder Immobilien käuflich erwerben wollen. Das Verbot zum Kauf von Grund und Boden hatte die Tschechische Republik bei ihrem Beitritt zur Europäischen Union im Jahr 2004 ausgehandelt. Die damit verbundene Ausnahmeregelung ist abgelaufen. Die einstige Beschränkung war jedoch mehrfach legal umgangen worden. Zehntausende Hektar an landwirtschaftlicher Nutzfläche sind bereits im Besitz ausländischer Firmen, die in Tschechien einen Sitz haben.

Meilensteine auf dem Weg in die Unfreiheit

Mit dem Dekret des Präsidenten der Republik Nr. 16 / 1945 Sb vom 19. 6. 1945 über die Bestrafung der nazistischen Verbrecher und deren

Von Josef Weikert

Helfer sowie über die außerordentlichen Volksgerichte, dem sogenannten Großen Retributionsdekret, wurde ein Weg beschritten, der in der Tschechoslowakei in die totale Unfreiheit führte. Zwar endete die Tätigkeit der außerordentlichen Volksgerichte mit dem 4. Mai 1947, doch damit war die Retribution (etwa „gerechte Vergeltung“, eigentlich Rache) nur unterbrochen, nicht aber beendet.

Eine wichtige Komponente im Plan der Kommunisten zur Machtübernahme waren Angriffe auf Justizminister Drtina (Nationale Sozialisten) und dessen Ministerium. So wurde auf einem Treffen hoher kommunistischer Funktionäre am 17. 10. 1947 beschlossen, Drtina als einen Feind der Volksdemokratie, Störer der Rechtsordnung und Beschützer von Kollaboranten und Verrätern zu „entarnen“. Monatlang folgten Angriffe auf seine Person. Im Jänner 1948 warnte ihn am Ende KP-Chef Gottwald mit den Worten: „Drtina, mit Ihnen wird es schlecht ausgehen.“

Als im Februar 1948 zwölf nichtkommunistische Minister (ohne Sozialdemokraten und den parteilosen Außenminister Jan Masaryk) Beneš ihre Demission anboten, um unter Umständen Neuwahlen zu erzwingen und der Präsident nach der orakelhaften Warnung „Dejte pozor, at' neklouzněte!“ (Gebt acht, daß Ihr nicht ausrutscht) ihre Abdankung angenommen hatte, blieb die Regierung weiterhin beschlußfähig. 251 Abgeordnete des Parlaments sprachen der verbliebenen Regierung das Vertrauen aus.

Am 28. 2. 1948 fand man Drtina schwer verletzt unter den im zweiten Stockwerk gelegenen Fenstern seiner Wohnung auf dem Bürgersteig (ob nach Angabe der Polizei ein Selbstmordversuch oder ein weiterer „Prager Fenstersturz“ vorlag, ist nicht restlos geklärt).

Die neue Regierung führte eine Säuberung durch, die das politische, rechtliche und gerichtliche System veränderte. Über 28.000 Personen einschließlich von 145 Richtern wurden aus ihren Ämtern entlassen. Anfang März kam aus dem Justizministerium unter Alexej Čepička die Mitteilung, daß Beweise darüber aufgetaucht seien, denen zufolge Drtina Verräter vor den Retributionsgerichten geschützt habe. Zwar wurde gegen Drtina kein Schauprozeß angestrengt, aber es wurde fünf Jahre gegen ihn ermittelt, bis ihn im Dezember 1948 ein geheimes Gericht zu fünfzehn Jahren Freiheitsstrafe verurteilte.

Bereits eine Woche nach dem Februarumsturz fanden interministerielle Verhandlungen statt über eine Erneuerung des Großen Retributionsdekrets vom 19. 6. 1945. Anschließend befaßte sich die Regierung mit dieser Frage, und Ende März billigte das Parlament die Wiederaufnahme der Volksgerichtsbarkeit. Am 2. 4. 1948 verkündete die Regierung das neue Retributionsgesetz Nr. 33 / 1948 Sb zusammen mit dem Gesetz Nr. 34 / 1948 Sb zur Ahndung von Vergehen gegen die nationale Ehre (dem erneuerten Kleinen Retributionsdekret).

Die neue Gesetzgebung ermöglichte es, Fälle, die vor dem Februar bereits rechtskräftig abgeschlossen waren, wieder aufzunehmen.

Angeklagten, die eine nur „mäßige“ Strafe erhalten hatten, drohten neue Verfahren. Die Zahl der Laienrichter wurde auf zwei begrenzt, sie kamen vorzugsweise aus den Reihen der früheren Partisanen sowie aus dem Verband der politischen Gefangenen.

Nicht alle der kommunistischen Anführer haben die Erneuerung der Retribution ohne Vorbehalte aufgenommen. So erklärte der stellvertretende Vorsitzende der Regierung, Antonín Zápotocký, auf einer Sitzung der Regierung am 12. März 1948, daß seit dem Kriegsende bereits drei Jahre vergangen sind und die Menschen anders auf die Verbrechen sehen als damals; ganz abgesehen davon, daß es sich heute um tschechische Beschuldigte handelt. Dem widersprach Justizminister Čepička auf verschiedene Weise. Die Retribution habe gezeigt, daß die Bestimmung des Kaschauer Statuts, die Schuldigen zu bestrafen, nicht erfüllt worden sei und daher die Prozesse im Namen der Gerechtigkeit wieder aufzunehmen seien. Weiter verlangte er für die Zukunft, reaktionäre Elemente zu liquidieren.

Obwohl der Wiederaufnahme der Retribution (Vergeltungsgerichtsbarkeit) ein wohlgedachter Plan zugrundelag, ist nicht auszuschließen, daß der Druck von unten (vor allem aus dem Verband der politische Gefangenen) mit dazu beigetragen hat. Nicht alle Prozesse waren politisch motiviert. Sie wurden auch gegen jene geführt, denen es bisher gelungen war, sich einer Verfolgung zu entziehen. Im Mai 1948 wurde von einem Preßburger Volksgericht der Stellvertreter Adolf Eichmanns, Dieter Wisliceny, der beim Holocaust eine bedeutende Rolle gespielt hatte, zum Tode verurteilt und hingerichtet. Vier Monate später verurteilte das Leitmeritzer Volksgericht einen Gefängnisaußenhelfer aus dem Ghetto Theresienstadt zum Tode.

Auch kam es vor, daß Volksgerichte hohe Strafen ermäßigten. So wurde die im Jahr 1945 gegen einen Tschechen wegen erfolgloser Bemühung um Aufnahme in die Deutsche Wehrmacht verhängte zwanzigjährige Freiheitsstrafe im Jahr 1948 auf dreieinhalb Jahre gekürzt.

Obwohl das Parlament das Gesetz Nr. 34 / 1948 Sb über Verstöße gegen die nationale Ehre gebilligt hatte, konnten daraufhin nur wenige Personen belangt werden. Anlässlich seines Amtsantritts hatte Präsident Gottwald eine Amnestie für alle Delikte gegen die nationale Ehre, deren Verfahren noch nicht abgeschlossen waren, verkündet.

Das Nationalgericht aus der Zeit vor dem 4. Mai 1947 wurde nicht mehr installiert, obwohl Justizminister Čepička die Wiederaufnahme des Verfahrens gegen die Protektoratsminister verlangt hatte. Präsident Gottwald lehnte diesen Vorschlag leutselig mit der Begründung ab, daß dies nicht mehr so wichtig sei.

Die wiederaufgenommene Retribution erforderte im Jahr 1948 nicht so viele Opfer wie in den Jahren 1945 bis 1947. Bis Ende 1948 wurden 31 Todesurteile verkündet, davon neun gegen Tschechen oder Slowaken. Zusammengefaßte Angaben über die wiederaufgenommene Retribution wurden niemals veröffentlicht. Justizminister Čepička sagte am 22. 12. 1948 vor der Nationalversammlung, daß die Gerichte annähernd 18.000 Fälle bearbeitet haben. Nach einer Berechnung des Buchautors Mečislav Borák wurden in den böhmischen Ländern im

Laufe des Jahres 1948 4761 Fälle verhandelt. Aus einer Evidenz des Justizministeriums geht hervor, daß seit dem Inkrafttreten des Retributionsgesetzes am 4. April bis zum 31. Dezember 1948 2385 Beschuldigte verurteilt wurden. Aus der Gegenüberstellung beider Zahlen kann man schließen, daß die Retributionsgerichte die Hälfte aller Beschuldigten entlastet haben. Überdies verdeckt die Zahl einen bedeutenden Anteil in Abwesenheit Verurteilter, wie dies nach dem Februar die übliche Praxis war. Unbeschadet der lautstark angekündigten Wiederaufnahme der Retribution widmete die gleichgeschaltete Presse den Prozessen nur noch geringe Aufmerksamkeit. Noch weniger daran beteiligt in diesem Sinne war die Regierung.

Obwohl die wiederaufgenommene Retribution nach dem Februar 1948 nicht besonders effektiv erschien, konnte sie eine nützliche Hilfe sein in der Konsolidierung der Macht der kommunistischen Partei. In einer Zeit, die nach Ansicht der Parteiführung noch nicht reif war für radikales Vorgehen, bot sie die Möglichkeit, die alten Institutionen für die neuen Ziele einzusetzen. So bildete die Vergeltungsjustiz eine Brücke zwischen der alten bürgerlichen und der neuen kommunistischen Justiz.

Am 25. Oktober wurde das Staatsgericht eingerichtet, das die angeblichen Feinde des volksdemokratischen Regimes bestrafen sollte. Dazu Justizminister Čepička: „Der Kern der staatsfeindlichen Tätigkeit rekrutiert sich vor allem aus Gutsbesitzern, Gewerbetreibenden, reichen Bauern, Großhändlern, Kollaborateuren, Schiebern und Verrätern, die schon während der Okkupation Verrat begangen haben...“

Das Ende der Volksgerichtsjustiz zum 31. 12. 1948 bedeutete jedoch keine Rückkehr zum Prozedere eines Rechtsstaates. Die Vertiefung der Rechtsunsicherheit setzte sich fort. Obwohl die Retribution begrenzt sein sollte auf Kollaboration in der Zeit der „erhöhten Bedrohung der Republik“ (21. 5. 1938 bis 31. 12. 1946), duldeten weder das Staatsgericht noch das neue Gesetz zum Schutze der volksdemokratischen Republik eine solche zeitliche Begrenzung. Das war das Ende jeglicher persönlichen Freiheit.

Prozesse jeder Art gegen die „Klassenfeinde“ wurden zur Tagesordnung. Bereits drei Wochen nach den Februarereignissen teilte Justizminister Čepička mit, daß mehr als 200 führende nichtkommunistische Persönlichkeiten verhaftet sind. Bis zum September 1949 waren bereits 200 Priester verhaftet. Im November 1949 erfaßte die Verhaftungswelle die tschechische nationalsoziale Partei, im darauffolgenden Jahr erfolgten Schauprozesse auch gegen Sozialdemokraten. Bis zum März 1950 befanden sich sieben Bischöfe und über 2000 Priester in Haft. Zu dieser Zeit gab es bereits 247 Arbeitslager einschließlich der Lager im Raum Joachimsthal (Uranförderung) mit zusammen etwa 240.000 Häftlingen („muklové“). Von 1114 Ordensbrüdern waren etwa 900, von 3971 Ordensschwestern etwa 2000 in Haft.

Obwohl Landwirtschaftsminister Ďuriš noch im April 1947 verlauten ließ, daß landwirtschaftliche Flächen bis zu 50 Hektar unantastbar bleiben, kam es bereits zwei Jahre später zur Bildung einer landwirtschaftlichen Einheitsgenossenschaft (JZD). Die eigentliche Zwangskollektivierung der Landwirtschaft begann im Februar 1951. Feldraine und Feldwege wurden über-

pflügt, um großräumige Anbauflächen zu schaffen. Reiche Bauern, als „Kulaken“ verteuft, wurden aus ihren Höfen ausgewiesen, in Gefängnisse und zur Zwangsarbeit gebracht, in die Städte zur Arbeit geschickt, wie vor wenigen Jahren die Deutschen. Zurück blieb das verschlossene Hofort mit der Aufschrift „Feind des Volkes“. Dieses Schicksal konnte auch Neusiedler treffen. Hatte ein solcher die Deutschen auf ihrem enteigneten Hof für sich als Zwangsarbeiter unbezahlt weiterarbeiten lassen, bis sie ausgesiedelt waren, mußte er nun selbst arbeiten, bis er der Zwangskollektivierung „zum Opfer fiel“.

Im Jahr 1952 wurden 32 Menschen zum Tode verurteilt und hingerichtet, darunter der einstige „Regisseur“ der kommunistischen Machtübernahme im Februar 1948, Generalsekretär der KPČ Rudolf Slánský, der am 20. 11. 1952 vor dem Staatsgericht in einem mit der Anklagevertretung abgekarteten Frage- und Antwortspiel bekannte: „Ich entfaltete eine feindliche Tätigkeit, vertrat die Interessen des angloamerikanischen Imperialismus ... schädigte die Interessen des tschechoslowakischen Volkes...“. Im Jahr 1954 verhaftete man weitere einhundert sozialdemokratische Funktionäre.

Alles spielte sich lautlos ab. Die Industrie war verstaatlicht, ebenso die Geschäfte und das Handwerk. Der Mittelstand war entmachtet, die bäuerliche Struktur auf dem Dorfe zerstört. „In der Totenstille vernahm man nur noch unwidersprochen die Stimme der Partei“ (Christian Willars, „Die böhmische Zitadelle“, S. 410).

Zwanzig Jahre nach der kommunistischen Machtübernahme scheiterte der Versuch von Reformkommunisten an der Aufhebung der Zensur und der Ausbildung eines „Sozialismus mit menschlichem Antlitz“ unter dem neuen seit Jänner 1968 amtierenden Ersten Generalsekretär der KPČ, Alexander Dubček. Truppen der Warschauer-Pakt-Staaten unterdrückten im August 1968 mit Panzern in der Tschechoslowakei die Reformbewegung als „Konterrevolution“. Weitere zwanzig Jahre sollten noch vergehen, bis in der Tschechoslowakei die Herrschaft des Kommunismus zu Ende war.

Festzuhalten bleibt, daß Staatspräsident Beneš im Februar 1948 die Tschechoslowakei den Kommunisten in die Hände gespielt und verwirklicht hat, was er schon am 7. 1. 1942 gegenüber sudetendeutschen Sozialdemokraten in London vorhergesagt hatte: „Verbindung einer sozialen mit einer nationalen Revolution“ (E. Beneš, „Paměti“, Aug. 1948, S. 323).

Mit dem sog. Großen Retributionsdekret (Vergeltungsdekret) vom 19. 6. 1945, das den Boden allgemein anerkannter Rechtsnormen verlassen hat, wurde verwirklicht, was Beneš am 1. 12. 1942 gegenüber Jaksch in London vorhergesagt hatte: „Gerechte Vergeltung allen direkten und indirekten, aktiven und passiven Schuldigen am Kriege als eine Lehre allen Künftigen (Generationen)“ („Paměti“, S. 327).

Am 30. 12. 1940 hatte Beneš gegenüber seinem Sekretär Smutný erklärt: „Wir brauchen den Krieg und ich tat in diesem Sinne alles, damit es ja zum Kriege kam“ (Dok. 433 aus: Dokumenty z historie československé politiky 1939 – 1943, Praha 1966). Demnach hätte Beneš selbst vor einem Retributionsgericht erscheinen müssen. Doch stattdessen hat er sich per Gesetz „um den Staat verdient gemacht“.

Sudetendeutsche Kulturpreise 2012

Eingedenk der Verpflichtung, das kulturelle Erbe zu wahren, und getragen von dem Willen, die schöpferischen Kräfte zu fördern, vergibt die Sudetendeutsche Landsmannschaft als Dank und Anerkennung für künstlerisches Wirken im Sinne einer jahrhundertalten Tradition die Sudetendeutschen Kulturpreise.

Folgende Preise werden vergeben:

Großer Sudetendeutscher Kulturpreis – Sudetendeutscher Kulturpreis für Literatur – Sudetendeutscher Kulturpreis für Musik – Sudetendeutscher Kulturpreis für Bildende Kunst und Architektur – Sudetendeutscher Kulturpreis für Darstellende und Ausübende Kunst – Sudetendeutscher Kulturpreis für Wissenschaft – Sudetendeutscher Volkstumspreis.

Der Große Sudetendeutsche Kulturpreis ist mit Euro 5000,-, die Einzelpreise sind mit je Euro 1500,- dotiert. Im Rahmen der

Schirmherrschaft über die Sudetendeutsche Volksgruppe unterstützt der Freistaat Bayern die Preisverleihung u. a. durch die Übernahme der Dotierungen.

Die Preisträger werden durch eine fachkundige und unabhängige Jury ermittelt. Die Verleihung der Preise erfolgt beim Sudetendeutschen Tag zu Pfingsten 2012.

Die Sudetendeutsche Landsmannschaft bittet bis Freitag, 30. September, um Vorschläge an Sudetendeutsche Landsmannschaft – Kulturreferat, Hochstraße 8, 81669 München, E-mail: illenseher@sudeten.de

Mit dem schriftlichen Antrag muß die genaue Anschrift und Heimatlandschaft des Vorgeschlagenen genannt werden, der Beruf und die künstlerische oder wissenschaftliche Fachrichtung. Die Jury kann nur Bewerbungen bearbeiten, aus denen sich ein lückenloses Bild über Leben und Wirken der vorgeschlagenen Kandidaten ergibt.

Kanaltaler-Festveranstaltung am Luschariberg bei Tarvis

Die schon traditionelle Festveranstaltung des Kanaltaler Kulturvereins am Luschariberg bei Tarvis in Italien fand am Samstag, 9. Juli, bei herrlichem Sommerwetter statt, viele Freunde der Landsmannschaften sind dazu auf dem Luschariberg zusammengekommen. Der Obmann des Kanaltaler Kulturvereins, DI. Karl-Heinz Mochitz, konnte bekannte Persönlichkeiten aus dem Gebiet Kärnten und Friaul – Julisch-Venetien begrüßen, so unter anderem Dr. Franco Baritussio, Landesrat von Friaul – Julisch-Venetien, den Kärntner Landtagsabgeordneten Hannes Anton in Vertretung des Kärntner Landeshauptmannes Gerhard Dörfler, die Obmänner RR. Anton Koroschetz und Obmann-Stv. Ossander von der Landsmannschaft der Untersteirer sowie Obmannstellvertreter Ing. Ungar von den Donauschwaben. Die Kanaltaler von Tarvis waren mit einer großen Abordnung unter Obmann Alfredo Sandrini und Obmann-Stv. Hans Preschern vertreten.

Von der SLÖ Kärnten war Obmann DI. Gübitz auf Grund seiner erst kürzlichen Hüftoperation an der Teilnahme an diesem traditionellen Treffen verhindert. Daher überbrachte Obmannstellvertreter der Sudetendeutschen Landsmannschaft Kärnten, DI. Leopold Anderwald, die besten Glückwünsche und Grüße zu dieser schon traditionellen Veranstaltung.

Die Festmesse in drei Sprachen wurde von Pfarrer Mag. Richard Kogler aus Villach und Pfarrer Don Dionisio Mateuic aus Saifnitz (Kanaltal) unter Begleitung des gemischten Chores aus Moosburg gelesen.

Nach dem Gottesdienst wurden am Festplatz bei der Kirche die Festgäste gesondert begrüßt und den Anwesenden für die Teilnahme gedankt. Traditionell wird mit der Gedenktafel den verstorbenen Kanaltalern gedacht, sie trägt die Aufschrift „Kanaltal – Heimat warst Du uns und bleibst es auch – Kanaltaler Kulturverein in Kärnten – im Juni 2000.“ DI. L. Anderwald

DER LETZTE ZUG AUS LUNDENBURG – FOLGE 1

Wir verdanken diesen Bericht einem Beamten der ehemaligen Deutschen Reichsbahn, Herrn Oberinspektor Heinrich Roller (1899 bis 1972), seinerzeit stellvertretender Vorstand des Bahnknotenpunktes Lundenburg in Südmähren. Ein Tagebuch einer spektakulären Fahrt des letzten Zuges der Reichsbahn nach Linz vor dem Herannahen der Roten Armee.

Mit der Gewissenhaftigkeit eines leitenden Bahnbeamten werden diese dramatischen Stunden und Tage vom April bis Mai 1945 von Heinrich Roller, dem das Zugskommando übertragen wurde, in eindrucksvoller Weise geschildert. Ich habe diesen Bericht von meinem Onkel Ernst Ludwig (1911 bis 1998), der seinerzeit als Fahrdienstleiter in Lundenburg tätig war und mit seiner Familie und weiteren Verwandten, die in diesem Zug mitgefahren sind, erhalten. Über den Verbleib des Zuges ist noch zu berichten, daß dieser mit dem Personal von Linz-Kleinmünchen im April 1946 nach Karlsruhe-Durlach überstellt wurde. Mein Onkel wurde in den Dienst der Deutschen Bahn übernommen und Heinrich Roller blieb in Österreich und war zuletzt Vorstand (Reg.-Rat) des Wiener Südbahnhofes.

Für die freundliche Überlassung von weiteren Informationen und Fotos bedanken wir uns sowohl bei Frau Angeli-Roller, der Schwiegertochter des Genannten, und Frau Mizzi Neubauer (geb. Ludwig), meiner Cousine. Ihr Vater war Leiter der Bahnkasse in Lundenburg, und dieser ging beim Bombenangriff am Bahnhof Znaim (siehe Bericht) zugrunde.

Dieses Tagebuch soll auch sicherstellen, daß die im Bericht angeführten beachtlichen Leistungen der südmährischen Eisenbahner in schwerster Zeit und unter extremsten Arbeitsbedingungen, insbesondere die Instandsetzungsarbeiten in Oberösterreich an Schiene und Zuggerät, nicht in Vergessenheit geraten und somit eine entsprechende Würdigung erhalten.

Peter Ludwig

Bericht über Personal- und Heimatzug Lundenburg 5. 4. 1945 bis 31. 1. 1946

Donnerstag, 5. 4. 1945

Abends Besprechung beim Betriebsamt Lundenburg. Für den Bahnhof nimmt Hr. Vorstand Sandner teil. Auftrag nach Mitternacht: 3 Räumungszüge mit ungefähr je 15 bis 20 Klassenwagen und 10 Güterwagen bereitzustellen. Hievon sind 2 Züge für die Zivilbevölkerung (Frauen und Kinder) und ein Zug als Personalwohnzug für die Bediensteten mit Angehörigen der Eisenbahndienststellen des Bahnhofes Lundenburg bestimmt. Dieser Zug dient als Unterkunft für die weiter im Dienst bleibenden Bediensteten. Sein Standort wird je nach der Kampflage vom Betriebsamt bestimmt. Das Betriebswerk Lundenburg bildet mit dem Hilfszug einen eigenen Personalzug. Der Zug des Bahnhofes wird mit zwei Loks Reihe 52 bespannt. Notwendiges Personal (Lokführer, Heizer, Wagenmeister, Schlosser) werden zugewiesen und zählen zum Stand des Bahnhofzuges.

Die Front verläuft zwischen Kutý und Lands-

hut. Die Zugbildung übernimmt Ob.Insp. Myslik und Obersekretär Weidemann. Auswärts wohnendes Personal nicht mehr zum Dienst erschienen.

Freitag, 6. 4. 1945

Mittags Beginn der Verladung. Für Zivil nur ein Zug erforderlich. Dieser fährt gegen 16 Uhr in Richtung Brünn ab. Ziel unbekannt. BA, VA, ZI, ZÜ, GA, BM, Stwbm und Bf verladen nur für den Dienst unbedingt notwendige Sachen. BM und Stwbm verladen auch Werkzeuge und Geräte, sowie Baustoffe. Besprechungen beim BA dauern fort. Vertreter des Bf ist Hr. Vorstand Sandner. Um 22 Uhr Auftrag vom BA, Personalzug des Bahnhofes und des Betriebswerkes auf das richtige Gleis gegen Kostel beim Blockposten Breitenhof aufzustellen und morgens wieder in den Bahnhof zu fahren. Durchführung wurde Ob.Insp. Roller übertragen.

Samstag, 7. 4. 1945

Gegen 7 Uhr Rückkehr beider Züge nach Lundenburg Hbf. Bw Zug in seine eigene Anlage. Vorsprache beim BA Vorstand Reichsbahnrat Haferkorn wegen weiterer Verfügung. Zum Dienst benötigtes Personal steigt aus. Zug soll bis 16 Uhr stehenbleiben und dann nach Feldsberg überstellt werden. Zugskommando wird vom Ob.Insp. Roller übernommen, Transportleiter Ob.Sekr. Weidemann. Während der Besprechung Tieffliegeralarm. Zug muß über Auftrag des BA Vorstandes Haferkorn sofort nach Feldsberg überstellt werden und bleibt dort stehen. Personal hat von dort aus mit Personalzügen nach Lundenburg in den Dienst zu fahren. Abfahrt gegen 9 Uhr. Ankunft ungefähr 9.20 Uhr in Feldsberg. In Feldsberg Zug fertiggestellt. Ständiger Zuzug von Bediensteten mit Angehörigen. Stand ungefähr 300 Personen. Nachmittags schwerer Artilleriekampf im Abschnitt Landshut / M. – Göding. Aufbau der Hauptkampflinie bei Feldsberg, 16 Uhr schwerer Luftangriff auf Lundenburg Hbf. Telefongespräch mit dem Betriebsleiter der Munitionsanstalt Theimwald. Dieser erklärt, vor Sprengung der Brücken wird die Munitionsanstalt gesprengt. Nach dem Luftangriff zuerst nur schlechte, dann nur teilweise Telefonverbindung mit Lundenburg. Am Bahnhof wurden 6 Wagen mit Munition und Handgranaten getroffen. Durch diese Explosion schwere Beschädigungen am Bahnhof. Gegen 18 Uhr kommen die ersten Bediensteten vom Bahnhof Lundenburg und erklären, daß nach dem Luftangriff der Betrieb am Bahnhof unmöglich sei. Der BA Vorstand ist nicht zu erreichen. Telefonisches Gespräch mit dem Betriebsbeamten Insp. Mende in Lundenburg. BA Vorstand soll wegen Weiterfahrt des Zuges entscheiden, da Personal nicht mehr zum Nachtdienst will. Keine Antwort. Personal bleibt auf meine Verantwortung in Feldsberg. Gegen 22 Uhr kommt Personalzug von Lundenburg ohne BA Vorstand, nur der Vertreter Ob.Insp. Seidl und der Bahnhofsvorstand Amtmann Sandner kommen. Seidl gibt auf meine Frage wegen Weiterfahrt des Zuges zur Antwort: „Ich bin müde und gehe schlafen“. Gegen Mitternacht neuerlicher Luftangriff auf Lundenburg und Munitionsanstalt. Großer Brand und fortgesetzte Explosion in Richtung Munitionsanstalt. Im Bf Feldsberg werden zwei Züge mit Panzern entladen. Russische Flieger werfen Leuchtkugeln in der Nähe des Bf Feldsberg. Große Aufregung beim Zug. Bf Vorstand Horecky drängt auf Abfahrt des Zuges, da er die Verantwortung für die Frauen und Kinder nicht übernehmen will. BA Vorstand nicht zu erreichen. Niemand entscheidet, niemand will die Verantwortung übernehmen. Nach Rücksprache mit ZI und Bf Grusbach gebe ich den Auftrag zur Abfahrt nach Znaim.

Sonntag, 8. 4. 1945

Ankunft des Zuges gegen 8 Uhr in Znaim. Meldung beim Dezernenten Donner, der sich schon einige Tage vorher von Lundenburg nach Znaim abgesetzt hatte. Kühler Empfang. Dez. Donner gibt den Auftrag, den Zug nach Retz zu überstellen, von wo die Bediensteten im Bereiche des BA Znaim zum Einsatz kommen. Bf Vorstand Sandner verläßt den Zug und geht zur Dienstleistung nach Grusbach-Schögrafenau ab. BA Vorstand Haferkorn sucht den Zug in Feldsberg und droht wegen eigenmächtiger Absetzung mit „Nachspiel“ (Kriegsgericht).

Montag, 9. 4. 1945

Zug wird über Auftrag des Dez. Donner nach Schattau überstellt. Personal des Bf Znaim erscheint nur teilweise zum Dienst. Zugleitung und Transportüberwachung in Znaim errichtet.

Mittwoch, 11. 4. 1945

Der Zug wird über Auftrag des Dez. Donner nach Schönwald-Frain überstellt. Abfahrt gegen 18 Uhr. In Znaim kurzer Aufenthalt. Bei Ausfahrt Luftangriff. Bombenabwurf in nächster Nähe des Bahnhofes. Ankunft gegen 21 Uhr in Schönwald-Frain.

Donnerstag, 12. 4. 1945

BA Vorstand Haferkorn und VA Vorstand Dr. Nacke erscheinen. Besprechung mit allen Dienststellenleitern und ihren Vertretern. Scharfe Sprache der Amtsvorstände. Warnung vor Sabotage, Unterlassen des Grußes „Heil Hitler“ und Nichttragen des Parteiabzeichens wurde von den Amtsvorständen beanstandet. Über den Einsatz des Personals des VA und der GA entscheidet der VA Vorstand Dr. Nacke.

Sonntag, 15. 4. 1945

Personaldirektor Wolf von der RBD Wien in Sigmundsherberg erscheint beim Zug und nimmt Personalstand auf. Besprechung wegen Einsatz des Zuges im Bereiche der Franz-Josef-Bahn.

Mittwoch, 18. 4. 1945

Der Räumungszug des Bf Hohenau erscheint mit 5 Wagen und wird über Auftrag des BA Vorstandes unserem Zug angeschlossen.

Freitag, 20. 4. 1945

Nachmittag schwerer Fliegerangriff auf Znaim. Kassenverwalter Ludwig Josef, Zgf Seiter Ignaz getötet, Ladeschaffner Lm. Otto und Rangieraufseher Rogelböck Ferdinand – alle Bedienstete des Bf Lundenburg, verletzt.

Samstag, 21. 4. 1945

Das Personal der Bahnhöfe Auspitz, Saitz und Pohrlitz kommt mit einem Wg aus Deutsch-Brod. Sie werden über Auftrag des BA Vorstandes unserem Zug angeschlossen.

Sonntag, 22. 4. 1945

Stand: 494 Personen.

Montag, 23. 4. 1945

Vorsprache bei der RBD Wien in Sigmundsherberg wegen des weiteren Schicksals unseres Zuges. Teilnehmer: VA Vorstand Dr. Nacke, Ob.Insp. Roller, Ob.Insp. Myslik und Insp. Brankmeier. Abt.Präs. Dr. Faatz mit Abfahrt des ganzen Zuges in den Bereich Regensburg einverstanden. Präs. Töpfer gibt den Auftrag zur

Abfahrt in den Bereich Regensburg oder München, ohne jenes Personal, das vom Personaldirektor Wolf und vom Dez. Donner angefordert wird. Bei Verabschiedung verlangte Präs. Töpfer Anlage eines Protokolls über die eigenmächtige Absetzung des Zuges von Feldsberg, da dies noch ein „Nachspiel“ haben wird. VA Lundenburg aufgelöst (Entscheidung des A.Präs. Birker). BA Vorstand Haferkorn Verbindungsbeamter bei der 8. Armee in Pulkau. Personaldirektor Wolf erklärt zurückbleibendes Personal bestimmt Dez. Donner.

Abends bei Dez. Donner in Schattau. Äußerst ungnädiger Empfang. Das Verlangen nach rascher Entscheidung erregt den besonderen Unwillen des Dez. Donner mir gegenüber. Entscheidung für nächsten Tag in Schönwald-Frain angesagt. Teilung des Zuges vorausbestimmt.

Dienstag, 24. 4. 1945

Dez. Donner in Schönwald-Frain. Aufteilung des Personals in Gegenwart der Dienststellenleiter oder ihrer Vertreter sowie des Personalbeamten Wiesböck. Dez. Donner verlangt übermäßig viel Personal, da sich außer der Aufsichtsbeamtin Van Ommen niemand zu bleiben gemeldet hat. Meine Einwürfe gegenüber den Anforderungen grob zurückgewiesen. Dez. Donner verlangt auch mein Bleiben, das ich jedoch entschieden ablehne. Darüber schwere Vorwürfe und als Abschied: „Bleiben Sie weiter der Kommandant von Frauen und Kindern“.

Mittwoch, 25. 4. 1945

Teilung des Zuges. Das Kommando des bleibenden Zuges übernimmt Ob.Insp. Myslik. Bm verbleibt in Schönwald-Frain. Unser Zug erhält einige Oberbauwerkzeuge.

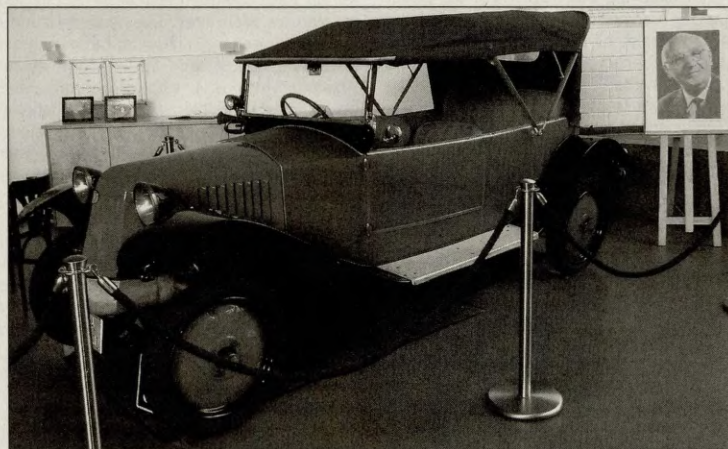
Abfahrt 18.30 Uhr über Weisung des Dez. Donner und der ZI nach Iglau. Eigene Lok und eigenes Personal. Lok 52.862 und 52.4367. Ankunft im Bf Wiese, um 20.45 Uhr „Halt“ von Iglau, gegen 23 Uhr Gleis Iglau – Wiese gesprengt (Lok fährt auf gelegte Mine).

Donnerstag, 26. 4. 1945

Abfahrt um 8.20 Uhr von Wiese. Iglau Hbf ab 8.42 Uhr. Beide Loks ausrüsten. Abfahrt um 10.36 Uhr nach Budweis. In Frauenberg von 19.32 Uhr bis 23 Uhr „Halt“ von Budweis. In Budweis 23.45 Uhr bis 0.12 Uhr.

Fortsetzung in der nächsten Nummer

Tatra-Autos in Bad Homburg



In Deutschland gibt es rund 200 Automobilmuseen. Eines der schönsten befindet sich in der „Central-Garage“ zu Bad Homburg. Bis November 2011 kann man dort rund zwanzig automobilistische Leckerbissen bewundern, die aus Museen ganz Europas zusammengeführt wurden. Das Prunkstück steht gleich am Eingang. Es ist ein Tatra 11 Phaeton, Baujahr 1925 (siehe das Bild oben) des genialen Konstrukteurs Hans Ledwinka in Nesselsdorf (jetzt Koprivnice). Seine Idee war der Zentralrohrrahmen mit Pendelachse. Für den Antrieb sorgte ein luftgekühlter Boxermotor. Veranschaulicht wird diese Idee gleich am nächsten Stand durch ein der Blechhülle entkleidetes Modell, das als Leihgabe aus dem Deutschen Museum in München kam. Der Tatra war ein robustes Auto und im Ausland begehrt. Hohe Zölle erschwerten aber den Export, weshalb man den Weg der Lizenzvergabe beschritt. Der Schwerpunkt der Bad

Homburger Ausstellung liegt daher in der Präsentation von Lizenzanfertigungen. Gezeigt werden Fabrikate aus Deutschland, aus Österreich, Frankreich, Ungarn und der Schweiz. In Deutschland sind das die Fabrikate Delta, Röhr und Stoewer. Der typische Tatra mit Rückenflasse und strömungsgünstigem Blechbleid ist nur mit einem Exemplar aus sozialistischer Produktion, Baujahr 1958, vertreten. Auch diese Version geht auf Hans Ledwinka zurück. Auf Ledwinka griff auch Ferdinand Porsche zurück, als er den später millionenfach in Wolfsburg gebauten Volkswagen entwickelte. Hans Ledwinka selbst arbeitete während des Zweiten Weltkrieges in Nesselsdorf und hätte bei Kriegsende Gelegenheit gehabt, in den Westen zu fliehen, wie es sein Sohn tat. Er jedoch blieb, da er in jeder Hinsicht reines Gewissen hatte. Seine Rechnung ging nicht auf, und er wanderte für sechs Jahre in tschechische Haft.

Friedbert Volk



Heinrich Roller mit seiner Gattin zu Weihnachten des Jahres 1950.

Wie ein Vertriebener von den Mühlen der Justiz zermahlen wird – Ende eines zehnjährigen Ringens: Rechtliche Quarantäne für Vertriebene

Mit dem Beitrag „Wie ein Vertriebener von den Mühlen der Justiz zermahlen wird“ hat in der „Sudetenpost“ vom 17. Mai 2001 die Berichterstattung über einen Rechtsstreit um Enteignung und Vertreibung begonnen. Herbert Schmidl aus Kieselbronn beendet nun seine diesbezüglichen Bemühungen mit diesem Beitrag. Dazwischen liegen neben den Auseinandersetzungen mit den beteiligten Regierungen und dem ebenso erfolglosen Disput mit der SL in München sieben Gerichtsinstanzen. Drei Instanzen, Nachlaßgericht, Landgericht und Oberlandesgericht wegen der Erteilung der Erbscheine, Verwaltungsgericht, Oberverwaltungsgericht, Europäischer Gerichtshof für Menschenrechte sowie UN-Menschenrechtsausschuß in Genf. Der Grund für diese Prozesse ist bekannt, die Verweigerung des diplomatischen Schutzes durch die deutsche und Verweigerung der gerichtlichen Auseinandersetzung durch die tschechische Regierung. Gerne wäre ich gegen die dubiosen Urteile aus Genf vorgegangen, aber ich konnte keinen geeigneten Anwalt hierfür finden. Obwohl ich bisher ohne Rechtsanwältin ausgekommen bin, halte ich eine solche Vertretung bei weiteren Schritten für notwendig, denn in den Papieren der UN-Gegenseite stand immer die Anmerkung „Ohne Anwalt“ oder ähnlich. Dies löst gewisse Vermutungen aus.

In Ausfluß der in der Charta der Vereinten Nationen verkündeten Grundsatze der individuellen Schutzrechte für die Bürger mit der Verpflichtung für die Staaten, die allgemeine und wirksame Achtung der Rechte Freiheit der Menschen zu fördern, wurde ein Ausschuß für Menschenrechte (MRA) gebildet, mit der Aufgabe, über Beschwerden zu entscheiden, die Einzelpersonen einreichen und behaupten, in einem ihrer im Internationalen Pakt über bürgerliche und politische Rechte (IPbÜRG) niedergelegten Rechte verletzt zu sein.

Mangelnde Bereitschaft zur Rechtsdurchsetzung

Welche Bedeutung erlangt also diese Rechte einer obersten Instanz für qualifizierte Schutzrechte der Bürger gegenüber dem Staat auf der einen und der beauftragten Rechtsorganisation des MRA auf der anderen Seite? Leider muß im Rahmen eines Rechtsstreites wegen der Vertreibung der sudetendeutschen Volksgruppe aus dem tschechischen Staat festgestellt werden, daß sowohl der Vertreiber- und Aufnahmestaat als auch der MRA als Beauftragter zur Verwirklichung der Rechtsordnung nicht bereit sind, diesen qualifizierten Schutzrechten ein ebenso qualifiziertes Verhalten gegenüberzustellen.

Als Recht wird festgestellt und auferlegt, was die Gemeinschaft durch den geschichtlich wirksamen Willen als das angemessene und richtige Verhalten der einzelnen zueinander oder des einzelnen zum Ganzen ansieht. Dieses System von Normen für das Gelingen des Zusammenlebens wird insofern als Staatsunterworfenheit der Menschen verstanden, die jedoch durch die Internationalisierung mehr und mehr durchbrochen wird und in der Gestalt der Menschenrechte zu überstaatlichen Schutzansprüchen führt.

Die am Vertreibungs geschahen Beteiligten sind deshalb zur Ausübung der Schutzherrschaft verpflichtet und haben gemäß der Präambel des IPbÜRG darüber hinaus den Auftrag, Verhältnisse zu schaffen, in denen jeder Mensch seine wirtschaftlichen, sozialen und kulturellen Rechte genießen kann. Hieraus erwächst den Heimatvertriebenen u. a. der individuelle Schutz auch vor der staatlichen und überstaatlichen Allmacht im Blick auf das erlittene Vertreibungsverbrechen.

Deutschland hat als Aufnahmeland die Pflicht, sich aller Eingriffe in Grundrechte zu enthalten und außerdem dafür zu sorgen, daß die in den Grundrechten enthaltenen Werte vor Eingriffen von anderer Seite geschützt sind. Dieser Grundrechtsanspruch führt zu einem Leistungsanspruch des Bürgers gegen den Staat, wenn diese Ansprüche nur durch staatliche Vorkehrungen verwirklicht werden können. Die Verpflichtung des Staates, diesen diplomatischen Schutz zu gewähren ergibt sich somit aus den verletzten Grundrechten. Das Bundesverfassungsgericht bestätigt dies mit der Entscheidung BVerfGE 55, 349 (364). Dieser Verpflichtung des Staates steht ein entsprechender Anspruch des Einzelnen auf Schutzgewährung gegenüber (BVerfGE 62, 11 (14)). Die Tschechische Republik als Vertreiberland hat die Pflicht,

für die völkerrechtswidrige Handlung der entschädigungslosen Enteignung und Vertreibung den vollen, von ihr verschuldeten Schaden wieder gutzumachen. Hinsichtlich des konfiszierten Eigentums bestehen völkerrechtliche Ansprüche auf Restitution, das heißt auf Wiedereinräumung sämtlicher faktischer Eigentumsrechte als Primärschutz, beziehungsweise die Ansprüche auf entsprechende Entschädigung, wenn die Sache nicht mehr zurückgegeben werden kann, als vermögensrechtliche Sekundärschutz (Berber, Lehrbuch des Völkerrechts, Band III, S. 25). Auf entsprechende Anträge haben sich jedoch beide Staaten gewiegt, diese Rechtsansprüche zu erfüllen, so daß wegen der diskriminierenden Verweigerung entsprechende Beschwerden beim MRA eingereicht wurden.

Beide Beschwerdeverfahren wurden abgewiesen

Gegenstand des Rechtsstreites waren deshalb das Beschwerdeverfahren Nr. 1515 / 2006 gegen die Tschechische Republik wegen der diskriminierenden Nichtzulassung zum Restitutionsverfahrens des konfiszierten Vermögens sowie die Beschwerde Nr. 1516 / 2006 gegen Deutschland wegen der diskriminierenden Verweigerung des diplomatischen Schutzes gegenüber der Tschechischen Republik. Beide Beschwerdeverfahren wurden als unzulässig zurückgewiesen. Inwieweit diese Entscheidungen dem Normensystem des IPbÜRG gerecht werden oder ein Produkt von Interessen und Machtverhältnissen sind, kann anhand der benutzten Urteilsgründe wie folgt überprüft werden. Für das Beschwerdeverfahren gegen die Tschechische Republik wurde zunächst mit widerlegbaren Gründen die Registrierung als Voraussetzung für die Judikatur abgelehnt. Dieser Willkürakt mußte aufgrund des hiergegen erhobenen Einspruchs korrigiert werden. Das sodann durchgeführte Beschwerdeverfahren wurde gemäß Art. 5 Abs. 2 b des Fakultativprotokolls zum IPbÜRG als unzulässig erklärt. Diese Vorschrift besagt, daß eine Prüfung der Beschwerde nur dann erfolgt, wenn zuvor alle verfügbaren innerstaatlichen Rechtsbehelfe ausgeschöpft wurden. Dies gelte jedoch nicht, wenn das Verfahren bei der Anwendung der Rechtsbehelfe unangemessen lange gedauert hat. Der MRA verweist dabei darauf, daß es sich bei der Forderung nach innerstaatlichen Rechtsbehelfen in erster Linie um Gerichtsverfahren handle. Außergerichtliche Rechtsbehelfe, also die rechtliche Auseinandersetzung mit der tschechischen Regierung, haben auf einen Restitutionsantrag vom 18. 2. 1992 zu einer Ablehnung vom 8. 4. 1992 geführt, mit der Begründung, daß es hierzu einer zwischenstaatlichen Vereinbarung ermangele. Der gleichfalls gestellte Antrag der Weiterleitung des Restitutionsantrages an das zuständige Gericht wurde verweigert. Der weitere Schriftverkehr wegen der Vermögensrückgabe sowie der Bekanntgabe des zuständigen Gerichts vom 26. 4. 1992, 2. 8. 1998 und 24. 8. 1998 blieben gleichfalls ohne Erfolg. Mit Schreiben vom 25. 8. 1998, also nach insgesamt sechseinhalb Jahren der entsprechenden Auseinandersetzung, hat das tschechische Finanzministerium sodann mitgeteilt, daß Grundvermögen nur tschechischen Bürgern zurückerstattet wird, das in den Jahren 1948 bis 1989 enteignet wurde, was eine Alleinstellung tschechischer Bürger darstellt und gemäß Art. 26 IPbÜRG andere Volkszugehörige diskriminiert. Gleichfalls wurde mitgeteilt, daß die Behörden der Tschechischen Republik eine weitere Korrespondenz mit dem Beschwerdeführer nicht mehr beantworten werden, weil ihre Entscheidung endgültig sei. Mit dieser Verweigerung der rechtlichen Auseinandersetzung müssen diese Rechtsbehelfe im Sinne des Gesetzes und im Widerspruch zum Urteil vom 1. 4. 2008 als erschöpft gelten.

Tschechien verweigert Weiterleitung an Gericht

Da sich die tschechische Regierung trotz mehrfacher Aufforderungen auch gewiegt hat, den Restitutionsantrag an das zuständige Gericht weiterzuleiten, bzw. dasselbe zumindest zu benennen, hat sie in gleicher Weise gerichtliche Rechtsbehelfe unterbunden und Gerichtsverfahren verhindert. In den Urteilsgründen schreibt das MRA, daß es nach seiner Auffassung die alleinige Pflicht des Beschwerdeführers war, das Gericht mit der einschlägigen Rechtsprechung zu identifizieren. Nach Art. 2,

Abs. 3 a und b IPbÜRG, dessen Einhaltung der MRA zu überwachen hat, trifft jedoch genau das Gegenteil zu, nämlich die Pflicht des Vertragsstaates, dafür zu sorgen, daß jeder, der sich in seinen Rechten verletzt fühlt, auch das Recht wahrnehmen kann, eine wirksame Beschwerde beim zuständigen Gericht einzulegen. Zu allem Überfließ hat der MRA in seinen eigenen Urteilen Br. 586 / 1994 vom 25. 7. 1996 und Nr. 857 / 1999 vom 9. 8. 2001 bestätigt, daß der Vertragsstaat verpflichtet ist, dem Beschwerdeführer eine wirksame Beschwerdemöglichkeit einzuräumen. Mit dieser Rechtsumkehr in der Pflicht zur Benennung des zuständigen Gerichtes vom Vertragsstaat zum Beschwerdeführer verletzt der MRA in erkennbarer Weise neben dem Recht selbst auch seine vorangegangene Rechtsprechung. Im Ergebnis läuft somit die Tätigkeit des MRA als Rechtsetzungsmacht auf die gegenteilige Verhinderung einer effektiven Rechtsanwendung hinaus. Die dem abweisenden Urteil vom 1. 4. 2008 zugrundeliegende Anschuldigung der Nichtausschöpfung innerstaatlicher Rechtsbehelfe durch den zu Unrecht beschuldigten Beschwerdeführer stellt auch deshalb eine bedeutende Konfusion dar, als vom tschechischen Verfassungsgericht gemäß Urteil vom 29. 6. 2000 die vom MRA geforderten zivilrechtlichen Klagen wegen Enteignungen grundsätzlich nicht mehr zugelassen werden. Das bedeutet, daß die gegenteilige Forderung des MRA nach Ausschöpfung auch dieser Rechtsbehelfe der gültigen Rechtslage wegen der höchstgerichtlichen Entscheidung der Nichtzulassung von zivilrechtlichen Klagen gegen Enteignungsmaßnahmen ebenso wenig gerecht wurde wie die offensichtliche Rechtsumkehr hinsichtlich der Benennung des zuständigen Gerichtes für Restitutionsangelegenheiten. Es handelt sich somit um eine mißbräuchliche Anwendung des Rechts, weil die Aufklärungspflicht verfälscht wurde.

Es fehlt an rechtlicher Steuerungskraft

Wie sehr es dem MRA an der rechtlichen Steuerungskraft fehlt, zeigt auch der Streitfall Nr. 1516 / 2006 gegen Deutschland, in dem ebenfalls versucht wurde, die Registrierung als Voraussetzung für die Beschwerdeführung mit widerlegbaren Gründen zu verhindern. Auch in diesem Streitverfahren mußte dieser Willkürakt korrigiert werden. Das eröffnete Beschwerdeverfahren wurde sodann gemäß Art. 2 des Fakultativprotokolls zum IPbÜRG als unzulässig erklärt. Diese Vorschrift besagt, daß Einzelpersonen, die behaupten, in einem im IPbÜRG enthaltenen Rechte verletzt worden zu sein und alle zur Verfügung stehenden Rechtsbehelfe erschöpft haben, das Recht zur Beschwerdeführung haben. Von diesem Recht wurde wegen der diskriminierenden Schutzverweigerung der Bundesregierung für den sudetendeutschen Beschwerdeführer im Vergleich zu den Schutzmaßnahmen für die deutsche Bevölkerungsgruppe in Rumänien mit Datum vom 4. 1. 2002 Gebrauch gemacht. Entgegen der Urteilsfindung des MRA hat sich jedoch die Frage der Erfüllung der Pflicht zur Erschöpfung der Rechtsbehelfe überhaupt nicht gestellt, da die entsprechenden Nachweise erbracht wurden, und zwar das Urteil des Verwaltungsgerichtes Köln A 28 2890 / 93 vom 31. 1. 1995 sowie das Urteil des Obergerichtes Münster A 221 A 2162 / 95 vom 22. 10. 1996 mit der jeweiligen Klagezurückweisung. Eine Revision wurde nicht zugelassen. Beide Urteile sowie die bereits vorhandenen höchstgerichtlichen Urteile des Bundesverfassungsgerichtes sind Beweise für die Ausschöpfung der innerstaatlich verfügbaren Rechtsbehelfe, deren Erbringung im Laufe der jahrelangen Dauer des Verfahrens im Gegenteil zum Urteil nie angezweifelt wurde.

„...weiter nicht bereit zum diplomatischen Schutz“

Als Bestätigung für die diskriminierende Schutzverweigerung hat die Bundesregierung mit Schreiben vom 12. 4. 1999 ohne Benennung von Gründen und im Gegensatz zu Schutzmaßnahmen für andere Ethnien folgende Absage erteilt, die einen groben Verstoß gegen Art. 26 IPbÜRG darstellt, wonach alle Menschen vor dem Gesetz für gleich erklärt werden: „Das Auswärtige Amt ist auch weiterhin nicht bereit, Ihrem Antrag zu entsprechen, von Ihnen vorgetragene Rechtsansprüche aufgrund von Vertreibung und entschädigungsloser Ent-

eignung gegenüber der Tschechischen Republik im Wege des diplomatischen Schutzes geltend zu machen“. Diese Verweigerung des diplomatischen Schutzes steht im Gegensatz zu dem Bericht des Innenministeriums vom 15. 3. 2002, der die Überschrift trägt „Benachteiligung der Rumäniendeutschen bei der Bodenrückgabe beseitigt“. Aus dem Bericht, der dem MRA vorgelegt wurde, geht eindeutig hervor, daß zwecks der Interessensvertretung der deutschen Minderheit in Rumänien eine deutsch-rumänische Regierungskommission gebildet wurde. Da die Deutschen in Rumänien von der Landrückgabe ausgeschlossen waren, hat nach dem Bericht die deutsche Seite auf Änderung gedrängt, die sie auch dahingehend erreicht hat, daß durch eine Entscheidung der Abgeordnetenkammer eine entsprechende Änderung zu Gunsten der Deutschen erfolgte, die nunmehr eine Gleichbehandlung bei der Restitution von Grund und Boden erfahren. Obwohl sich hieraus im Gegensatz zum Gleichheitsgebot gemäß Art. 26 IPbÜRG unterschiedliche sittliche, rechtliche und politische Handlungsnormen zwischen den ethnischen Minderheiten in Rumänien und Deutschland ergeben, sowie der Beschwerdeführer von der Willkür der Bundesregierung einseitig durch die Schutzverweigerung geschädigt wurde, will der MRA trotz der vorstehenden Beweisführung die Berechtigung der Beschwerde in Frage stellen mit der Behauptung, daß es sich um eine „Diskriminierungsbeschwerde als solcher (per se) handle“. Was immer diese sibilinische Aussage bedeuten sollte, dem Diskriminierungsverbot des Art. 26 IPbÜRG kann sie nicht entgegenstehen, wonach alle Menschen, gleichgültig ob aus Rumänien oder Deutschland, vor dem Gesetz gleich sind und ohne Diskriminierung Anspruch auf gleichen Schutz haben.

Es bleibt beim straflosen Zivilisationsbruch

Als weiterer Beweis für die mißbräuchliche Anwendung des Rechts durch den MRA führt dessen Behauptung in der Urteilsbegründung, „daß das Recht auf diplomatischen Schutz im Völkerrecht das Recht von Staaten ist, nicht das von Einzelpersonen“. Genau das Gegenteil trifft jedoch zu, wie im Beschwerdeverfahren Nr. 1515 gegen die Tschechische Republik bereits bewiesen wurde. Bundesverfassungsgericht sowie Bundesverwaltungsgericht haben entschieden, daß die Organe der Bundesregierung als Beklagte im vorliegenden Streitverfahren, von Verfassung wegen die Pflicht zu Gewährung des diplomatischen Schutzes für die Staatsangehörigen haben sowie jeder Bürger den entsprechenden Schutzanspruch.

Beide Beschwerdeverfahren im Rahmen der UN-Rechtsinstanz haben deren einseitige Machtaussetzung zu Gunsten der von ihr so bezeichneten und auch bevorteilten Vertragspartner aufgezeigt, ebenso wie sich erwiesen hat, daß die Vorenthaltung der staatsrechtlichen und völkerrechtlichen Kompetenz eben dieser vertragsgebundenen Regierungen die zentrale Exekutivgewalt für Heimatvertriebene vermissen lassen. Das bedeutet, daß in diesem Rechtsraum auseinandergetreten ist, was in unserer Gesellschaft dem rechtsstaatlichen Lebensvollzug gemäß für richtig gehalten wird. Rechtsmittel zur Anfechtung der irreal konstruierten Urteile sind nicht zugelassen. Ein Widerspruch hiergegen an die Hochkommissarin für Menschenrechte in Genf blieb trotz Eingangsbestätigung nach Jahresablauf unbeantwortet.

Seit Jahren war die Rechtsprechung der UN-Menschenrechtsjustiz starker Kritik ausgesetzt, was auch Grund für eine Neuorganisation war. An die Stelle der seitherigen diskreditierten Menschenrechtskommission („FAZ“ v. 15. September 2005) ist nunmehr der sogenannte Menschenrechtsrat getreten. Leider hat diese Neukonstruktion nicht gleichzeitig eine neue Ausrichtung in der Rechtsfindung bewirkt. Erklärte zum Beispiel der vorangegangene Generalsekretär Kofi Annan die Menschenrechtskommission zu einem Forum von Menschenrechtsverletzern, so dekretierte die Regierung Bush, daß der 2006 geschaffene Menschenrechtsrat an den gleichen Mängeln leide („FAZ“ v. 2. 4. 2009). Der Verlauf dieser Beschwerdeverfahren seit dem Jahre 2001 macht deutlich, daß es nach der UN-Rechtsprechung bei dem Zivilisationsbruch der Vertreibung deutscher Volksgruppen ohne Strafe und Wiedergutmachung verbleibt.

St.-Annaberg-Gedächtniswallfahrt: Schlesier pilgern nach Königstein

Fünfundsechzig Jahre ist es nun her, daß die Schlesier, wie so viele andere Vertriebene verschiedener Nationen, ihre Heimat verlassen mußten. Vieles mögen sie seither vergessen haben – nicht aber den Annaberg. Annaberg, das ist für sie noch heute ein Begriff für Heimat, für ein durch Frömmigkeit und Gemeinsamkeit geregeltes Jahr. „Für uns war es selbstverständlich, daß wir einmal im Jahr zum Annaberg gefahren sind“, erinnern sich die älteren Wallfahrer. Königstein ist der Ort für eine Ersatzwallfahrt geworden.

Zur Wallfahrtskirche wurde die Kollegskirche durch die bewegende Darstellung der „Mutter der Vertriebenen“, die der schlesische Bildhauer Erich Jäkel in Königstein 1952 selbst schnitzte. Jäkel hatte als Soldat in Stalingrad ein Gelübde abgelegt, so er Krieg und Gefangenschaft überleben werde, würde er für eine Kirche eine Muttergottesstatue schaffen. Nach seiner Heimkehr erfüllte er sein Versprechen. Er schuf die 1,80 m hohe Schutzmantelmadonna aus Lindenholz.

Kürzlich war es wieder so weit: Die Heimatvertriebenen Schlesier wallfahrten in die Taunusstadt. Seit vielen Jahren organisiert Michael Riedel dieses Treffen. Sein Vater, Clemens Riedel aus Breslau, rief die Wallfahrt mit Prälat Adolf Kindermann ins Leben. Kindermann, aus Neugrafenwalde in Nordböhmen gebürtig, baute nach dem Kriege die „Königsteiner Anstalten“ weiter aus. Von Kindermann wird in Kürze nochmals die Rede sein: Am 1. September erfolgte die Enthüllung des Denkmals, das an sein Wirken erinnert. Es zeigt ihn zusammen mit den großen Kirchenmännern Bischof Kaller und Pater Werenfried van Straaten.

Vier geistliche Elemente, die Beichtgelegenheit am Morgen, der Gottesdienst, das Singen geistlicher Lieder und die abschließende Marienandacht, prägen die Wallfahrt. Die Lieder „Sankt Anna voll der Gnaden, Du Bild der Heiligkeit“ und „Über die Berge schallt lieblich durch Fluß und Wald, Glöcklein dein Gruß!“ kannte jeder.

Königsteins Bürgermeister Leonhard Helm war mitten unter den Wallfahrern. In seinem mittelalterlichen Wams hatten ihn nur wenige er-

kannt – eigentlich hätte er beim Burgfest sein sollen. Eine Einladung an die Wallfahrer zum Mitfeiern brachte er gleich mit.

Die „Heimatstunde“ ist bei der Königsteiner Wallfahrt schon Tradition. Der Historiker Professor Josef Joachim Menzel, gebürtig aus Mühlisdorf, Kreis Neustadt / Oberschlesien, erinnerte an die Gründung der Universität Breslau vor 200 Jahren. Prof. Menzel gehört dem Stiftungsvorstand der neugegründeten Clemens-Riedel-Stiftung an. Ihre Aufgabe soll darin bestehen, das kulturelle und religiöse Erbe Schlesiens zu wahren, weiterzugeben und das wertvolle Kulturgut in das zusammenwachsende Europa einzubringen. Er fragte: Wer macht mit?



„Mutter der Vertriebenen“ – von Erich Jäkel nach einem Gelübde geschaffen.

Winterreifen auch in Tschechien Pflicht

Winterreifen werden künftig auch in Tschechien Pflicht. Zwischen dem 1. November und dem 31. März müssen Autos dort für Schnee, Eis und Matsch ausgerüstet sein. Die Winterreifenpflicht gehört zu einer Reihe von Neuordnungen im Straßenverkehr, die seit August in Tschechien gelten.

Vor allem Lastwagen mit Sommerbereifung hätten im Winter häufig Unfälle verursacht und die Hauptverkehrsachsen blockiert, begründete ein Sprecher des Verkehrsministeriums die Neuregelung. Die Novelle der Straßenverkehrsordnung sieht auch Erleichterungen vor: Wer vergißt, tagsüber das Abblendlicht einzuschalten, muß nur mit einem Bußgeld rechnen. Ein Punkt im tschechischen Zentralregister wird dafür nicht mehr verhängt. Fahrern, die mit Alkohol am Steuer erwischt werden, droht bis zu 0,3 Promille im Blut eine Geldstrafe von bis zu zwanzigtausend Kronen (820 Euro), aber kein Punkt mehr.

Zukunftsfonds fördert Sprachlernprojekte

Der Deutsch-tschechische Zukunftsfonds unterstützt dieses und nächstes Jahr Projekte, durch die in Deutschland und in Tschechien das Interesse gefördert werden soll, die jeweils andere Sprache zu lernen.

Die Antragsteller können bis zu siebzig Prozent der Gesamtkosten eines Projektes beim Zukunftsfonds beantragen. Die Sprache zu entdecken sei der beste Weg zu Verständnis und Zusammenarbeit, so sagte eine Sprecherin des Fonds.

Die nächsten Termine, zu denen Unterstützungsanträge eingereicht werden können sind der 30. September und der 31. Dezember dieses Jahres. Der Deutsch-tschechische Zukunftsfonds wurde im Jahre 1997 auf der Grundlage der Deutsch-tschechischen Erklärung gegründet und soll die Zusammenarbeit zwischen beiden Ländern durch die Unterstützung von Bildung, Forschung und Kultur fördern.

Schweinfurt bekommt Saazer Heimatmuseum

Es muß eine große Erleichterung gewesen sein, welche die Verantwortlichen der Stadt befallen hat, als Gerhard Illing im Internet auf das Projekt gestoßen ist und Interesse an ihrem Gebäude Obere Straße Nr. 8 bekundet hat. Lange Zeit stand es leer. Mit 350.000 Euro aus dem Entschädigungsfonds der Denkmalpflege hat es die Stadt von einem „erbärmlichen“ in einen halbwegs sanierten Zustand befördert – und endlich einen Käufer und Nutzer gefunden: Die „Stiftung Saazer Heimatmuseum“.

Ihr Anliegen ist es, die Kultur und die Geschichte der Deutschen im tschechischen Saaz, die nach dem Krieg aus ihrer böhmischen Heimatstadt vertrieben wurden, an Hand von Bildern, Büchern, Gemälden und Exponaten für die Nachwelt zu bewahren. Ihr Hauptsitz ist seit dem Jahre 1999 im „Markgräflichen Schloßlein“ im mittelfränkischen Georgensgmünd, wo die Stiftung zwei Räume zur Ausstellung und einen Speicher nutzen kann. Doch das Heimatmuseum faßt inzwischen fast dreitausend Exponate, von denen ein Großteil gar nicht ausgestellt werden kann, sondern im Speicher lagern, sagt der Vorsitzende des Stiftungsvorstands, Gerhard Illing.

Im Schloßlein von Georgensgmünd konnte sich das Museum nicht größer ausbreiten, also suchte Illing nach einem geeigneten Objekt für

eine Zweigstelle – und wurde in Schweinfurt fündig. Die Stadt ist ihm wohl bekannt. Nach seiner Vertreibung aus Saaz war hier eine Zeitlang sein Zuhause. Hier lernte er seine Frau kennen und heiratete sie im Rathaus-Trausaal, sagt er. Und: Schweinfurt, Obere Straße, im Herzen der Stadt, bedeutet Zentralität und sicher auch mehr Publikumsfrequenz als Georgensgmünd, das „so abseits liegt, daß wir im Jahr nur zweihundert bis dreihundert Besucher haben“.

Das Konzept sieht so aus, daß im Erdgeschoß Gemälde, Bilder, Bücher, Exponate aus Saaz ausgestellt werden – aber auch auf einer kleinen Fläche an die Zerstörung Schweinfurts erinnert wird, so OB Sebastian Remelé. Er freut sich, daß das lange Zeit leergestandene Haus „einen neuen Hüter bekommen hat“. Im ersten und zweiten Stock sollen Wohnungen entstehen. Mit dem Erlös aus deren Vermietung soll der Betrieb der Ausstellung im Erdgeschoß finanziert werden, so Illing. Es sei ein „relativ teures Projekt, eine Million wird reinfließen, bis alles fertig ist“.

Eine Gedenkstätte soll die Museums-Zweigstelle nicht werden, „davon gibt es genug“. Sie soll an die Geschichte, die Lebensart und Kultur der Deutschen in Saaz erinnern – und gleichzeitig für Versöhnung stehen, sagt Gerhard Illing.

Aus: „Mainpost“



Im Gebäude Obere Straße 8 errichtet die „Stiftung Saazer Heimatmuseum“ eine Zweigstelle. Im Bild (v. l.) Herbert Lupprian (Sanierungsstelle), Stiftungsvorstand Dr. Gerhard Illing und Gerhard Mühlstein (Fördergemeinschaft Saazer Heimatmuseum). Foto: Waltraud Fuchs-Mauder

Jägerndorfer Heimatstuben werden erweitert

Bei den Jägerndorfer Tagen in der Patenstadt Ansbach sicherte Oberbürgermeisterin Carda Seidel den Jägerndorfern den Ausbau der Heimatssammlungen zu einem Dokumentationszentrum der Geschichte Jägerndorfs weitere Unterstützung zu. Ansbach sei, so Seidel, zu einer zweiten Heimat für die Jägerndorfer geworden. Bei dem Festabend in der Orangerie dankte Diether Ertel der Stadt Ansbach für die sechs Schau- und drei Depoträume, in denen bisher unzugänglich aufbewahrte Bestände aus der Geschichte Jägerndorfs einer breiten Öffentlichkeit präsentiert werden können. Diese Bestände so Ertel, mögen eine dauerhafte Bewahrung historischer Bezüge aus einer gerne verdräng-

ten unseligen Zeit erkennbar erhalten und Forschungsmöglichkeiten eröffnen. Die Vertreibung der Sudetendeutschen nach dem Zweiten Weltkrieg aus ihrer Heimat bezeichnete Ertel als Genozid. Der ehemalige Regierungsvizepräsident Alfred Richter blickte in seiner Festansprache auf die Geschichte der Sudetendeutschen zurück. Im 19. Jahrhundert waren sie noch Teil der Doppelmonarchie Österreich-Ungarn, ehe sie 1919 in die neue ČSR eingegliedert wurden. Mit Gottesdiensten am Sonntag und einem Totengedenken am Jägerndorfer Gedenkstein auf dem Waldfriedhof hat Bürgermeister Werner Forstmeier ein Gedenke niedergelegt und der Toten der Vertreibung gedacht.



Jägerndorfer Heimmattage in der Orangerie: Alfred Richter mit Frau, OB Seidel, Siegfried Blank und Walter Titze und Diether Ertel (stehend).

SUDETENDEUTSCHE REZEPTE

KÜRBISTORTE



100 g Staubzucker, 4 Eier, 130 g Haselnüsse (gerieben), 80 g Kochschokolade (gerieben), 280 g Kürbisfleisch (fein gerieben), 90 g Mehl, 1 TL Backpulver, 250 g Kürbis- oder Marillenmarmelade, 100 g Fondant (dick gerührte Zuckerglasur), 80 g Mandeln (gehobelt und geröstet), Kürbisse (aus Marzipan als Garnitur), Zitronensaft (1/2 Zitrone), Salz, Öl (für die Form).

Zubereitung: Staubzucker mit Eiern, Zitronensaft und einer Prise Salz schaumig rühren. Schokolade und Haselnüsse miteinander vermischen und unter die Eiermasse rühren. Das Mehl mit Backpulver versieben und abwechselnd mit dem fein geriebenen Kürbis unter die Masse ziehen. In eine mit Butter ausgestrichene Form füllen und im vorgeheizten Backrohr bei 170°C ca. 50 Minuten backen. Auskühlen lassen. Die ausgekühlte Torte horizontal durchschneiden, mit etwas Marmelade füllen und Oberteil wieder aufsetzen. Die Torte rundum mit Marmelade einstreichen, oben mit Fondant glacieren und seitlich mit gehobelten Mandeln bestreuen. Nach Belieben mit Kürbissen aus Marzipan garnieren.

Gutes Gelingen wünscht Ch. G. Spinka

Für Völkermord gibt es eine Lösung – aber keine biologische!

Über Flucht und Vertreibung wurde beim Erzählcafé berichtet: Die Liebe zur Heimat bleibt bis zum letzten Atemzug

Im Seniorenzentrum der niederbayerischen Stadt Simbach war es am „Erzählcafé-Nachmittag“ kühler als im Freien, und Gertrud Stinghammer, Leiterin des Seniorenbüros, freute sich über die große Besucherschar. Das Thema lautete: „Verlorene Heimat“ – wobei über Flucht und Vertreibung im und nach dem Zweiten Weltkrieg sprachen als Ersterzähler Margit Reincke, Hans-Dieter Koschny und Matthias Klingwarth. Wie sehr sich die Erinnerungen in die Herzen eingeschrieben haben, wurde offenbar. Manche Träne konnte beim Berichten der Einzelschicksale auch der zahlreichen Erzählcafé-Besuchern nicht zurückgehalten werden. Sie waren Kinder, als sie mit ihren Familien die Flucht aus der Heimat ergriffen, vertrieben wurden und schließlich in der Fremde ein neues Zuhause fanden. Auch sie waren Kinder, die hier in Simbach Geborenen, die erlebten, wie die vielen Flüchtlinge einquartiert wurden. Plötzlich hieß es Stube und Küche mit Menschen aus anderen Ländern zu teilen. Zunächst erzählte Margit Reincke, die in Nordböhmen im Sudetenland im heutigen Tschechien geboren wurde. Bensen war eine kleine Stadt, in der die meisten Menschen Deutsche waren. „Ende 1944, erste Flüchtlinge aus Schlesien hatten bereits unsere Stadt passiert, wurden Hausdurchsuchungen durchgeführt und die Männer über Nacht abtransportiert. Mein Vater war dabei, er kam in eine Art Konzentrationslager. Ich war damals acht Jahre alt. Bald darauf mußten wir aus unseren Häusern raus, jede Person durfte zwanzig Kilo Gepäck mitnehmen. Auf dem Kirchenplatz mußten wir Schmuck und Haustürschlüssel abgeben. Wir machten uns auf einen beschwerlichen Weg, übernachteten im Freien, in Scheunen. Die Alten und Kranken wurden auf Wagen mitgezogen, zu Essen gab es fast nichts. Wollten uns auf dem Weg Deutsche etwas zustecken, so wurde dies strengstens unterbunden. Als auch die Bauersleute wegmußten, haben die Kühe gebrüllt, denn niemand milch die vollen Euter der Tiere“, erinnerte sich Reincke. Von Böhmen zog ihr Treck nach Thüringen. Sie erkrankte an Diphtherie und kam ins Krankenhaus. Ein paar Familien blieben aus Solidarität zur Mutter hier, die anderen zogen weiter. Niemand wollte die Flüchtlinge haben, erst der fünfte Bürgermeister erlaubte, in einem Stadel zu übernachten. Zwei Jahre war Margit Reincke im thüringischen Ort, empfing hier die Erstkommunion. Über das Rote Kreuz erfuhr ihre Mutter, daß der Vater in Niederbayern war. Zunächst bekam die Familie in Simbach keine Zuzugsgenehmigung. Nach einem Jahr kam sie wieder und durfte bleiben. „Auf dem Fußmarsch sind viele Menschen gestorben. Ich erinnere

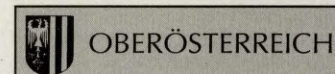
mich an eine junge Frau, die kurz vor Fluchtbeginn ein Kind geboren hatte. Das Kind starb und die trauernde Mutter trug es einen ganzen Tag auf ihrem Arm mit, sie wollte es nicht in den Straßengraben legen“, so Reincke.

Matthias Klingwarth wurde 1937 in Kula, dem Zentrum der Mittelbatschka, im heutigen Nordserbien an der Grenze zu Ungarn gelegen, geboren. Er berichtete als Vertreter der Donauschwaben. „Knapp ein Drittel des Ortes waren Deutsche. Die meisten Kulaer Deutschen entschlossen sich im Oktober 1944 zur Flucht. Am 8. und 9. Oktober in der Früh flohen die ersten mit Roß und Wagen über Schlesien und das Sudetenland, es folgten die übrigen Flüchtlinge mit dem Schiff bis Mohács in Südungarn und dann auf Viehwaggons und mit der Eisenbahn nach Deutschland. Für viele war Niederbayern die erste Anlaufstation“, so Matthias Klingwarth, der sich erinnerte, daß daheim das bessere Geschirr noch schnell vergraben wurde, glaubte man doch an eine Rückkehr in wenigen Wochen. „Ein Nachbarsbub holte aus unserem Haus noch Musikinstrumente, die Klarinette meines Vaters hängt noch heute über meinem Klavier“, so der Ersterzähler. Zunächst kam er mit seiner Familie nach Burghausen und hatte viel Glück. „Andererseits, vor allem die daheimgebliebenen sind, hat es schwer getroffen. Sie wurden enteignet, kamen in Lager, verhungerten dort oder starben an Typhus. Bis 1948 bestanden diese Lager. Diejenigen, die überlebten, kamen nach Rußland, die meisten wurden bis Mitte der 1950er Jahre in den Bergwerken von Südjugoslawien interniert“, erzählte er weiter und beschrieb unter anderem die rohe Gewalt der Partisanen Tito und wie schwer es die Landsleute hatten, die sich zu Fuß auf die Flucht gemacht hatten. Hans-Dieter Koschny als Vertreter der Schlesier erzählte, wie am 19. Jänner des Jahres 1945 nachts ein Bote kam und sie aufforderte, binnen zwei Stunden das Dorf zu verlassen. „Am 31. März 1945 kamen von den anfänglich hundert Wagen acht im Landkreis Pfarrkirchen an, vier in Birnbach, vier in Kirchdorf“, sagte er und nannte Fakten zum Flüchtlingsstrom: 12 Millionen Menschen waren auf der Flucht, zwei Millionen kamen um. 1939 verzeichnete Simbach einen Einwohnerstand um 5000, 1951 waren es über 7000 Bürger. 26 Prozent waren Flüchtlinge und Vertriebene, in der Regel betrug die Zahl in den bayerischen Städten und Gemeinden 18 Prozent. „Vielleicht war die Zahl in der Innstadt so hoch, weil Arbeitsplätze in der Heraklith und bei der Bahn vorhanden waren“, überlegte Koschny. Rege berichteten die Anwesenden nun von ihren eigenen Schicksalen, so Elfriede und Nikolaus Osgyani,

Kristina Weight, Folker Fersch, Alois Zirm, Elisabeth Willmann, Robert Manert, Reinhold Scholz und Ursula Stolzenburg. Von auseinandergerissenen Familien wurde erzählt, Entbehrungen, Brutalität. Jedem Zuhörer offenbarte sich bei jedem Bericht, wie alle Details der Kindheitserlebnisse tief eingekerbt sind. Aber auch Freude wurde beschrieben, zum Beispiel, wenn man auf Familienangehörige traf, von Vater und Mutter in die Arme genommen wurde, im neuen Land nicht ausgegrenzt wurde. „Im allgemeinen wurden wir Flüchtlinge und Vertriebenen hier sehr gut aufgenommen und heute sind wir längst echte Bayern“, so Hans-Dieter Koschny, der sich an den ersten Abend in Niederbayern erinnerte. „Es waren nicht genug Stühle in der Stube, und die Bäuerin fragte uns, ob wir „hoaße Erdäpfel“ mögen. Den Dialekt verstanden wir nicht, bejahten aber die Frage und waren für die warme Mahlzeit dankbar. Bald fühlten wir uns hier heimisch, packten frisch an, wir hatten ein neues Zuhause. Bei aller Dankbarkeit wird jedoch die Erinnerung und Liebe zur verlorenen Heimat bis zum letzten Atemzug in uns sein“, so Koschny, der sich bei der Stadt Simbach bedankte, im Rahmen des Erzählcafés von den Erlebnissen berichten zu können. Gertrud Stinghammer dankte den Ersterzählern mit Präsenten und regte an, daß es wichtig sei, dieses Thema über Flucht und Vertreibung im und nach dem Zweiten Weltkrieg auch der heutigen Jugend näherzubringen.

Christina Schmid

Heimatkreuzes der Frainer über dem Thayatal – seine Idee und besonderen Aktivitäten zur Errichtung des Gedenksteinens an die Vertreibung in Felling, bei dessen Einweihung die Ehrung stattfand. – Seinen Lebensabend verbrachte er in Stadtschlaining / Burgenland. Die „alten“ Frainer und alle, die mit ihm in Verbindung standen, sind ihm sehr dankbar für seine vielfältige Einsatzbereitschaft und werden ihn in ehrender Erinnerung behalten.



Verband der Südmäher in Oberösterreich

Die Verbandsleitung wünscht auf diesem Wege allen im Monat September geborenen Landsleuten alles Gute, vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Sie gratuliert insbesondere aber zum: 95. Geburtstag am 6. 9. Edith Ransmayr aus Znaim, 84. Geburtstag am 20. 9. Matthäus Neubauer aus Oberschlagles, 82. Geburtstag am 21. 9. Othmar Schaner aus Wostitz, 80. Geburtstag am 18. 9. Theresia Palmer aus Zuh, 74. Geburtstag am 13. 9. Maria Hitsch aus Großtaxis, 42. Geburtstag am 11. 9. Obmann Christian Engertsberger. Josef Nohel

Böhmerwaldbund Oberösterreich

Liebe Landsleute und Freunde des Vereins: Am Samstag, dem 10. September, haben wir wieder einen Stammtisch im Volksheim Langholzfeld, Adalbert-Stifter-Straße 31, Langholzfeld / Pasching. Beginn ist um 15 Uhr. Der Nachmittag bietet wieder einmal Gelegenheit, mit Gleichgesinnten bei Kaffee und Kuchen oder einem Glas Wein zu plaudern. Der Böhmerwaldbund Oberösterreich freut sich auf Ihr zahlreiches Kommen.

Enns-Neugablonz – Steyr

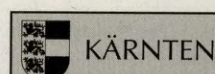
Folgende Mitglieder haben im Monat September Geburtstag: Ulrike Frohn 17. 9., Albert Hörtenhuber 8. 9. (70 Jahre), Helga Pessl 10. 9., Erika Unterperfinger 23. 9., Fritz Waniek 23. 9., Christine Witteczek 17. 9. Wir gratulieren herzlich und wünschen Gesundheit und viel Freude! – Unser nächstes Treffen im Café Hofer ist am 8. September. Kommt recht zahlreich! Ingrid Hennerbichler

Freistadt

Demnächst feiern folgende Mitglieder Geburtstag: 1. 9. Helmut Pühringer, 4. 9. Amtsdirektor Kons. Franz Zahorka, 6. 9. Karl Woitschlager, 12. 9. Helga Kriegl, 13. 9. Johann Preslmaier, 16. 9. Maria Kühhaas, 16. 9. Christoph Vejvar, 16. 9. Hofrat DI. Walter Vejvar, 23. 9. Karl Guserl, 25. 9. Ing. Albert Hofmann. Wir gratulieren allen Geburtstagskindern sehr herzlich und wünschen für die Zukunft alles Gute; vor allem Gesundheit und Wohlergehen. Helga Kriegl

Wels

Allen September-Geborenen unsere herzlichste Geburtstagsgratulation, verbunden mit den besten Wünschen. Alles Gute und stets Gesundheit. Besondere Grüße unseren nachstehenden Mitgliedern: Frau Anna Habermayer, geb. am 1. 9.; Herrn Rainer Ruprecht, geb. am 6. 9.; Herrn Franz Kudlacek, geb. am 9. 9.; Frau Maria Kröpl, geb. am 12. 9.; Frau Anneliese Hanke, geb. am 14. 9.; Frau Johanna Komposch, geb. am 18. 9.; Frau Maria Eggerstorfer, geb. am 20. 9.; Herrn Othmar Schaner, geb. am 21. 9.; Frau Margarete Maurer, geb. am 23. 9.; Frau Hildegard Zeilinger, geb. am 29. 9.; nochmals unsere besten Glück- und Segenswünsche und viel Lebensfreude. – Hinweisen möchten wir nochmals auf nachstehende Termine: Am Samstag, 17. September, SL-Ausflug „Dachstein“ – ausführliches Programm ging Ihnen gesondert zu. – Am Sonntag, 18. September, Sudetendeutscher Heimattag in Klosterneuburg, 8 Uhr Abfahrt Wels, Friedhof-Parkplatz; auch hier erhielten Sie gesondertes Programm. Bitte rasch anmelden! St. Schwarz



Landesverband Kärnten

Am 21. Juli trafen wir einander zu unserem schon traditionellen Sommertreffen im Gasthaus Lamplwirt in Ebenthal bei Klagenfurt. Es war ein nettes, gemütliches Zusammensein mit kleinen Vorträgen und Gedichten. – Es wurde der 80. Geburtstag von Marlene Schaar gefeiert, die unserer Landsmannschaft eine wichtige Stütze ist. – Als neues Mitglied konnten wir Herrn Dipl.-Ing. Peter Christian Herbrich begrüßen, der noch in Rumburg geboren wurde. Bernhard Gübitz

Treffen beim Heurigen

Alle ehemaligen Freunde und Kameraden aus der SdJ treffen sich mit den Kameraden der SLO-Bezirksgruppe Wien und Umgebung zu einem gemütlichen Beisammensein am Freitag, dem 16. September, ab 19 Uhr, beim Heurigen „10-er-Marie“, Wien 16, Ottakringer Straße 222. Selbstverständlich sind wie immer auch alle anderen interessierten Landsleute recht herzlich eingeladen. Dieses Treffen ist bestimmt wieder eine gute Gelegenheit, mit alten und neuen Freunden zusammenzutreffen und zu plauschen. Ein gutes Tröpfel sowie das reichhaltige Buffet werden das Ihre dazu beitragen. Fragt ganz einfach beim Heurigen nach Klaus Seidler – man wird Euch da gerne helfen.

Volkstanzkreis in Wien

Die nächsten Übungsabende finden am Montag, 12. September und Montag, 28. November, im „Haus der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt 1 / O.G., statt. Beginn ist um 19 Uhr. Jeder kann mitmachen und ist herzlich eingeladen. Freunde können mitgebracht werden. Erwünscht ist die Freude am Tanzen. Anmeldung nicht erforderlich – die Teilnahme ist kostenlos.

Bisher fanden zwei gutbesuchte Übungsabende statt. Für einen kleinen Imbiß und Getränke ist gesorgt (zum Selbstkostenpreis).

Wir würden uns freuen, auch Sie, Ihre Familienangehörigen und Freunde herzlich begrüßen zu dürfen. Jeder Tanz wird vorgezeigt und dann eingeübt. Es herrscht wie immer eine sehr entspannte und lustige Stimmung.

Anneliese Olbrich 80



Anneliese Olbrich, die allseits geschätzte Obfrau des Mährisch-Schlesischen Heimatmuseums, feiert am 4. September ihren 80. Geburtstag. Seit vielen Jahrzehnten ist sie die gute Seele des Museums in Klosterneuburg.

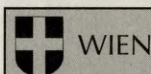
Ihre Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen wünschen Gesundheit und weiterhin soviel Schaffensdrang zum Wohle des Museums.

Bowlingturnier in Wien

Alle Bowling- und Kegelfreunde sind zum Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowling-Turnier am Samstag, 15. Oktober, in die Bowlinghalle in Wien 13, Cumberlandstraße 102, eingeladen. Die Sporthalle befindet sich nächst der U-4-Station Unter St. Veit, zwischen der Zehetnergasse und der Ameisbrücke.

Wir beginnen um 14. Uhr, Treffpunkt ist um 13.50 Uhr. Dauer zirka zwei bis drei Stunden, inklusive der Siegerehrung.

Mit Straßenschuhen bzw. eigenen Sportschuhen darf nicht gespielt werden – Schuhe müssen entliehen werden (nur 1,50 Euro). Zur Abdeckung der Bahnmiete wird von jedem Teilnehmer ein kleiner Spesenbeitrag eingehoben.



Arbeitskreis Südmäher

Dienstag, 6. September: Heimabend mit Tonbildschau „Riesengebirge – Kulturdenkmäler und mehr“, Beginn 19 Uhr, „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25, Hoftrakt, 2. OG. Dazu sind auch alle interessierten Landsleute herzlich eingeladen. – Montag, 12. September, 19 Uhr: Übungsabend des Sudetendeutschen Volkstanzkreises im „Haus der Heimat“, 2. Obergeschoß – für Jedermann (siehe auch die Ankündigung auf den Vorderseiten). – Alle Freunde – besonders auch ehem. Angehörige der „Sudetendeutschen Jungmannschaft“ (dem ehem. Gustav-Stolla-Kreis) und der „SdJ Wien“ – des Arbeitskreises Südmäher sind am Freitag, dem 16. September, ab 19 Uhr, zu einem Heurigenabend beim Heurigen „10er Marie“, Ottakringer Straße 222, Wien 16, recht herzlich eingeladen. Wir freuen uns auf Euer zahlreiches Kommen. Ruft auch „alte“ Kameraden, die man schon lange nicht mehr gesehen hat, an und ladet sie zum Heurigen ein. – Vom 17. bis 18. September findet der Sudetendeutsche Heimattag in Wien und Klosterneuburg statt. Wir nehmen mit der Trachtengruppe am Festzug am Sonntag um 14 Uhr in Klosterneuburg teil. – Sonntag, dem 11. September, sind wir beim Winterumzug in der Patenstadt Poysdorf und am Sonntag, dem 25. September in Retz. Für diese beiden Veranstaltungen werden wir wieder unseren schönen südmährischen Festwagen schmücken. Beginn ist jeweils um 14 Uhr. Dazu erwarten wir viele Landsleute und Freunde. – Samstag, dem 15. Oktober: Ab 14 Uhr Bowling-Turnier in der Bowlinghalle Wien 13, Cumberlandstraße 102. Näheres im Zeitungsinnen.

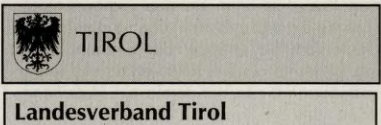
Frain

Wir trauern um Kommerzialrat Wilhelm Anderle. – Am 21. August starb Willy Anderle, der am 8. März 1931 in Frain an der Thaya geboren wurde. Nach der gewaltsamen Vertreibung und den damit verbundenen Schicksalsschlägen absolvierte er eine Ausbildung zum Hotelfachmann in Wien sowie im Ausland. Weitere berufliche Wirkungsstätten in Österreich waren u. a. Korneuburg, Eisenstadt und letztendlich Bad Tatzmannsdorf als Besitzer des bekannten Parkhotels. Sein großes Engagement für Hotellerie und Fremdenverkehr auf kommunaler Ebene und der Wirtschaftskammer Burgenland wurde mit der Ernennung zum Kommerzialrat geehrt. Willy Anderle hat sich intensiv für seine alte Heimat eingesetzt und zahlreiche Kontakte gepflegt. Am 28. Mai 2005 erhielt er in Anerkennung seiner außerordentlichen Verdienste um die Heimat eine Ehrenurkunde und das Südmährische Ehrenzeichen in Gold, womit gewürdigt wurden: Die Mitverfassung und Herausgabe des Heimatbuchs „Frain – einst die Perle des Thayatales“ – die Mitwirkung bei der Erstellung und Erneuerung des



Sankt Pölten

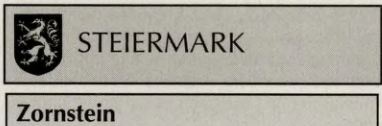
Sommertreffen in den Kittenberger Erlebnisgärten. – Am Sommertreffen der Ortsgruppe Sankt Pölten nahmen sechs Personen teil. Aufgrund des unbeständigen Wetters, dieses hielt sicher einige von der Teilnahme ab, trafen die Teilnehmer pünktlich um 10 Uhr in Schiltern bei den Erlebnisgärten ein. Nach stundenlanger Wanderung ging es weiter zur Stärkung nach Langenlois. Ein gemütlicher Heurigenbesuch ließ den Tag ausklingen. – Nächster Monatstreff der Gruppe Sankt Pölten am 16. September, ab 14.30 Uhr, im Gasthaus Graf am Bahnhofplatz. Franz Wallner



Landesverband Tirol

In den Sommermonaten Juli und August sind beim Landesverband Tirol nur zwangslöse „Stammtische“, ohne besonderen Themenschwerpunkt, vorgesehen. Trotzdem vereinbarten wir für den 11. August wieder ein reguläres Treffen, in der Hauptsache, um den für 13. Oktober vorgesehenen Törggeleausflug zu besprechen. Das Ziel steht bereits fest, der Griesser-

hof in Vahrn bei Brixen, Probleme bereitet aber die Zahl der Teilnehmer, um den der Größe nach richtigen Bus zu bestellen. Die anwesenden acht Mitglieder sagten ihr Kommen zu, die anderen müssen noch befragt werden. Leider sind viele schon zu alt oder aus Gesundheitsgründen nicht mehr fähig, an den Südtirol-Ausflügen teilzunehmen, bereitet ja manchen selbst die Teilnahme an unseren monatlichen Treffen schon große Schwierigkeiten. – Wie immer wurde den Geburtstagskindern gratuliert, diesmal war es nur Wolfgang Brandmayr, mit 68 Jahren einer der „Jüngsten“ unseres Landesverbandes. Anschließend verlas die Vorsitzende, Frau Dr. Michelfeit, die Aussendungen des Sudetendeutschen Pressedienstes, die mit sehr großem Interesse aufgenommen wurden. Der Artikel über Anders Behring Breivik, dem Attentäter von Oslo, der die Benes-Dekrete als Problemlösung bei Minderheitenfragen empfohlen hatte, löste große Empörung aus und führte unter den Anwesenden zu einer lebhaften Diskussion. Die in der Presseaussendung von Breivik erwähnte gefährliche fünfte Kolonne, die zur Vertreibung der Sudetendeutschen geführt hatte, ließ die alten Erinnerungen wieder aufbrechen, Erinnerung an Krieg, Gefangenschaft und die Leiden nach 1945. Das August-Treffen, 66 Jahre danach, ließ dann doch auch wieder Dankbarkeit aufkommen, daß wir den Weg ins Leben geschafft und in Tirol eine neue, zweite Heimat gefunden haben. Christine Michelfeit



Zornstein

Zur Zeit des Hochsommers – am 12. August 2011 – trafen sich Teile des „Sudetendeutschen Stammtisches“ einer verehrlichen Landsmannschaft Zornstein im Hofe des Gasthauses „Zum Greif“ in Leoben. Schon kurz nach dem Beginn erfolgte die Übersiedlung in einen Innenraum, denn Petrus schickte dunkle Wolken. Neben dem Austausch privater Erlebnisse wurden aber auch Sachgebiete angeschnitten, die in den offiziellen Medien etwas anders behan-

dehlt werden. Am eigenen Leibe haben wir doch alle die Geschehnisse der Vertreibung und der Flucht anders erlebt, erleben sie auch heute (siehe Abweisung der Beschwerden der Sudetendeutschen beim sogenannten „UNO-Menschenrechtsausschuß“) anders, als die Zeitungen der gelenkten Berichterstattung es uns einzureden versuchen. „Wir glauben nur das, was wir sehen. Seit es Fernsehen gibt, glauben wir alles!“ (A. Huxley) Es wurde versucht, das kritische Denkvermögen anzuregen! Wenn etwas in einer Zeitung steht, stimmt es noch lange nicht! Es war wohl für den Sommer nicht das richtige Thema, denn die Schlussformel lautete: Das, was Sie sagen, habe ich aber noch nicht in der „Krone“ oder in der „Kleinen“ gelesen! Ich wünsche mir, daß unsere Landsleute ihre Gehirnganglien nicht nur haben, sondern sie auch benutzen! Unter Verwendung dessen, was die Volksgruppe schon erlebt hat, was derzeit läuft und was uns noch blühen wird! Dr. Johann Janiczek

Spenden für die „Sudetetenpost“

- 2,00 Ingrid Bitterlich, 1100 Wien
- 2,00 Dr. Peter Böhm, 1010 Wien
- 2,00 Erwin Buchelt, 9020 Klagenfurt
- 2,00 Mag. Gerlinde Elias, 4040 Linz
- 2,00 Rainer Hahn, 1050 Wien
- 2,00 Dieter Hanke, 6222 Wolfurt
- 2,00 Helga Kellmayr, 4040 Linz
- 2,00 Alexander Kern, 4050 Traun
- 2,00 Ing. Heinz Peter Kupka, 1030 Wien
- 2,00 Brigitte Leopold-Slezak, 2560 Berndorf
- 2,00 Helga Margutich, 5020 Salzburg
- 2,00 Marianne Michaeler, 6100 Scharnitz
- 2,00 Christa Neuwhir, 4050 Traun
- 2,00 Dr. Gerhard Seicht, 1100 Wien
- 2,00 Helga Trnka, 1200 Wien
- 2,00 Elisabeth Wagner-Dembicki, 6020 Innsbruck
- 2,00 Mag. Josef Walther, 3400 Klosterneuburg
- 2,00 Leo Wolf, 1140 Wien
- 2,00 Anna Zeipelt, 8010 Graz
- 3,00 Friedl Lehner, 2193 Erdberg
- 3,00 Dr. Heidi Pischel, 4020 Linz
- 3,00 Karl Frech, D-96050 Bamberg
- 3,00 Marion Köstler, D-73614 Schorndorf
- 4,00 Johanna v. Ethofen, 1080 Wien
- 6,00 Augusta Jahnle, D-06618 Naumburg
- 6,00 Ursula Kern, S-22457 Lund
- 7,00 Margarete Bayer, 1120 Wien
- 7,00 Manfred Seiter, 2372 Gießhübl
- 7,00 Rosa Zamecnik, 2460 Bruck / Leitha
- 10,00 Franz Höpfe, 4150 Rohrbach
- 12,00 Mag. Gerald Daschiel, 4020 Linz
- 12,00 Labg. Johann Herzog, 1090 Wien
- 12,00 Hellmut Nimmerichter, 4623 Günskirchen
- 12,00 Maria Scholz, 2380 Perchtoldsdorf
- 12,00 Ottilie Ullmann, 4040 Linz
- 12,00 Alfons Wurdinger, 4060 Leonding
- 22,00 Walter Bürgermeister, 4020 Linz
- 22,00 Anna Fischaller, 4060 Leonding
- 22,00 Ursula Fochler, 4113 St. Martin i. Mkrs.
- 22,00 Johann Hartl, 1180 Wien
- 22,00 Mag. Josef Pobitschka, 9074 Keutschach
- 22,00 Adolfin Reidl, 1060 Wien
- 22,00 Hans Siess, 1160 Wien
- 22,00 Dkfm. Inge Walleczeck, 1210 Wien
- 28,00 Karola Gilhofer, 4170 Haslach
- 28,00 Dr. Ernst-Waldstein-Wartberg, 1040 Wien
- 30,00 Dr. Irene Spötl, 4600 Wels
- 40,00 Dr. Elfriede Böhmderfer, 1130 Wien
- 40,00 Anneliese Frieden, 6500Landeck
- 50,00 Rudolf Fuchs, D-94158 Philippsreut
- 300,00 Spenderin will ungenannt bleiben

Die „Sudetetenpost“ bedankt sich herzlich!

Redaktionsschluß

Redaktionsschluß ist jeweils am **Donnerstag, 12.00 Uhr, sieben Tage vor dem Erscheinungstermin.** Bis dahin müssen die Beiträge bei der Redaktion eingelaufen sein. Zu spät einlangende Berichte können leider nicht mehr berücksichtigt werden.

- Folge 10 6. Oktober Red.-Schl. 29. September
- Folge 11 3. November Red.-Schl. 27. Oktober
- Folge 12 8. Dezember Red.-Schl. 1. Dezember

Sudetetenpost

Eigentümer und Verleger:

Sudetendeutscher Presseverein, Kreuzstraße 7, 4040 Linz, Ruf u. Fax: 0732/700592 – www.sudetetenpost.at
Obmann: Dr. Hans Mirtes, Adresse: 4040 Linz, Kreuzstraße 7, Druck: LANDESVERLAG Druckservice, 4600 Wels, Boschstraße 29. Die Zeitung erscheint einmal im Monat. Jahresbezugspreis: Inland € 28,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 34,00, Übersee: € 66,00. Einzelpreis: € 1,65. Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, Konto-Nummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank, Passau, Konto-Nummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz.

OFFENLEGUNG NACH § 25 MEDIENGESETZ:

Medieninhaber:

Sudetendeutscher Presseverein mit Sitz in Linz. Seine Tätigkeit erstreckt sich auf das Bundesgebiet Österreichs.

Grundlegende Richtung:

Der Verein bezweckt die Herausgabe und den Vertrieb von Presseerzeugnissen, vor allem unter den Heimatvertriebenen in Österreich, insbesondere die Herausgabe der Zeitung „SUDETENPOST“, als Organ der Sudetendeutschen Landsmannschaft in Österreich. Die Tätigkeit des Sudetendeutschen Pressevereins ist nicht auf Gewinnerzielung ausgerichtet und verfolgt ausschließlich gemeinnützige Zwecke im Sinne der Bundesabgabenordnung.

VERANSTALTUNGSKALENDER WIEN U. NIEDERÖSTERREICH

AUSSTELLUNGEN

Bis 29. Mai 2012: Sonderausstellung „Zauberhafte Sagenwelt der Sudeten“, im Mährisch-Schlesischen Heimatmuseum Klosterneuburg, Schießstättgasse 2 (Rostockvilla). Di. 10 bis 16,00 Uhr; Sa, 14 bis 17 Uhr; So. u. Fei. 10 bis 13 Uhr.
Bis 30. April 2012: Sonderausstellung „Karlsbad – Altösterreichischer Kurort zwischen Erzgebirge und Kaiserwald“, im Böhmerwaldmuseum in Wien 3, Ungargasse 3. So. 9 bis 12 Uhr.
Bis 30. Oktober: Ausstellung „Altösterreich – Menschen, Länder und Völker in der Habsburgermonarchie“, in der Österreichischen Nationalbibliothek in Wien 1, Josefsplatz 1. Di. bis So. 10 bis 18 Uhr. Do. bis 21 Uhr.
Bis 24. Dezember: Ausstellung „Maler des Spätbarocks – dießelst und jenseits der Grenze – J. L. Daysgir 1711 bis 1788“, im Museum Retz, Znaimer Straße 7, Fr., Sa., So. u. Fei. 13 bis 17 Uhr.

SEPTEMBER

10. bis 11. September: **Bucherer Heimattreffen** mit dem Böhmerwaldbund Wien in Buchers.
10. September, 18 Uhr: **Klassisches Konzert** der Jungen Donauschwaben im „Haus der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25 / EG.
11. September, 14 Uhr: **Winzerfest** in Poysdorf.
12. September, 19 Uhr: **Sudetendeutscher Volkstanzkreis** im „Haus der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25 / 2. Stock.
16. September, 19 Uhr: **Heuriger der Heimatgruppe Wien** und Umgebung sowie der SdJ-Freunde bei der „Zehner Marie“ in Wien 16, Ottakringer Straße 222.
Sudetendeutscher Heimmattag am 17. September in **Wien**. Von 14.30 bis 16.30 Uhr Tag der offenen Tür im „Haus der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25. Film „Das Manuskript“ und Lesung von Erika Örtel (Gablonz) im Festsaal im EG. – und am 18. September in **Klosterneuburg** ab 12 Uhr mit Platzkonzert, Festmesse, Fest- und Trachtenzug, Toten-Gedenkfeier und Kundgebung in der Babenbergerhalle.
25. September, 14 Uhr: **Winzerfest** in Retz
26. September, 14 Uhr: **Heuriger der Heimatgruppe Nordmähren** in Oggau. Kontakt: Baschny, 0664 / 611 28 08.
29. September, 19.30 Uhr: **Konzert der Harmonia Classica** – „Das Schicksal der Heimat“, im „Haus der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25 / EG.

OKTOBER

1. Oktober, 9 Uhr: **Busausflug der Heimatgruppe Nordböhmen** in die „Werkstatt Natur“ bei Mattersburg, mit Lagerfeuer, Würstelgrill und Heurigem in Oggau. Anmeldung bei Kerschbaum, 01 / 501 92 25.
1. Oktober, 7 Uhr: **Herbstausflug der Landsmannschaft Thaya** nach Reingers und Neublitz. Anmeldung bei Frau Kerschbaum, 01 / 318 01 17.
1. Oktober, 20 Uhr: **Lesung von Mundartgedichten aus dem Böhmerwald**, im Böhmerwaldmuseum in Wien 3, Ungargasse 3.
4. Oktober, 19.30 Uhr: **Treffen der Arbeitsgruppe Südmähren** mit Film über Trachten und Brauchtum im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 / 2. Stock.
7. Oktober, 16 Uhr: **Treffen der Heimatgruppe Kuhländchen und Neutitschein**, mit Vortrag von Herrn Lutsch über „Sicherheit im Alltag“, im Restaurant Ebner in Wien 15, Neubaugürtel 33.
8. Oktober, 6 Uhr: **Abfahrt Wien Herbstkulturfahrt des Arbeitskreises Südmähren** (Schloß Buchlowitz, Wehlerad). Anmeldung bei J. Mord, 0 25 22 / 76 38.
8. Oktober, 15 Uhr: **Treffen der Heimatgruppe Nordböhmen** mit Vortrag „Im Jahr des Waldes“ von Ing. Thomas Baschny, im Restaurant Ebner in Wien 15, Neubaugürtel 33.
14. Oktober, 19 Uhr: **Treffen der Heimatgruppe Wien und Umgebung** mit Lesung der Schriftstellerin Uta-Christine van Deun aus ihren Werken, im „Haus der Heimat“ in Wien 3, Steingasse 25 / 2. Stock.
15. Oktober, 14 Uhr: **Norbert-Göbel-Gedenk-Bowlingturnier**, in der Bowlinghalle in Wien 14, Cumberlandstraße 102.
16. Oktober, 9 Uhr: **Hedwigsmesse** i. d. Deutsch-Ordenskirche in Wien 1, Singerstraße 7.
16. Oktober, 15.30 Uhr: **Treffen des Böhmerwaldbundes Wien** im Restaurant „Wienerwald“, 1120 Wien, Schönbrunner Straße 244, mit Filmvorführung über den Böhmerwaldphotografen Josef Seidel aus Krummau.
23. Oktober, 15.30 Uhr: **Sudetendeutsches Totengedenken** in der Augustinerkirche in Wien 1.

VORSCHAU

5. November, 18 Uhr: **Volkstanzfest in Klosterneuburg** in der Babenbergerhalle.
6. November, 11 Uhr: **Totenehrung** des Verbandes Österr. Bundesländer- und Heimatvereine in der Krypta am Heldenplatz in Wien 1.
9. November, 18 Uhr: **Raumnachtwanderung der SdJÖ**. Treff im Haus der Heimat“ in Wien, Steingasse 25. Kontakt: Rogelböck, 01 / 888 63 97.

Die Stimme der Jugend

Jugendredaktion 1030 Wien, Steingasse 25 • Telefon und Fax: 01 / 718 59 13
Internet: www.edjoe.at E-mails: office@edjoe.at

Bundesverband

Wieder geht die Urlaubs- und Ferienzeit dem Ende zu. Wir hoffen, daß sich alle, egal, ob jung ob alt, gut erholen haben. Diese Erholung werden für den Herbst und den Winter sicherlich benötigen. Es liegen wieder viele interessante und schöne Veranstaltungen vor uns, die unser aller Anstrengungen erfordern werden, um diese erfolgreich durchzuführen. – Insbesondere wollen wir auf den Sudetendeutschen Heimmattag vom 17. bis 18. September in Wien und Klosterneuburg hinweisen. Eine entsprechende Ankündigung befindet sich auf den Vorderseiten. An dieser bedeutenden Veranstaltung sollten viele Angehörige der mittleren und jüngeren Generation teilnehmen. Nehmen Sie bitte daher unbedingt Ihre Kinder und Enkelkinder mit, diese können Sie ja zu den Veranstaltungen hinbringen. Dies sollte für Sie, werte Landsleute, besondere Geltung haben.

Landesgruppe Wien, NÖ. u. Bgld.

Treffen für alle jungen Leute jeden Mittwoch ab 17 Uhr im „Haus der Heimat“, Wien 3, Steingasse 25 / Hoftrakt / 2. OG. – Samstag, 10. September: Klassisches Konzert mit dem Club der Jungen Donauschwaben im Großen Festsaal im „Haus der Heimat“ in Wien 3. Beginn ist um 18 Uhr. Mit dem Kind von Günther Schneider-Siemens, der siebenjährigen Clara Paulus, väterlicherseits sudetendeutscher, mütterlicherseits donauschwäbischer Herkunft, und weiteren Künstlern (Sängern und Instrumentalisten) Näheres siehe im Inneren dieser Sudetenpost. – Montag, 12. September: Sude-

tendischer Volkstanzkreis im „Haus der Heimat“, 2. Obergeschoß, Beginn 19 Uhr. Jedermann, gleich welchen Alters, ist zum Übungsabend herzlich eingeladen. Freunde können mitgebracht werden. Siehe auch die Ankündigung im Zeitungsinneren. – Alle Freunde sowie die ehemaligen Kameraden aus der SdJ Wien, der Jungmannschaft, dem ASÖ, aus Niederösterreich usw. sind zu einem Heurigenabend am Freitag, dem 16. September, ab 19 Uhr, eingeladen. Ort: Heuriger „10er-Marie“, Wien 16, Ottakringer Straße 222 – leicht mit den „Öffis“ zu erreichen. Da kann man bestimmt wieder mit oft lange nicht mehr gesehenen Freunden plaudern. – 17. und 18. September: Sudetendeutscher Heimmattag in Wien und Klosterneuburg. Alle Trachtenträger sind aufgerufen, am Festzug am Sonntag, 14. Uhr, in Klosterneuburg, mitzumachen. – Samstag, 15. Oktober: Norbert-Göbel-Gedächtnis-Bowlingturnier in der Bowlinghalle Wien 13, Cumberlandstraße Nr. 102 (nächst der U-4-Station Unter St. Veit, zwischen Zehetnergasse und der Ameisbrücke gelegen). Beginn ist um 14 Uhr, Treffpunkt um 13.50 Uhr. Jedermann, gleich welchen Alters oder Geschlechts – auch die ältere Generation – ist herzlich zur Teilnahme eingeladen. Dazu auch den Aufruf im Zeitungsinneren lesen. – Mittwoch, 9. November: Raumnachtwanderung nach Mauer – jeder kann daran teilnehmen. Erster Treffpunkt: Zwischen 17.30 und 18 Uhr im „Haus der Heimat“, 2. OG. – bitte wenn möglich mit dem Auto kommen; 2. Treffpunkt: 18.30 Uhr, Maurer Hauptplatz, bei der DIE ERSTE Bank. Im Anschluß daran gemütliches Beisammensein in einem Maurer Lokal. Um Anmeldung wird ersucht (bei Rogelböck) von 17 bis 19 Uhr, Telefon und Fax: (01) 888 63 97. Man kann auch ohne Anmeldung teilnehmen.

BESTELLSCHEIN FÜR DIE Sudetenpost

Bestellschein bitte ausschneiden und einsenden an:

„Sudetetenpost“, Kreuzstraße 7, 4040 Linz. Telefonische Bestellung: 0073 2 / 70 05 92.

Ich abonniere die „SUDETENPOST“ für mindestens ein Jahr!

Name: _____
Straße: _____
Plz: _____ Ort: _____ Telefon: _____

Die Zeitung erscheint einmal monatlich. – Jahresbezugspreis: Inland € 28,00, inkl. 10 Prozent Mehrwertsteuer, Deutschland und übriges Ausland: € 34,00, – Übersee € 66,00. Bankkonto Allgemeine Sparkasse Linz, OK-Kontonummer 28135, Blz. 20320. – Für die Bezieher aus Deutschland: Volksbank-Raiffeisenbank Passau, Kontonummer 89869, Blz. 74090000. – Postanschrift und Anzeigenannahme: Kreuzstraße 7, 4040 Linz. – Telefon und Fax: 0 73 2 / 70 05 92.

Gertraud Marinelli-König: Die böhmischen Länder in den Wiener Zeitschriften und Almanachen des Vormärz (1805 bis 1848). Tschechische nationale Wiedergeburt – Kultur- und Landeskunde von Böhmen, Mähren und Schlesien – Kulturelle Beziehungen zu Wien. ISBN 978-3-7001-6551-4. Sitzungsberichte der phil.-hist. Klasse 801. Veröffentlichungen zur Literaturwissenschaft 28. 2010, zirka 1000 Seiten, Format 22,5 x 15 cm, broschiert. Preis zirka 100 Euro.

Die Erinnerung an kulturelle Prozesse, verbunden mit der Herausbildung von modernen Schriftsprachen und Nationalliteraturen bzw. der Bewahrung nationaler Identität (Polen) in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts, ist für das Selbstverständnis der slawischen Kulturen Zentraleuropas von größter Bedeutung. Traumatische kollektive Erfahrungen von Kriegen, Totalitarismen und ökonomischen Zwängen, welche die jungen Nationalstaaten im zwanzigsten Jahrhundert zu gewaltigen hatten, führten zu Prozessen kultureller Ab- und Ausgrenzung, die nach wie vor mentale Barrieren darstellen. Die Erinnerung an kulturelle Gemeinsamkeiten war in den Hintergrund getreten, allseits wurden Strategien, die der Konstruktion nationaler Identität dienten, verfolgt. Die in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in Wien, dem Zentrum politischer Macht des Habsburgerstaates, erschienen gelehrten Zeitschriften und Unterhaltungsblätter, die sich als „nicht politische“ Organe definierten, haben in Form von Abhandlungen und Skizzen, Korrespondenzberichten, Notizen, Buchanzeigen und -besprechungen, und in ihren belletristischen Teilen durch Abdruck von literarischen Kurztexen trotz Zensur und Gängelung der Presse nicht zuletzt auch Wissen über den zentraluropäischen Raum vermittelt. Das Wiener Vormärz-Slavica-Projekt hat sich die Auswertung dieser Quellen zum Ziel gesetzt. Dies geschieht in Form einer nach Themenbereichen gegliederten kritischen Bestandsaufnahme und Inventarisierung des Materials.

Maria Schulze-Kroiher: „Es ist so tröstlich, wenn die Bäume sprechen.“ 158 Seiten, bebildert, ISBN 978-3-00-034575-3. Preis: Euro 9,50, plus Postversand. Sudetendeutsche Landsmannschaft, Bezirk Unterfranken, Alfred Kipplinger, D-63834 Sulzbach am Main, Margarethenstraße 2, E-mail: kipplinger@t-online.de

Geschichte ist nie nur eine Aneinanderreihung von Ereignissen. Sie ist immer auch Schicksal von Menschen. Geschichte, erzählt von Menschen, die sie am eigenen Leib erlebt, für Menschen, denen sie wünschen, daß sie solches nie erleben!

Es ist so tröstlich, wenn die Bäume sprechen. Frühling und Sommer habe ich bereits dort erlebt, seitdem das tschechische Sperrgebiet nahe der österreichischen Grenze wieder für Besucher geöffnet ist. Man kann ja jetzt wieder hinfahren in die Heimat. Besser gesagt, was davon übriggeblieben ist.

Aber den Herbst, den werde ich nach sechsundvierzig Jahren zum ersten Male wieder dort erleben! Wahrscheinlich wird es schon recht frisch sein, daheim, und sicher wird der böhmische Wind mir ganz schön kalt um die Ohren pfeifen.

Ob die Moosbeeren schon reif sind? Oh, ich werde sicher viel vermissen: Die „Erdäpfelgräber“ zum Beispiel, die gefüllten Säcke, in Reih und Glied aufgereiht, und den würzigen Rauch der Kartoffelfeuer.

Vergebens werde ich nach den Bäuerinnen Ausschau halten, die stolz ihr Kraut „wegtun“. Die Ochsengespanne, die bei einbrechender Dämmerung ächzend über ausgefahrene Wege heimwärts rumpeln, werde ich vermissen, den Hütbuben, dem die Kühe heimlich auf Nachbarns frischen Kleacker durchgegangen sind, der weil er, Zeit und Kühe vergessend, in einer Haselnußstauden hängt und die letzten braunen Nüsse herunterangelt.

Fatale Sache für Hütbuben und Rind. Nicht selten mußte eine Kuh notgeschlachtet werden, was den Besitzer manchmal in große Bedrängnis brachte. Fatal auch für den Hütbuben, den in so einem Fall eine saftige Tracht Prügel und harte Schelte erwarteten.

Ich werde die vertraute Geborgenheit meines Elternhauses vermissen, in dem es um diese Zeit immer so gut nach Äpfeln und Rotbühelbirnen roch. Die aufgehängten Zwiebelzöpfe und die randvollen Honiggläser. Die Nachbarn und Freunde und meine Verwand-

WIR HABEN GELESEN

ten werden mir ebenso fehlen wie der Rauch, der kerzengerade aus den Schornsteinen ihrer Häuser aufsteigt. Ich werde den Takt der Dreschflügel vermissen, den Hammerschlag des Schmiedes, das Blöken der Rinder, das Meckern der Geißen, das Bellen der Hunde, das Gackern der Hühner, das Lärmen der Kinder, das Gebetläuten – eben die vertraute Melodie eines lebendigen Dorfes.

Ich werde keine Gräber finden auf dem Friedhof, geschmückt mit den letzten Ästern aus den Gärten. Statt dessen werde ich wohl wieder den nun schon gewohnten Kampf gegen Brennesseln und Dornestrüpp führen müssen und hin und wieder werden meine Füße gegen etwas stoßen, das einmal ein Grabstein gewesen...

All das weiß ich, aber ich werde trotzdem hinfahren, kann es kaum erwarten, denn es ist immer noch meine Heimat, wird es auch immer bleiben.

Elisabeth Fendl (Herausgeber): Zur Ästhetik des Verlusts. Bilder von Heimat, Flucht und Vertreibung. Schriftenreihe des Johannes-Künzigs-Instituts Freiburg, Band Nr. 12. 2010, 282 Seiten, brosch., mit zahlreichen Abbildungen, Preis: Euro 29,90, ISBN-Nummer 978-3-8309-2486-9, Internet: <http://www.waxmann.com> <http://www.waxmann.com/> – Dieses Buch ist demnächst auch als E-Book erhältlich zum Preis von Euro 26,90. ISBN 879-3-8309-7486-4, www.ecademic.de <http://www.ecademic.de/>

Das vorliegende Buch ist in seinen Beiträgen sehr ambivalent zu sehen. Die Tendenz ist jedoch, den Vertriebenen ein Gedenken an die Vertreibung zu versagen und sie möglichst in eine schuldige Täterhaltung zu drängen. Schon die Einleitung von Konrad Köslin untersucht die Vertreibung in die im 20. Jhd. übliche Migration aus sozialen Gründen einzureihen (Ruhrgebiet, Amerika, Salzburger etc.). Es handelt sich aber um eine Zwangsmigration. Das paßt gut zu der Umrundung des Zentrums gegen Vertreibung (ZgV) in eines von „Flucht, Vertreibung und Versöhnung in Europäischer Sicht“ und die Behinderung des Gedenkens an die größte Vertreibung in Europa durch Denkmale, Straßennamen und Ausstellungen. Hier wird sogar gegen eine Eupener Straße und Hultschiner 1930 in Oldenburg polemisiert!

Zwei Verfasser, Tobias Weger und Stephan Scholz, begannen ihre Karriere durch Mitarbeit an der Karl-von-Ossietzky-Universität Oldenburg, wo Hans Henning Hahn mit seiner Frau Eva – die schon das Collegium Carolinum in München umpolte – ihre vertreibenenfeindliche Arbeit mit Pressebegleitung tun. Der Karl Brauns Beitrag „Liberec ist noch immer auf der Suche nach seinem Gesicht und seiner Seele“ ist mit Bezug auf Hans Lemberg erfreulich, auch von Heike M. Kalinke über „Grenzmark Posen / Westpreußen – Anatomie eines Heimatbuches der Zwischenkriegszeit“, kann akzeptiert werden.

Tobias Weger „Von Adlern, Elchen und Greifen“ versucht, öffentliche Denkmäler und Grabsteine von Vertriebenen in Norddeutschland zu denunzieren, ohne zu bemerken, daß auf ihnen niemals Rache und Vergeltung gefordert wird.

Stephan Scholz versucht in „Schmerzents-Mutter-Liebe“ die zahlreiche Darstellung von Frauen und Kindern zu monieren, obwohl er wissen mußte, daß unter den Vertriebenen wenige junge Männer waren – sie waren Gefangene oder bei der Wehrmacht.

Heike Hampe versucht darzulegen, daß die Vertriebenen trachten erst nach dem Kriege erfinden wurden, ist aber freundlich zu den Rumäniendeutschen, arbeitete am Donaueschinger Zentralmuseum in Ulm seit 1998!

Cornelia Eisler untersucht die „verlorene Heimat“ in Heimatstuben überwiegend in Norddeutschland. – Eine gute Darstellung, die aber die Konzeption für verfehlt hält. Niedersachsen hat alle Heimatstuben aufnehmen lassen, sie sollten nach Friedland, weil sie alle kurz vor dem Ende einer sinnvollen Betreuung sind.

Annelie Kürsten untersucht „Wie klingt Heimat? Musik-Sound-Erinnerung“ und hält das zum Teil für verkitscht. Sie beißt sich vor allem an dem sehr erfolgreichen Heimatfilm „Grün

ist die Heide“ von 1951 aus Bleckede an der Elbe fest und dem Riesengebirgslied (Deutsches Gebirge). Auch der Film „Heimat, Deine Lieder“ von 1959 wird als revanchistisch eingestuft. Heute darf das Riesengebirgslied so nicht einmal auf dem Schlesiertag gesungen werden.

Cornelia Eisler und Jutta Faedrich (Kirche im Dorf) sind in der DDR geboren und finden dort auch ihre wissenschaftliche Laufbahn nach der Wende an. Interessant ist, daß von der alten Riege der Vertriebenenprofessoren niemand gebeten wurde. Niemand Verstorbener wurde zitiert. Selbst der fortschrittliche Prof. J. K. Hönsch – nach Emeritierung enttäuschter Selbstmord 2002 – ist nur ein Mal zitiert. Er war über die Entwicklung in Tschechien nach Havels Entschuldigung für die Vertreibung sehr enttäuscht. Havel hat das seit 1992 nicht mehr gewagt, weil er wiedergewählt werden wollte und die Barandow-Filmstudios – kollaborierend bekannt aus dem Kriege – zurückhaben wollte.

Man möchte ja nicht angreifen, wenn ein Teil der Verfasser aufgeschlossen sind, ja überhaupt uns Vertriebene noch zur Kenntnis nehmen, nachdem manche Heimatstuben verweisen und Landsmannschaften rückläufig sind.

Es war nicht „Umsiedlung“! Es war Mord! – AFP-Informationsblatt – Kommentare zum Zeitgeschehen, Juni 2011, Folge Nr. 491. Bestellungen gegen Unkostenbeitrag an: A-1171 Wien, Postfach 543. Broschüre 44 Seiten, bebildert.

Ein Wort zuvor

Selbst kein Vertreibener, lassen Sie mich bitte als einer der letzten einer Generation, die den Zweiten Weltkrieg noch bewußt, wenn auch als Kind, miterlebte, einige Erlebnisse und Tatsachen erzählen:

Zwei der letzten Kriegsjahre verbrachte ich im damaligen Südmähren, kinderlandverschickt und das – bitte aufgepaßt! – nicht von der HJ oder der NSDAP, sondern von der katholischen Pfarre Neulerchenfeld in Wien-Ottakring, zusammen mit einem weiteren Buben und zwei Mädchen. Wir besuchten täglich die Schule in Laa an der Thaya (Grenze gab's ja keine) und nach der Schule warteten wir im Pfarrhof auf den Autobus, der uns zu den Pflegeeltern, einer Bauernfamilie, brachte. Dann gab es im Ort noch einige Kinder aus Wien, die nach Znaim in die Schule fuhren, ebenfalls von katholischen Pfarren verschickt. Im übrigen – es gibt auch solche Zeitzeugen – besuchte ich bis Kriegsende völlig unbedroht und frei die Seelsorgestunden in der Pfarre und natürlich auch alle Veranstaltungen. Niemals wurden solche gestört oder behindert.

Dazu eine kleine Abschweifung: Die barocke Kirche von Neulerchenfeld wurde in den letzten Kriegstagen durch Bomben schwer beschädigt und nach dem Krieg wiederaufgebaut. In der Zwischenzeit fehlt es zunehmend an Gläubigen, und das Viertel ist (Nahe Brunnenmarkt) fest in türkischer Hand. So wird die Kirche nun – 2011! – an eine orthodoxe Gemeinde verschenkt! Das nur am Rande.

Zurück in das Dorf, wohin ich aus Sicherheitsgründen verschickt wurde. Mein Vater war an der Front, meine Stiefmutter und meine Verwandten in Wien. Der einzige „Ausländer“, den ich in dieser Zeit traf, war die Bäuerin, sie stammte aus dem Friaul, hieß mit Vornamen Pia und kam nach dem Ersten Weltkrieg mit dem jungen Bauern auf den Hof.

Dann gab es noch einen ukrainischen Kriegsgefangenen, der am Hof arbeitete, da die Männer ebenfalls im Krieg waren. Ich kann nur eigene Erlebnisse berichten und keineswegs muß es woanders auch so gewesen sein: Aber Michael hatte ein eigenes Zimmer, saß am Familientisch und bekam das gleiche Essen, und abends war ich oft mit ihm und einem Pferd unterwegs, er konnte sich völlig frei bewegen und arbeitete fleißig. Nach dem Krieg war er verschwunden und ich hoffe sehr, er wurde von seinen Landsleuten nicht umgebracht.

In all der Zeit erlebte ich keine irgendwie gearteten „Parteiübergänge“, mußte an keinen Zwangsveranstaltungen in der Schule teilnehmen, konnte die Kirche besuchen und erlebte keinen, aber wirklich keinen Tschechen. Der

Ort war ein rein deutscher Ort und nicht seit 1939. Auf dem Kriegerdenkmal standen die Namen der Gefallenen aus dem Ersten Weltkrieg, als der Ort zur Monarchie gehörte. So habe ich das erlebt – und nicht anders.

Ich konnte im übrigen mit dem Zug nach Wien fahren um die Familie zu besuchen, ich wurde besucht – die Bahnstation hieß Höflein und liegt heute auch in der Tschechei – Michael führte uns mit dem Pferdewagen, bei Besuchen gab es Eier und Butter mit. Ja, und da fällt mir noch etwas ein: Eine Tante hatte zusammen mit einer Tschechin (also in Wien sagte man „Böhmin“) eine Wäscherei-Filiale, und während des ganzen Krieges bekamen wir von ihr Lebensmittel. Denn wenn sie zu ihrer Familie fuhr, brachte sie immer Dinge mit, die wir schon lange nicht mehr kannten.

Kurz vor Kriegsende holte man mich nach Wien und niemand ahnte, was da kommen würde. Das weiß ich deshalb, weil wir einen Koffer mit den wenigen „wertvollen“ Habseligkeiten der Familie auf den Hof brachten und vor den Bomben versteckten. Mein Vater kam im August 1945 aus der Gefangenschaft, ich weiß nicht mehr, wie er es erfuhr oder ob er noch am Hof war. Jedenfalls der Koffer und die Leute waren weg, auf den Höfen saßen Tschechen und das schlimmste, was man mir berichtet war der Tod einer jungen, schwangeren Frau, die man an das Scheunentor nagelte und mit dem Kolben das Kind abtrieb.

Dann kam die Grenze, der Eisernen Vorhang. Ich lernte in Wien viele Vertriebene kennen, junge und alte. Ich lernte ein Mädchen kennen, das mit zwölf Jahren den Brünner Todesmarsch überlebte, und den alten Bauern, der oft an die Grenze fuhr, weil er von dort seinen Hof sehen konnte.

Und seitdem höre und sehe ich nichts anderes, als die Verbrechen der Deutschen.

Und ich erlebe eine Tschechei, die noch 2011 an den Beneš-Dekreten festhält. Und darum dieses Heft.

Die Broschüre beginnt 1918 mit der Gründung der ersten ČSR und schildert die Entwicklung bis zur Vertreibung. Sie behandelt an Beispielen Massaker an Deutschen.

Steininger, Rolf: Berlinkrise und Mauerbau 1958 bis 1963. Mit einem Kapitel zum Mauerfall 1989. 4. überarbeitete u. ergänzte Auflage (1. bis 3. Aufl. erschienen unter dem Titel „Der Mauerbau“). – Hardcover, 464 Seiten, ISBN 978-3-7892-8302-4, Preis Euro 39,90 – www.olzog.de

In der Nacht zum 13. August 1961 begann jene Aktion, die zu den einschneidendsten Ereignissen der deutschen Nachkriegsgeschichte gehört. Wenige Tage zuvor hatte der Krenl dafür grünes Licht gegeben: SED-„Kampfgruppen der Arbeiterklasse“, Volkspolizei und Einheiten der Nationalen Volksarmee regelten die Sektorengrenzen zwischen Ost- und West-Berlin mit Stacheldraht ab. Wenig später wurde aus dem Stacheldrahtverhau die Mauer, die Teilung der Nation im wahrsten Sinne des Wortes zementiert.

Der Mauerbau war der Höhepunkt der Berlinkrise, die der sowjetische Führer Nikita Chruschtschow im Herbst 1958 mit einem Ultimatum an die Westmächte ausgelöst hatte und die bis 1963 andauerte. Sie war eine der gefährlichsten Krisen des Kalten Krieges, über die der Autor im Jahre 2001 eine erste Arbeit vorgelegt hat: „Der Mauerbau. Die Westmächte und Adenauer in der Berlinkrise 1958 bis 1963“.

Nach acht Jahren liegt nun eine überarbeitete Fassung vor, ergänzt um ein Kapitel über den Fall der Mauer am 9. November 1989 und um 67 Bilder und elf Faksimiles, die die Dramatik und Bedeutung der Berlinkrise eindrucksvoll dokumentieren.

Auf der Grundlage bislang nicht zugänglicher amerikanischer, britischer und deutscher Akten untersucht der Autor diese zentrale Phase des Ost-West-Konfliktes – mit neuen, teils überraschenden und aus deutscher Sicht zumeist deprimierenden Erkenntnissen.

Der Autor: Rolf Steininger, Dr. phil., em. ordentlicher Universitätsprofessor, bis 2010 Leiter des Instituts für Zeitgeschichte der Universität Innsbruck, seit 2008 auch an der Universität Bozen; Gastprofessuren in den USA, Israel und Australien, Gastwissenschaftler in Saigon, Hanoi und Kapstadt; Senior Fellow des Eisenhower Center for American Studies der University of New Orleans und Jean-Monet-Professor. Zahlreiche Veröffentlichungen sowie preisgekrönte Fernseh-, Film- und Hörfunkdokumentationen zur Zeitgeschichte.